

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t N r . 3

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Mitt-
woch, dem 6. April 1994, um 17.00 Uhr im Rathaus, Paracel-
sussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Installierung
eines Rationalisierungsausschusses
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 4.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Überprüfung des
Bauvorhabens Feuerwehrzentrum durch einen unabhängigen
Sachverständigen
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 5.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - freiwillige
Selbstkontrolle des Villacher Mitteilungsblattes
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 6.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Objektivierung
bei Vergabe des Auftrages für Pressefotos im Villacher
Mitteilungsblatt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 7.) Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion - Insertionskosten
für Villacher Politiker bei Veröffentlichungen im Mit-
teilungsblatt
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter

- 8.) Franz Pacher, Inhaber des Bäckergerwerbes am Standort Obere Fellacher Straße 19 - Verleihung des Villacher Stadtwappens
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 9.) Verleihung des Ehrenringes der Stadt Villach an Generaldirektor Dr. Walter Wolfsberger, Siemens AG Österreich
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 10.) Kärntner Bergbahnen und Bergstraßen GesmbH - Ablöse der Beteiligung
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 11.) Über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben in Durchführung des Rechnungsabschlusses 1993
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 12.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 (1) Villacher Stadtrecht
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 13.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Neufestsetzung der Norm für die Anschlußpflicht bzw. Entleerungsintervalle - Müllentsorgung
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 14.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Ausbau der St. Johanner Bergstraße, des Goritschacher Weges, der St. Georgener Straße, der Kreuztrattenstraße und der Pogöriacher Straße
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 15.) Antrag der Villacher Grünen - PVC-Ausstieg im Beschaffungswesen
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 16.) Volksschule Friedenspark - Generalsanierung und Errichtung eines Gymnastiksaales - Baubeschluß
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 17.) Grundbenützungsübereinkommen mit dem Land Kärnten für die Errichtung des Geh- und Radweges Silbersee
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 18.) Einräumung eines Geh- und Fahrrechtes mit bürgerlicher Sicherung auf Parz. Nr. 1179, EZ 465, KG St. Martin, Parkplatz Waldfriedhof
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 19.) Johann Putz - Rückübereignung öffentlichen Gutes
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 20.) Grundankauf von Hans Koller
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter

- 21.) Grunderwerb durch die Chrom & Zink Metallveredelung
GesmbH
Berichterstatter: Vizebgm. Hans Peter Binter
- 22.) Wirtschaftsplan 1994 - Stadtkinocenter
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 23.) Wirtschaftsplan 1994 - Städtische Bäder
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 24.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - einmalige Hilfe
für die Familie Hanke in Trebesing
Berichterstatter: Stadtrat Richard Pfeiler
- 25.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - flexiblere Öff-
nungszeiten bei den städtischen Kindergärten
Berichterstatter: Stadtrat Richard Pfeiler
- 26.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Privatisierung der
magistratsinternen Kantine
Berichterstatter: Stadtrat Dieter Haslinger
- 27.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Durchführung
einer öffentlichen Ausschreibung bei Aufnahme von
Saison- und Ferialbeschäftigten
Berichterstatter: Stadtrat Dieter Haslinger
- 28.) Villacher Vertragsbedienstetenrecht - Änderung
Berichterstatter: Stadtrat Dieter Haslinger
- 29.) Antrag der Villacher Grünen - Errichtung einer Projekt-
gruppe "Hecken in Villach"
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Gerd Klamt
- 30.) Antrag der Villacher Grünen - Radweg Federaun - Warm-
bad
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 31.) Straßenprojekt Auenweg, Einbindung in die B 83 - BMW
Frey
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 32.) Straßenplan Ortszentrum Landskron - Hochfeldstraße,
Dr. Karl-Renner-Straße - Erklärung zur Gemeindestraße
und Ermächtigung zur Grundeinlöse
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 33.) Aufhebung des Aufschließungsgebietes KG Pogöriach
(Christine Klingspiegel)
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

- 34.) Abänderung des Flächenwidmungsplanes, KG Gratschach
(ASKÖ Lanskron-Rodelbahn) - Behandlung von Einwendungen
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 35.) Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nordisches Skisportzentrum Villach Süd Mölttschach
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 36.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

A n w e s e n d e

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

2. Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Richard Pfeiler

Stadtrat Dieter Haslinger

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup

GR Christian Luser

GR Kurt Pinteritsch

GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Erika Lassnig

GR Ing. Karl Woschitz

GR Direktor Helmut Raup

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Günther Stastny

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais
GR Ludwig Oitzinger
GR Monika Obergantschnig
GR Rudolf Unterköfler
GR Johann Ebner
GR Waltraud Rettl
GR Sigrid Steinkellner
GR Maria Lukan
für GR Ing. Siegfried Andronik
GR Roland Zellot
GR Major Otto Skedl
GR Herwig Zussner
GR Eleonore Schmoliner
GR Bernhard Plasounig
für GR Dr. Josef Löberbauer
GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl
GR Friederike Lausegger
GR Johann Kreschischnig
GR Heimo Schlosser
GR Helmut Hinterleitner
GR Mag. Herwig Burian
GR Mag. Hans Haider
GR Brigitte Arnusch
für GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig
Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pühringer
Finanzdirektor Manfred Stampfer
Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Gegen die Tagesordnung und die Niederschrift über die Sitzung vom 26.1.1994 werden keine Einwendungen erhoben; sie gelten somit als genehmigt.

Für Gemeinderat Ing. Siegfried Andronik (Deutschland) ist Frau Gemeinderätin Maria Lukan, für Gemeinderat Dr. Josef Löberbauer (Graz) ist Gemeinderat Bernhard Plasounig und für Gemeinderat Josef Spitzer (Urlaub) ist Frau Gemeinderätin Brigitte Arnusch anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Als Protokollprüfer werden Gemeinderat Isidor Scheriau (SPÖ) und Gemeinderat Heimo Schlosser (ÖVP) bestellt.

Beginn der Fragestunde: 17.05 Uhr

1.) Anfrage von Gemeinderat Mag. Herwig Burian betreffend Nutzung Feuerwehrzentrum Hans-Gasser-Platz

Gemeinderat Mag. Burian stellt folgende Anfrage:

"Seit der Übersiedlung der Hauptfeuerwache ist das Feuerwehrzentrum am Hans-Gasser-Platz ungenützt. Abgesehen von einer scheinbar nicht erfolgreichen Verkaufsausschreibung und einigen Willenserklärungen von Politikern über die Medien hat sich seit einigen Monaten nichts getan um dieses leerstehende Areal im Stadtzentrum.

Ich ersuche Sie nun, mir konkret mitzuteilen, welche Pläne die Stadtverwaltung mit diesem Baukomplex hat und in welchem zeitlichen Rahmen diese Pläne verwirklicht werden sollen."

Vizebürgermeister Binter beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Im vergangenen Jahr hat die Stadt Villach das Feuerwehrareal mit einem Gesamtausmaß von 3.606 m² am Hans-Gasser-Platz öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben. Zwei Interessenten haben realistische Angebote abgegeben, wobei eines sogar über dem ermittelten Verkehrswert lag.

Zu einem Vertragsabschluß kam es deswegen nicht, weil bekannt wurde, daß auch die angrenzende Liegenschaft der Firma Streit verkauft werden soll.

In der Zwischenzeit wurden mit einem Miteigentümer der Liegenschaft der Firma Streit und weiteren Kaufinteressenten mehrere Gespräche geführt.

Eine gemeinsame Verwertung beider Liegenschaften würde wesentlich bessere Möglichkeiten eröffnen, um die von der Stadtplanung formulierten städtebaulichen Ziele einer gemischten städtischen Nutzung (Geschäfte, Wohnungen, Büros) umzusetzen. Diese großzügige Lösung sollte nicht durch einen voreiligen Verkauf eingeschränkt werden.

Insgesamt sollte dieses Gebiet südlich des Hans-Gasser-Platzes zwischen der Italienerstraße und der Steinwenderstraße (Westtangente) städtebaulich neu geordnet und verbessert werden. Dazu gehört auch die Schaffung entsprechender Fußgängerpassagen vom Hans-Gasser-Platz zur Italienerstraße und von der Italienerstraße zur Steinwenderstraße bzw. in umgekehrter Richtung.

Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, wird ein entsprechender Amtsvortrag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Burian hat aus den Medien erfahren, daß es verschiedene Vorschläge für die Nutzung des Areals gibt. Er persönlich hält die Idee, einen städtebaulichen Wettbewerb für das gesamte Areal durchzuführen, für sehr sinnvoll. Es wäre jedoch nicht gut, wenn die Stadt daran denkt, diesen Gebäudekomplex zu verkaufen. Es ist ein Komplex in der Nähe des Stadtzentrums, der zu Fuß leicht zu erreichen ist. Daher sollte man das Areal nicht an Private abgeben. Er möchte nun Vizebürgermeister Binter um eine Stellungnahme betreffend die verschiedenen Ideen für die Nutzung dieses Areals bitten. Stadtrat Ing. Truppe und Stadtrat Ladstätter hatten die Idee, dort ein Parkhaus zu errichten. Wie steht Vizebürgermeister Binter dieser Idee gegenüber? Es hat sich eine Bürgerinitiative aus verschiedenen Künstlern und kreativ tätigen Bürgern der Stadt Villach - aus dem Bereich Theater, Film, Foto, Tanzveranstaltungen, Musikveranstaltungen und dergleichen - gebildet, die gefordert haben, auf diesem Areal ein Kultur- und Jugendzentrum zu errichten. Wie steht Vizebürgermeister Binter zu diesen Forderungen? Hält er sie für realisierbar?

Vizebürgermeister Binter könnte sich die letzte Frage leicht machen und erklären, er sei nicht der Kulturreferent. Zur Frage eines Parkhauses ist folgendes festzuhalten: Er hat, nachdem darüber in der Presse zu lesen war, mit Experten unverbindlich darüber diskutiert. Es gibt nicht wenige, die eine Verwirklichung auf diesem Standort ausschließen. Er persönlich ist der Ansicht, daß es auf dem ehemaligen Feuerwehrréal aufgrund der verkehrstechnischen Situation nicht möglich ist, dieses Projekt zu verwirklichen. Zum Kulturzentrum ist festzuhalten, daß es aus seiner Sicht kein weiteres Betreiben gibt, das Areal rasch zu verkaufen, da für diesen Bereich eine Ge-

samlösung gefunden werden soll. Das Areal, das im Besitz der Stadt Villach ist, hat eine Größe von 3.606 m². Das andere Areal, das ebenfalls zur Diskussion steht, ist noch größer. Daher ist es sinnvoll, eine gemeinsame städtebauliche Lösung zu finden. Über die spätere Nutzung wird man sich zum gegebenen Zeitpunkt noch unterhalten müssen.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Burian fragt, wie hoch der Verkehrswert für diese 3.600 m² ist.

Vizebürgermeister Binter informiert, daß der Verkehrswert bei rund S 16 Mio. liegt.

Ende der Fragestunde: 17.15 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
a) Sitzungstermine

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am
24.6.1994 um 14.30 Uhr statt (Jahresrechnung).

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
b) Über- und außerplanmäßige Ausga-
ben; Vorgenhmigung gemäß § 74
Villacher Stadtrecht

folg. 1 Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß
in den Sitzungen des Finanzausschusses und des Stadtsena-
tes am 2.3.1994 nachstehende Amtsvorträge

- Übertragung von unverbrauchten Voranschlagsansätzen der
AO-Gebärung 1993 in das Rechnungsjahr 1994,
- Überplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 2 des Villacher
Stadtrechtes,
- Außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 86 Abs. 1 des Villacher
Stadtrechtes,

beschlossen wurden.

Da gleichzeitig keine Gemeinderats-Sitzung stattgefunden hat, wurde aufgrund der Dringlichkeit der Amtsvorträge der jeweiligen Referate eine Vorgenehmigung des Bürgermeisters gemäß § 74 des Villacher Stadtrechtes eingeholt.

In solchen Fällen hat dann gemäß § 74 Villacher Stadtrecht der Bürgermeister dem Gemeinderat ohne Verzug zu berichten.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
c) Überplanmäßige Ausgaben gemäß
§ 86 Abs. 3 Villacher Stadtrecht

Blg. 2

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß überplanmäßige Ausgaben, soweit sie nach Abs. 2 des § 86 Villacher Stadtrecht nicht der vorherigen Zustimmung bedürfen, dem Gemeinderat vierteljährlich nachträglich zur Kenntnis zu bringen sind.

In der Zeit vom 1.1. bis 30.3.1994 sind nachstehende überplanmäßige Ausgaben angefallen und im Finanzausschuß und Stadtsenat beschlossen worden:

FAS/STS vom 2.3.1994

8 Überschreitungsanträge

S 1.176.000,--

Die Bedeckung ist gegeben und im Detail dem beiliegenden Amtsvortrag, III/FV vom 2.3.1994, zu entnehmen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß ein diesbezügliches Schreiben an alle Fraktionen ergangen ist. Diese Regelung wurde bisher anders gehandhabt. Auch wenn eine Gemeinderatssitzung erst drei oder vier Monate nach der betreffenden Finanzausschuß- und Stadtsenatssitzung stattgefunden hat, wurde bisher trotzdem jede einzelne über- und außerplanmäßige Ausgabe zur Beschlußfassung vorgelegt. Nun hat die Magistratsdirektion der Einfachheit halber einen bereinigten Verfahrensablauf empfohlen, der ab heute so gehandhabt wird, daß die überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben, die bereits vorgenehmigt werden mußten, nur mehr durch den Bürgermeister als Mitteilung dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden. Als Finanzreferentin wird sie dem Gemeinderat die

Amtsvorträge, die noch nicht ausbezahlt wurden - also noch nicht durch aktuelle Notwendigkeit vorgenehmigt wurden -, später zur Beschlußfassung vorlegen.

Gemeinderat Schlosser möchte wissen, ob man darüber nicht abstimmen muß.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher informiert, daß über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben auf jeden Fall im Finanzausschuß und Stadtsenat abgestimmt wird. Wenn aufgrund einer aktuellen Dringlichkeit eine Vorgenehmigung erteilt wurde, ist im Gemeinderat nicht mehr darüber abzustimmen, sondern diese nur mehr zur Kenntnis zu bringen.

Gemeinderat Schlosser nimmt nicht alles zur Kenntnis. Er nimmt beispielsweise die Nächtigungsgebühren für die Stadtsenatsmitglieder nicht zur Kenntnis.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß es jedem Gemeinderat freisteht, etwas nicht zur Kenntnis zu nehmen. Das Verfahren ist jedoch laut Stadtrecht eindeutig so festgelegt, daß dem Gemeinderat vorgenehmigte Amtsvorträge als Mitteilung zur Kenntnis gebracht werden.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 2.) Nachwahl in Gemeinderatsausschüsse

folg. 3

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im
Sinne des Amtsvortrages des Rechtsamtes vom 28.3.1994.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

gemäß § 26 des Villacher Stadtrechtes Nachwahlen in verschiedenen Ausschüsse gemäß Beilage vorzunehmen.

Pkt. 3.) Antrag der FPÖ-Gemeinderats-
fraktion - Installierung eines
Rationalisierungsausschusses

folg. 4

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im
Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom
21.2.1994.

Stadtrat Ing. Klamt zeigt bereits das Vor-
lesen dieses Amtsvortrages, der immerhin drei Seiten lang
ist, daß ein Ratio-Potential in der Stadt Villach gegeben
ist. Man spricht nun von einem unbestimmten Auftrag, den
die FPÖ-Fraktion gegeben hat. Er ist der Meinung, daß der
Auftrag völlig klar ist. Das Ziel ist es, die Kosten in
der Stadt Villach zu senken und dafür Sorge zu tragen,
daß das Personal der Stadt Villach effizient eingesetzt
wird. Beispiele gibt es genug. Als erstes Beispiel hat er
bereits diesen drei Seiten langen Amtsvortrag angeführt,
der ohne weiteres kürzer sein könnte. Ein weiteres Bei-
spiel ist, daß bei den Ausschüssen Wortprotokolle geführt
werden, wo das Stadtrecht dies nicht vorsieht. Es ist
eine Schreibkraft tagelang damit blockiert, die Reden der
Mandatare zu Papier zu bringen. Auch bei der Objektivie-
rung der Wohnungsvergabe wird man Unterstützung brauchen,
wenn es darum geht, die Daten aufzulisten, zu speichern
und wieder auszudrucken, damit man sie verwenden kann. Es
liegen heute noch einige Anträge der FPÖ-Fraktion vor, die
allesamt abgelehnt werden. Die Beamten dieser Stadt werden
nicht daran interessiert sein, für den effizienten Einsatz
ihrer eigenen Person Sorge zu tragen. Es ist jedoch ein
Gebot der Stunde, daß in Verwaltungen Rationalisierungsan-
sätze gesucht und auch gefunden werden, denn das Ziel der
Mandatare muß es sein, die Wünsche der Steuerzahler und
der Bürger zu erfüllen. Diese wollen ganz sicher einen
entsprechend effizienten Einsatz des Personals. Es muß
die Ablauforganisation entsprechend angepaßt werden, damit

mit den selben Kosten ein Maximum an Effizienz und damit vielleicht auch ein Maximum an Bürgernähe erreicht werden kann.

Gemeinderat Mag. Burian hält die Absicht und das Ziel dieses Antrages für voll gerechtfertigt. Er ist der Meinung, daß es notwendig und sinnvoll ist und daß es eine ständige Aufgabe, ein ständiger Prozeß, sein sollte, die Verwaltung zu rationalisieren. Er ist bereits jahrelang hier tätig und kommt immer wieder in die verschiedensten Abteilungen, da er einiges wissen will. Daher kann er diese Frage nur gefühlsmäßig beurteilen. Sein Eindruck ist, daß es in einzelnen Abteilungen sehr viel zu tun gibt und daß manche Abteilungen auch überbelastet sind. In anderen Abteilungen hat er jedoch ebenfalls den Eindruck, daß es Leerläufe gibt. Die FPÖ-Fraktion hat beantragt, daß die Verwaltung einmal durchgecheckt wird. Es war ein sinnvoller Antrag, der von der SPÖ-Fraktion abgeblockt worden ist. Damit ist auch eine sinnvolle Maßnahme abgeblockt worden. Er hält es allerdings nicht für sinnvoll, wenn nun Gemeinderäte einen Ausschuß bilden und Gemeinderäte kontrollieren, wie die Bediensteten arbeiten. Das können nur Fachleute, die beruflich Betriebe durchchecken, inwieweit dort rationell gearbeitet wird. Diese Maßnahme wäre besonders wichtig. Die VIG-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da sie der Meinung ist, daß die Gemeinderäte nicht das geeignete Gremium sind, um zu kontrollieren, wo es Leerläufe gibt. Die Forderung ist jedoch im Prinzip wichtig und sollte auf der Tagesordnung bleiben.

Stadtrat Pacher kann sich vorstellen, daß zu der Zeit, als das erste Mal versucht wurde, einen Umweltausschuß einzurichten, auch viele nicht gewußt haben, worum es dabei eigentlich geht. Es hat sich in den Köpfen erst entwickeln müssen, was Umweltpolitik ist. Er ist daher der Meinung, daß diejenigen, die heute kurzsichtig

diesen Antrag ablehnen, auch nicht wissen, was der Grundgedanke dieses Antrages ist. Wenn man zurückverfolgt, wie Referate auf Landesebene noch vor kurzem zusammengesetzt waren, so muß man feststellen, daß kein vernünftig denkender Bürger mitunter gewußt hat, weshalb Referatszuteilungen erfolgt sind. Das war, weil in der Landesregierung eine einzige Partei das Sagen hatte und bestimmen konnte. Vermutlich ist auch in Villach, da hier ebenfalls eine einzige Partei das Sagen hat, noch die Meinung vorhanden, man solle über Rationalisierung nicht nachdenken. Auch zu dem Antrag auf Verwaltungsanalyse ist ähnlich argumentiert worden. Um eine Verwaltungsanalyse durchzuführen, wäre es durchaus ein geeigneter Weg, im Bereich der politischen Vertreter einen Ausschuß zu bilden, der sich mit diesen Dingen auseinandersetzt. In diesem Bereich könnte eine Zielvorgabe festgesetzt werden, um eine bessere Organisation im Beamtenbereich zu erreichen. Es könnte und sollte daher auch für diesen Bereich ein ständiger Ausschuß eingerichtet werden. Die ÖVP-Fraktion hält den vorliegenden Antrag daher vom Grundsatz her für richtig. Die Mitglieder der ÖVP-Fraktion bedauern es, daß mit der oberflächlichen Begründung, es sei keine genauere Definition der Arbeit dieses Ausschusses miteingeflossen, der Antrag abgelehnt wird. Wenn eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema stattgefunden hätte, so wären auch Gespräche mit anderen Fraktionen über den Sinn einer solchen Maßnahme notwendig gewesen. In diesem Fall hätte der Antrag durchaus anders ausgesehen. So gesehen geht es wirklich nur darum, daß ein Antrag, der von einer Fraktion gestellt wurde, im Gemeinderat abgelehnt wird. Die ÖVP-Fraktion wird sich dieser Ablehnung des FPÖ-Antrages nicht anschließen.

Stadtrat Ing. Klamt fände es sinnvoll, wenn für diesen Bereich ein Ausschuß installiert werden würde. Würden die Mandatäre zusammenkommen und diese Thematik ernsthaft diskutieren, so würden sie nach kurzer Zeit zu

dem Schluß kommen, daß die Verwaltungsanalyse, die von der FPÖ-Fraktion bereits ebenfalls in einem Antrag gefordert wurde, durchgeführt werden muß. Es besteht in diesem Bereich Handlungsbedarf und daher ist es für ihn unverständlich, daß die Mehrheitsfraktion sich den diesbezüglichen Ideen der FPÖ-Fraktion nicht anschließen kann. Eine Verwaltungsanalyse würde den effizienten Einsatz des Personals zum Wohle der Villacher Bürger sichern.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß in der heutigen Gemeinderatssitzung noch mehrere FPÖ-Anträge diskutiert werden. Der Antrag auf Verwaltungsanalyse wurde mit den Stimmen der Mehrheitspartei abgelehnt. Auch beim Antrag auf Installierung eines Rationalisierungsausschusses wird sich dasselbe ereignen. Die FPÖ-Fraktion hat sich bei der Antragstellung sehrwohl Gedanken darüber gemacht, daß es im Hause einiges an Potential gibt. Er kann sich vorstellen, daß auch einige Herren der Mehrheitspartei ihm innerlich beipflichten können, doch können sie es nicht zeigen. Er denkt dabei nur daran, was man im Planungsausschuß teilweise erlebt. Hier könnte - wenn man diese Institutionen durchleuchten würde - sicherlich das eine oder andere Potential herausgefiltert werden. Gemeinderat Mag. Burian hat ihm aus der Seele gesprochen, wenn er ausgeführt hat, daß einige Abteilungen sicherlich unterbesetzt sind. In anderen Abteilungen - er formuliert es etwas härter - sitzen vielleicht wirklich schon die Beamten übereinander und es müßten einmal die Fenster aufgemacht und es müßte durchgelüftet werden. Andernfalls könnte es nicht so sein, daß einige Herren im Haus sich anderen Tätigkeiten mehr hingeben, als der Tätigkeit, für die sie eigentlich bestimmt sind. Der FPÖ-Fraktion ist natürlich klar, daß der heutige Antrag nicht die Zustimmung der Mehrheitspartei finden wird. Die FPÖ-Fraktion wird jedoch sicherlich über einen anderen Antrag neuerlich die Verwaltungsanalyse auf die Tagesordnung bringen. Auch ein

Rationalisierungsausschuß - in welcher Form auch immer - muß installiert werden. Es haben sich die Verhältnisse geändert. Es ist auch angesprochen worden, daß sich die Mehrheitsverhältnisse auf Landesebene geändert haben. Ein Zwischenruf von Gemeinderat Samnitz hat ihn nun dazu bewogen, auch etwas zu sagen. Er hat bereits bei der letzten Gemeinderatssitzung hellseherische Fähigkeiten bewiesen, als er festgestellt hat: "Es wird am 13. März nur einen Sieger geben - das ist die FPÖ."

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß Gemeinderat Mag. Burian bereits die Antwort gegeben hat, indem er gesagt hat, daß die Rationalisierung und die Senkung der Kosten ein permanentes Anliegen sein muß. Das ist es auch. Mit dem Antrag um einen Rationalisierungsausschuß auf Gemeinderatsebene ist der falsche Weg gewählt worden. Das ist die ganz einfache Antwort darauf. Rationalisierung und Effizienzsteigerung sind in diesem Rathaus seit langem ein Bemühen, dem sehr erfolgreich nachgegangen wird. Und es ist eine ständige Aufgabe. Das Rathaus Villach hat etwa 25 % weniger Personal, als vergleichbare Rathäuser in Österreich. Das schlägt sich auch in der Zahl der Bürger nieder, die auf einen Mitarbeiter kommen. Dies bedeutet, daß ein Mitarbeiter eine gewisse Zahl an Bürgern zu betreuen hat. In Villach kommen 56 Bürger auf einen Mitarbeiter des Rathauses, in der nächsthöheren effizienten Stadt kommen 38 Bürger auf einen Mitarbeiter. Das sind Zahlen, die überzeugen. Das ist das wichtigste dabei. Es sind in der letzten Zeit der Wirtschaftshof und die Kindergärten von privaten Instituten untersucht worden. Es ist der Reinigungsdienst durchrationalisiert worden, es ist der Küchenbereich bei den Kindergärten untersucht worden. Auch in diesem Jahr werden wieder drei bis vier Abteilungen durch ein privates Unternehmen durchleuchtet. Das sind die Fachleute, von denen Gemeinderat Mag. Burian gesprochen hat, die Vorschläge in Richtung Rationalisie-

runge machen, sodaß es in dieser öffentlichen Verwaltung einen permanenten Prozeß gibt, die Dinge anzupassen und den jeweiligen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Es werden auch Kenndaten für alle diese Bereiche erstellt werden. Ein entsprechender Auftrag ist bereits erteilt worden. Er möchte aber nicht verhehlen, daß nach dem Villacher Stadtrecht in dieser Frage den einzelnen politischen Referenten die Hauptverantwortung zukommt. Er wagt nicht zu denken, daß möglicherweise jene, die heute den Rationalisierungsausschuß auf Gemeinderatsebene beantragen, ihre Referatsverantwortung bisher noch gar nicht wahrgenommen haben, da sie nicht erkannt haben, daß sie dafür zuständig sind, ihren Bereich - auch von der Mitarbeiterschaft her - effizient zu gestalten. Es ist dies in erster Linie die Aufgabe der Referenten, die dies nun auf Gemeinderatsebene auf die Personen abschieben wollen, die ohnehin keine Kompetenz haben und auch nicht so entlohnt werden, wie die Mitglieder des Stadtsenates.

Er hat in den letzten drei Jahren - so lange ist diese Besetzung des Gemeinderates zusammen - zumindest aus drei Bereichen immer wieder Wünsche nach mehr Mitarbeitern gehört. Dazu gehört der Bereich des Stadtrat Ing. Klamt, dazu gehört der Bereich des Stadtrat Ladstätter und dazu gehört auch der Bereich, der jetzige Bereich und der vergangene, des Stadtrat Pacher. Es sind genau die Personen, die nun eine Rationalisierung fordern. Das zeigt, daß die Thematik nicht verstanden wird. Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß andere auf Mitarbeiter verzichten sollen, damit dieser mehr bekommt. In den Bereichen, wo derzeit die Referenten einen Rationalisierungsausschuß fordern, wird die Referatsverantwortung nicht wahrgenommen und kommen permanent Wünsche nach mehr Personal.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion):

Die Installierung eines Rationalisierungsausschusses mit dem Zweck, die Referate auf Einsparungsmöglichkeiten zu untersuchen, wird mangels rechtlicher und inhaltlicher Voraussetzungen abgelehnt.

Pkt. 4.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Überprüfung des Bauvorhabens Feuerwehrzentrum durch einen unabhängigen Sachverständigen

Bzlg. 5

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 14.2.1994.

Gemeinderat Zellot stellt fest, daß bei diesem Antrag die Mehrheitstaktik voll zugeschlagen hat. Zuerst wurde dem Antrag die Dringlichkeit am 27.11.1993 nicht zuerkannt. Am 1. Jänner 1994 wurde das Feuerwehrzentrum in Betrieb genommen. Der Antrag der FPÖ-Fraktion hatte zum Inhalt, daß während des Baues eine begleitende Kontrolle durch einen Zivilingenieur durchgeführt werden soll. Nun ist das Feuerwehrzentrum fertig - die Abrechnung noch nicht -, es kann aber keine begleitende Kontrolle mehr geben, da der Bau schon fertiggestellt ist. Aus diesem Grund ist der heutige Antrag "umsonst". Eine begleitende Kontrolle während des Baues hätte nicht deshalb durchgeführt werden sollen, damit jemandem die Schuld zugewiesen werden kann, sondern es wäre die Möglichkeit gewesen, zukünftige Mängel bei größeren Bauvorhaben zu vermeiden. Er muß leider feststellen, daß die SPÖ-Fraktion das nicht will. Die SPÖ-Fraktion will keine Kontrolle. Macht braucht aber Kontrolle. Die Kosten bei den Bauvorhaben weiten sich aus und der Steuerzahler muß es zahlen. Erfreulich ist jedoch, daß die Zahlen und die Prozente der SPÖ-Fraktion bei den Wahlen sinken.

Vizebürgermeister Binter hätte den Aussagen von Gemeinderat Zellot eigentlich nichts hinzuzufügen, da dieser bereits erklärt hat, daß der Antrag "umsonst" ist. So sieht er es auch. Es wurde am 26.6.1992 in diesem Saal beschlossen, daß eine Kontrolle durch das zuständige

Kontrollamt durchgeführt werden soll. Der damalige Wunsch, eine Kontrolle von außen einzusetzen, hätte ca. S 3 Mio. gekostet. Daher ist der Gemeinderat zur Auffassung gekommen, es soll diese Kontrolle hausintern durchgeführt werden. Es liegen nun die Endkosten des Feuerwehrzentrums vor. Stadtrat Ladstätter hat die Meinung vertreten, daß das Feuerwehrzentrum S 150 Mio. kosten wird. Diese Freude kann er Stadtrat Ladstätter leider nicht bereiten, denn das Feuerwehrzentrum kostet S 102.500.000,--. Stadtrat Ladstätter hat sich wieder einmal um S 50 Mio. verschätzt, aber das ist eben so dessen Art. Ein paar Zig-Millionen auf oder ab spielt in dessen Bereich anscheinend keine Rolle. Es wurde auch im Bauausschuß sehr eingehend über die Frage der Kontrolle diskutiert. Gemeinderat Ing. Andronik hat dort die Meinung vertreten, daß das Kontrollamt nicht in der Lage sei, eine solche Kontrolle durchzuführen. Eine Rücksprache mit dem Kontrollamtsdirektor hat ergeben, daß das Kontrollamt sowohl personalmäßig, in fachlicher Hinsicht, wie auch vom Zeitaufwand her in der Lage ist, diese Kontrolle durchzuführen. Er als Referent freut sich auf diese Kontrolle des Feuerwehrzentrums, da es in diesem Feuerwehrzentrum nichts zu verbergen gibt. Die Eröffnung des Feuerwehrzentrums wird Ende April stattfinden. Es hat sich jetzt schon herausgestellt, daß es ein Feuerwehrzentrum geworden ist, das allen Anforderungen einer modernen Feuerwehr gerecht wird, daß es ein Feuerwehrzentrum ist, das auf dem technisch letzten Stand ist, und daß mit diesem Feuerwehrzentrum auch Möglichkeiten geschaffen wurden, den 800 freiwilligen Feuerwehrleuten, die in dieser Stadt wirken, dort eine entsprechende Schulungsmöglichkeit und Ausbildungsmöglichkeit zu geben. Aus diesem Grund ist er der Meinung, daß der finanzielle Einsatz absolut gerechtfertigt ist. Es ist eine Feuerwehrzentrale, die wahrscheinlich für die nächsten Jahrzehnte diesen Bereich abdecken wird. Er weiß, daß es manchen lieber gewesen wäre, wenn das Feuerwehrzentrum S 150 Mio.

gekostet hätte, und diese hier reihenweise aufmarschieren hätten können, um den zuständigen Referenten ordentlich zu "prügeln". Diese Freude kann Gemeinderat Zellot nun leider nicht gemacht werden. Es ist eine Tatsache, daß ein sehr kostengünstiges Zentrum geschaffen wurde, das den Feuerwehren zur Verfügung gestellt wurde.

Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß die FPÖ-Fraktion eine begleitende Kontrolle gefordert hat. Zu dem damaligen Zeitpunkt war der Antrag sicherlich richtig. Es handelt sich dabei um die Einhaltung einer Planung. Überzeichnet beschrieben würde es folgendem Beispiel entsprechen: Man geht zu einem Architekten und läßt sich sein Haus planen. Der Architekt erklärt, daß die Kosten für ein Haus mit fünf Zimmern S 2 Mio. betragen werden. Nach kurzer Zeit erkennt man, daß bereits S 1,5 Mio. weg sind. Da man kein Geld hat, muß man natürlich Abstriche machen. Dann hat das Haus eben statt fünf Zimmern nur mehr ein Zimmer. Diese Darstellung ist zwar überzeichnet, es ist jedoch beim Feuerwehrzentrum so geschehen. Man kann das Zentrum nun natürlich loben, jedoch hat die ursprüngliche Planung etwas völlig anderes vorgesehen - wesentlich mehr mit weniger Geld. Die Oppositionspolitik der FPÖ-Fraktion in dieser Stadt war nicht sinnlos. Am 13. März hat die FPÖ-Fraktion auch die Belohnung bekommen. Es ist aber auch auf die Forderungen reagiert worden, denn heute gibt es ein Projektmanagement. Er hofft, daß es in Zukunft keine solchen Ausuferungen mehr geben wird.

Gemeinderat Ing. Woschitz hat tagtäglich mit Dingen aus der Bautechnik zu tun, daher erscheint ihm eine Sache doch etwas zu übertrieben. Es gibt einen Planer, es gibt eine Funktion, die überprüft wurde, es gibt einen Statiker auf dem Bau, es gibt einen Elektroplaner, es gibt einen Sanitärplaner. Darüberhinaus noch einen Oberplaner zu installieren, erscheint ihm doch ein bißchen

zu weit hergeholt. Es werden selbstverständlich sämtliche Details und sämtliche Ausführungen überprüft - auf Heller und Pfennig, könnte man sagen. Daß man es jedoch übertreibt und unnötige Kosten verursacht, ist nicht notwendig.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß das Feuerwehrzentrum fertig ist und am 30. April offiziell der Bestimmung übergeben wird. Er hat sich das Zentrum zwei Mal angesehen und kann heute mit Stolz feststellen, daß mit diesem Feuerwehrzentrum kein Luxuszentrum gebaut wurde, sondern nur das Notwendigste, um den Feuerwehrmännern ein Instrument in die Hand zu geben, um den äußerst schwierigen Standort Villach - Autobahnen, Eisenbahn, Tunnels, Chemiebetriebe usw. - entsprechend betreuen zu können, ohne daß das persönliche Risiko von Ausstattung und Gebäuden herrühren kann. Risiken haben Feuerwehrmänner immer, aber man hat ihnen Instrumente zur Verfügung zu stellen, um dieses Risiko zu minimieren. Dieses Feuerwehrzentrum stellt ohne Luxus jene Möglichkeiten dar, die Feuerwehrleute heute - speziell im technischen Bereich - benötigen, um effizient arbeiten zu können. Er möchte trotzdem fraktionsüberschreitend alle einladen - auch wenn bezüglich des Feuerwehrzentrums zum Teil mit ablehnender Meinung argumentiert wurde -, am 30. April an der Eröffnung teilzunehmen, denn die Feuerwehrleute verdienen es, daß auch die politische Vertretung ihnen die Reverenz erweist. Sie können nichts dafür, wenn hier mit Hausnummern zu skandalisieren versucht wurde.

Er will als Vorsitzender und nun als Vortragender nicht in ein parteipolitisches Fahrwasser kommen. Stadtrat Ing. Klamt hat vom 13. März gesprochen. Dieser hat vermutlich keinen Beitrag dazu geliefert, daß die FPÖ-Fraktion in dieser Stadt Stimmen gewonnen hat.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion):

Der Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, daß mit der gesamten Überprüfung des Neubaus Feuerwehrrzentrum nicht das Kontrollamt, sondern ein unabhängiger Sachverständiger beauftragt wird, wird abgelehnt.

Die Überprüfung soll, wie bereits in der Sitzung des Gemeinderates vom 26.6.1992 beschlossen, durch das Kontrollamt als nachprüfende Kontrolle erfolgen.

Pkt. 5.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - freiwillige Selbstkontrolle des Villacher Mitteilungsblattes

folg. 6

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 16.3. 1994, Zl.: MD/Anträge 21/1993.

Frau Gemeinderätin Rettl ist der Meinung, daß es vermutlich genauso sinnlos ist, sich zu diesem Antrag zu Wort zu melden, wie zu den anderen Anträgen. Das ist nun der dritte von zehn FPÖ-Anträgen, der mit der Noch-Mehrheit abgelehnt wird. Dieses Spiel ist bereits bekannt. Trotzdem ein paar Worte zur Objektivität des Mitteilungsblattes, da in diesem Amtsvortrag begründet wird, das Mitteilungsblatt sei um größtmögliche Objektivität bemüht. Wie bekannt, befindet sich das Mitteilungsblatt der Stadt Villach in der Referatshoheit des Bürgermeisters - auch im Privatbesitz, wie es scheint -, wobei als oberstes Kontrollorgan der Gemeinderat der Stadt Villach letztlich zuständig ist. Der Gemeinderat kontrolliert kein Mitteilungsblatt, er kontrolliert auch nicht die Meldungen. Es gibt gewisse Pressefreiheiten, wie man bereits des öfteren gehört hat. Aber zur Einseitigkeit zwei Beispiele der jüngsten Zeit. Wenn man das Mitteilungsblatt Nr. 5 liest - sie weiß, daß Bürgermeister Manzenreiter es nicht so gerne liest, wie er einmal erklärt hat - darin gibt es einen Bericht über die Gemeinderats-Sondersitzung vom 6.3. Objektiverweise wurden die Antragsteller bereits in der Überschrift ganz objektiv angegriffen: "Unüberhörbar sind die Wahlkampföne" steht in der Überschrift. Die Begründungen der FPÖ-Fraktion über das Müllproblem, über die Müllabfuhr, über die Erhöhung der Gebühren - darüber ist kein Wort zu lesen. Dafür findet man Ausführungen, wie "Es geht nur um ein Wahlspektakel" usw. Nun ist das Wahlspektakel vorbei. Sie sieht ein, daß die SPÖ-Fraktion beleidigt ist,

da die FPÖ-Fraktion es wagt, in einer Sitzung zehn Anträge einzubringen. Sie hat sich heute die Mühe gemacht und hat sämtliche Gemeinderatssitzungen, bei denen sie anwesend war, durchgesehen. Es gibt nicht einen einzigen SPÖ-Antrag in den letzten drei Jahren. Die SPÖ-Fraktion wird es sich langsam angewöhnen müssen, ebenfalls Anträge zu stellen und diese dem Gemeinderat vorzulegen, denn es geht mit deren Mehrheit langsam bergab - was man im Mitteilungsblatt Nr. 6 deutlich sehen konnte. Im Jahr 1989 waren die Ergebnisse der letzten Wahl noch enthalten - sehr klein, aber doch. In diesem Mitteilungsblatt wurden die Wahlergebnisse der Stadt Villach bereits nicht mehr veröffentlicht. Sie versteht es, da es weh tut, wenn man in offenen Wunden herumrühren muß - und das im eigenen Hausblatt.

Nachdem auch der Bürgermeister es im Gemeinderat verabsäumt hat mitzuteilen, wie die Wahl ausgegangen ist, möchte sie den Mitgliedern des Gemeinderates anhand einer Statistik zeigen, wie es aussieht und warum es nicht veröffentlicht wird. Es gehört nämlich zum Mitteilungsblatt und zur Objektivität dazu, daß man auch schlechte Dinge veröffentlicht, die die Stadt Villach betreffen. Die SPÖ-Fraktion hatte bei der Landtagswahl 1984 - das war auch als Gegenüberstellung in der Zeitung - noch 56,5 %. Landtagswahlen sind keine Gemeinderatswahlen - das hört sie immer wieder, daher muß man es ihr auch später nicht erläutern. Sie wird nun erklären, weshalb es doch einen Zusammenhang gibt. Im Jahr 1984 hatte die SPÖ-Fraktion noch 56,5 %. Ein Jahr später bei den Gemeinderatswahlen hat die SPÖ-Fraktion schon ein paar Prozente verloren - da waren es nur mehr 53,78 %. 1989 bei der Landtagswahl - das wurde noch veröffentlicht - 50,6 %. Bei den Gemeinderatswahlen 1991 hat es ein bißchen bitterer ausgesehen, denn da war die Stimmenmehrheit der SPÖ-Fraktion nicht mehr gegeben - 49,88 % sind nur durch das d'Hondtsche System auszugleichen. Da hat die SPÖ-Fraktion noch ein

Mal Glück gehabt. Die Landtagswahlen 1994 sind schon ein bißchen bitterer - 40,7 % Sozialdemokraten in Villach. Nun kann man sich ausrechnen, wie es in drei Jahren bei den Gemeinderatswahlen aussehen wird. Man kann sich bereits anhand der Statistik ausrechnen, wie weit die SPÖ-Fraktion unter 40 % sein wird. Deshalb sollten sich die Mitglieder der SPÖ-Fraktion ein bißchen in Bescheidenheit üben und sich vielleicht auch einmal mit den anderen, die sie nicht mögen, zusammensetzen und über objektive Berichterstattungen sprechen. Die SPÖ-Fraktion sollte das bereits jetzt tun, da sie nur mehr 40 % der Bevölkerung hinter sich hat.

Gemeinderat Mag. Haider führt aus, daß das Mitteilungsblatt ein leidiges Thema ist, über das im Gemeinderat bereits des öfteren diskutiert wurde. Seines Wissens ist es so, daß die FPÖ-, die ÖVP-, die VIG- und die VLT-Fraktion mit dem Mitteilungsblatt nicht zufrieden sind. Wie es mit der SPÖ-Fraktion aussieht, weiß er nicht genau. Es ist dies in jedem Fall ein Grund, um darüber nachzudenken, wie man das Mitteilungsblatt verbessern könnte. Ein Mitteilungsblatt soll das Geschehen in der Stadt und die Arbeit des Gemeinderates und der Beamten für die Stadt widerspiegeln. Er ist der Meinung, daß das Mitteilungsblatt der Stadt Villach dieser Aufgabe nur teilweise nachkommt. Er möchte nun einige Geschehnisse anführen, die seiner Ansicht nach im Mitteilungsblatt erscheinen hätten sollen. Er spricht dabei vor allem von Dingen, die die Villacher Grünen initiiert haben, da es schon immer so war, daß alle der Meinung sind, daß ihre Arbeit am besten ist. Das gilt für jede Gruppierung und ist auch der Grund, warum das Mitteilungsblatt in der jetzigen Form erscheint. Zu den Beispielen, die er anführen möchte, gehört beispielsweise die Lesekampagne. Die Villacher Grünen haben sehr lange an diesem Antrag gearbeitet. Es ist eine richtige Studie über das Bibliothekswesen und das Lesen in Villach daraus geworden und es wurden Verbesserungsvor-

schläge eingebracht. Die Villacher Grünen haben im Gemeinderat einen sehr umfangreichen Antrag eingebracht, der auch teilweise angenommen wurde. Inzwischen wird versucht, diesen Beschluß umzusetzen. Wie es derzeit aussieht, wird weitaus mehr umgesetzt, als im Gemeinderat beschlossen wurde. Bisher wurde noch mit keinem Wort im Mitteilungsblatt darüber berichtet. Es hat eine Pressekonferenz stattgefunden, bei der die Lesekampagne vorgestellt wurde. Es war auch ein Vertreter des Mitteilungsblattes anwesend, der jedoch anscheinend nicht die Befugnis gehabt hat, später darüber zu berichten.

Ein anderes Beispiel ist das Thema "Biomasse in Villach". Es ist dies ein wichtiges Thema, über das es im Gemeinderat sehr viele Diskussionen gegeben hat und für das die Villacher Grünen auch sehr viele Anträge und auch Dringlichkeitsanträge eingebracht haben. Heute ist man so weit, daß es vermutlich ein Biomassekraftwerk mit Wärmekoppelung geben wird, was im wesentlichen auf die Initiative der Villacher Grünen zurückzuführen ist. Es ist ebenfalls kein Beitrag darüber im Mitteilungsblatt erschienen.

Über den Energieantrag wurde zwei Jahre herumdiskutiert. Der Antrag wurde 1991 gestellt und war sehr umfangreich. Es wurde daran sehr lange gearbeitet. Nach vielen Diskussionen in den Ausschüssen ist er endlich angenommen worden. Stadtrat Ing. Klamt hat damit in einer Pressekonferenz geprahlt und hat erklärt, er würde Villach zur Umweltstadt Nummer 1 machen - mit dem Antrag der Villacher Grünen, für den sie gekämpft haben, über den sie nachgedacht haben, den sie eingebracht haben, den sie immer wieder diskutiert haben. Mit keinem Wort ist in der Öffentlichkeit darüber berichtet worden. Die Medienpolitik

ist ohnehin ein Problem ein Kärnten. Auch im Mitteilungsblatt, das die Aufgabe hat, darüber zu berichten, ist es nicht erschienen.

Zur Verkehrsdiskussion: Seit zwei Jahren gibt es eine Kommission Sammer/Kermer. Es wird eine sehr umfangreiche Studie zum Verkehrsgeschehen in Villach erstellt - das umfangreichste, was bisher geschehen ist, und sehr teuer. Ein offener Arbeitskreis existiert. Es sind sehr viele Leute miteinbezogen - Bürgerinitiativen, die Wirtschaft, alle Fraktionen. Es ist ein sehr wichtiges Thema. Wie wird es im Mitteilungsblatt dargestellt und diskutiert? Es ist kein einziges Mal darin vorgekommen. Er möchte überhaupt nicht von all den Kleinigkeiten, wie Verkehr, Netzkarte, Sammeltaxis usw. sprechen, die ebenfalls im Mitteilungsblatt nicht vorkommen.

In der heutigen Sitzung wird einem Antrag der VIG-Fraktion betreffend Verzicht auf PVC in der Beschaffung zugestimmt werden. Auch in anderen Städten wird es bereits so gehandhabt. Vielleicht kann man darüber etwas ausführlicher im Mitteilungsblatt berichten.

Er ist nicht der Meinung, daß der Antrag der FPÖ-Fraktion der richtige Weg ist, um das Mitteilungsblatt zu verbessern. Er möchte eine Idee zur Diskussion stellen, die er betreffend diesen Antrag hatte. Er könnte sich vorstellen, daß ein Redaktionsbeirat gegründet wird. Dieser Redaktionsbeirat soll nicht proporzmäßig besetzt werden, sondern es sollte jede Fraktion einen Vertreter in diesen Beirat entsenden. Der Redaktionsbeirat soll auch keine juristischen Machtmittel haben. Das Mitteilungsblatt erscheint alle 14 Tage. Alle 14 Tage einen Redaktionsbeirat einzuberufen, hält er für nicht durchführbar. Er könnte sich jedoch vorstellen, daß der Redaktionsbeirat ein Mal im Monat zusammenkommt und über den Inhalt des Mittei-

lungsblattes diskutiert. Es könnte vorgebracht werden, was einem mißfällt, was in dem Mitteilungsblatt erscheinen sollte, was vergessen wurde und was in Zukunft erfolgen sollte. Es wäre möglich, daß über diesen Diskussionsprozeß eine Verbesserung des Mitteilungsblattes stattfindet. Wenn man ein besseres Mitteilungsblatt haben will, ist es grundsätzlich notwendig, den Journalisten sehr viel Unabhängigkeit einzuräumen. Er wird dem Antrag der FPÖ-Fraktion nicht die Zustimmung erteilen, da er zwar die Intentionen für richtig, den angeführten Weg jedoch nicht für zielführend hält.

Frau Gemeinderätin Steinkellner führt aus, daß sich der Gemeinderat nun mit dem dritten FPÖ-Antrag beschäftigt. Er wird selbstverständlich abgelehnt. Zehn Anträge der FPÖ-Fraktion liegen heute vor. Interessanterweise wurden alle erst nach der Wahl in den Gemeinderat gebracht. Das dürfte auch seine Gründe gehabt haben. Man konnte damit jedoch nichts bewirken. Zehn FPÖ-Anträge sind auf der heutigen Tagesordnung, zehn Mal wird die SPÖ-Fraktion heute "nein" sagen. Was ist von Villachs SPÖ-Fraktion auch anderes zu erwarten? Was an Vorschlägen von der FPÖ-Fraktion kommt, wird permanent abgelehnt. Das konnte man in den letzten drei Jahren durchgehend erleben. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ließ durch die Presse wissen, sie sei in die SPÖ eingetreten, weil diese Partei ein Garant für Demokratie sei. Was man heute im Villacher Gemeinderat schon erlebt hat und noch erleben wird, ist ein typisches Beispiel für sozialistische Demokratie - ein permanentes Nein-sagen und reine versuchte Machtausübung, obwohl der SPÖ-Fraktion diese Macht längst abhanden gekommen ist. Das Volk hat dem Sozialismus in Kärnten eine klare Absage erteilt. Die Treppe aller -ismen führt steil bergab. Die Berichterstattung im Mitteilungsblatt ist nicht objektiv. Daher hat die FPÖ-Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht. Warum wehrt sich die SPÖ-

Fraktion eigentlich so sehr gegen eine freiwillige Selbstkontrolle des Mitteilungsblattes? Es soll und darf nichts kontrolliert werden. Es hat nur das an die Bevölkerung zu gelangen, was der SPÖ-Fraktion genehm ist. Nur ein kleines Beispiel aus letzter Zeit. Die Wirtschaftskammer läßt einen Ideen- und Maßnahmenkatalog für den Kaiser-Josef-Platz erstellen. Der Unternehmensberater Freisleben stellt diesen Katalog den Geschäftsleuten vor. Und siehe da - der erste und wichtigste Punkte ist: der Kaiser-Josef-Platz als Marktplatz, wie er seinerzeit war. Sie erinnert nun natürlich an den FPÖ-Antrag aus dem Jahre 1991, der ebenfalls von der SPÖ-Fraktion abgelehnt worden ist. Ein zweiter wesentlicher Punkt in diesem Maßnahmenkatalog ist eine Verkehrsfreigabe und Einrichtung einer Kurzparkzone. Diesbezüglich erinnert sie an den FPÖ-Antrag vom August 1992, der ebenfalls von der SPÖ-Fraktion abgelehnt wurde. Das Mitteilungsblatt berichtet über diesen Maßnahmenkatalog. Nur - von einem Marktplatz Kaiser-Josef-Platz liest man kein Wort. Dafür liest man von einem Eislaufplatz im Winter. Sie war dabei, als dieses Projekt vorgestellt wurde. Von einem Eislaufplatz war in dem vorgestellten Katalog überhaupt keine Rede. Erst nach der Vorstellung hat Herr Freisleben erklärt, er hätte von einer solchen Schnapsidee gehört. Diese wäre aus seiner Sicht absurd. Auch alle Geschäftsleute waren dieser Meinung. Sie hat bereits gehört, von wem diese Idee stammt. Sie dürfte vom Bürgermeister gekommen sein. Dieses Beispiel einer Berichterstattung im Mitteilungsblatt zeigt wieder ganz deutlich auf, wie unobjektiv und rein auf SPÖ-Linie getrimmt dieses Blatt berichtet. Die FPÖ-Fraktion ersucht daher, ihrem Antrag die Zustimmung zu geben, obwohl sie weiß, daß die SPÖ-Fraktion auf ein Handzeichen ihres Vorsitzenden mit "nein" antworten wird. Dabei tun sich für sie bildlich Parallelen auf. Hier der Bürgermeister von Villach, auf der anderen Seite

ein Mann, der rund 60 nach Christi gelebt hat, in Rom geherrscht hat, und durch ein Handzeichen unrühmlich in die Geschichte eingegangen ist.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß wohl aus diesem Grund die große Feuerwehr gebaut wurde.

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt fest, daß auch heute die Gerechtigkeit ihren Weg geht. Versuchte und praktizierte überhebliche Machtausübung erhält vom Wähler ihren Preis. Der 13. März hat es auch ganz klar in Villach bewiesen - minus 10 % für Villachs SPÖ und Villachs SPÖ-Stadtparteiobmann. Vielleicht wurden auch deshalb im letzten Mitteilungsblatt die Wahlergebnisse nicht kundgetan.

Stadtrat Pfeiler möchte versuchen, sich nicht in der Polemik zu bewegen, wie man sie soeben gehört hat. Es waren ziemlich erheiternde Wortmeldungen, die nun zum besten gegeben wurden. Es mag vielleicht in der Demokratie ein Faktum sein, daß nicht immer alle mit den Medienprodukten zufrieden sind. Der Schritt von der Kritik an Medien zur Medienzensur ist oft nur ein kleiner. Man sollte daher aufpassen, wenn man von Forderungen nach Beiräten und von parteipolitisch motivierter Zensur eines Mitteilungsblattes spricht, das erwiesenermaßen erste Qualität hat. Das wurde auch von verschiedenen Medienberatern bestätigt. 85 % der Villacher sind mit dem Mitteilungsblatt zufrieden und beziehen alle Informationen über das kommunale Geschehen aus diesem Mitteilungsblatt.

Es wurde hier von zehn Anträgen gesprochen. Es sind konkret neun - anscheinend sind die Mitglieder der FPÖ-Fraktion nicht so gut informiert, wieviel sie heute hier vorlegen. Alle neun Anträge sind ein aktuelles politisches Schlagwortverzeichnis. Von Objektivierung und

von Flexibilität wird gesprochen. Wenn man daran kratzt, sind es leere Hülzen. Wenn man hineinsieht, gibt es keinen einzigen konkreten Vorschlag, der in diesen Anträgen heute eingebracht wird. Gemeinderat Mag. Burian und Gemeinderat Mag. Haider haben es bereits gesagt - es sind Dinge, über die man diskutieren kann und diskutieren soll. Dagegen hat niemand etwas. Aber es sind Vorschläge, die keine Substanz haben. Wenn es um die Qualität der Anträge der FPÖ-Fraktion geht, dann verdient die FPÖ-Fraktion dafür ein "Nicht Genügend". Die Anträge funktionieren nicht, weil sie entweder gesetzwidrig sind oder weil sie eine zweite Bürokratie aufziehen würden. Der Rationalisierungsausschuß ist nach dem derzeit geltenden Stadtrecht nicht möglich. Das wurde heute bereits erklärt. Die Qualität der Anträge wäre von einem Lehrer mit "Nicht Genügend" zu beurteilen. Die konkrete Arbeit wird vorwiegend von den Regierungsmitgliedern der SPÖ-Fraktion durchgeführt. Es ist daher nicht richtig, daß es keine Anträge der SPÖ-Fraktion gibt. Die Stadt Villach lebt in hohem Maße - zu beinahe 90 % - von jenen Amtsvorträgen und von jener Arbeit, die von den Regierungsmitgliedern der SPÖ-Fraktion geleistet werden. Es wurde auch davon gesprochen, daß im Zusammenhang mit der Mülltarif-Diskussion ein medienpolitisches Spektakel oder Wahlspektakel von ihm konstatiert wurde. Dazu steht er auch heute. Die FPÖ-Fraktion versucht auch heute, diese Linie fortzuziehen. Jeder Sprecher der FPÖ-Fraktion hat brav auswendig gelernt, was heute unterzubringen ist: die minus 10 % - das Wahlergebnis vom 13. März, das hier auszuweiden ist. Was das konkret mit den Anträgen und mit dem Inhalt der Anträge zu tun hat, bleibt dem interessierten Beobachter selbst zu beurteilen. Die FPÖ-Fraktion mag vielleicht ihre Freude über das Wahlergebnis öffentlich zur Schau tragen. Er kann sich aber nicht vorstellen, daß die Arbeit der FPÖ-Fraktion, die sie

in dieser Gemeindestube leistet, ein Quentchen zu diesem Wahlergebnis beigetragen hat. Das sei der FPÖ-Fraktion ebenfalls ins Stammbuch geschrieben.

Wenn hier von undemokratischen Vorgängen gesprochen wird, so ist dazu nur festzustellen: "Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen." Besonders die FPÖ hat in den letzten Jahren dutzende Beispiele geliefert, was sie unter Demokratie versteht. Das einzige, was man in Österreich von dieser Partei weiß und zur Kenntnis nimmt - und was alle Meinungsforscher wissen -, ist, daß sie es mit der Demokratie nicht immer so genau nimmt. Das ist heute Faktum. Er wollte dies nur feststellen, damit gewisse Angriffe, die in einer Euphorie, in einem Wahn aufgrund eines bescheidenen Wahlerfolges, hier unternommen wurden, ein bißchen eingebremst und relativiert werden.

Gemeinderat Mag. Raup hält fest, daß, wenn in einer Tageszeitung Artikel erscheinen, es meist nur ein Tausendstel aller Meldungen sind, die in der Redaktion eingelangt sind. Die Redaktion wählt aus, was erscheint. Es ist bekannt, wie das vor sich geht. In einer Stadtzeitung ist es ähnlich. Aus der Fülle der Vorfälle, die in der Stadt passieren, werden Schwerpunkte gesetzt. Es kann auch das Blatt nicht immer so aufgeblasen werden, damit alle mit dem zufrieden sind, was schließlich und endlich zu lesen ist. Er würde von Frau Gemeinderätin Steinkellner gerne einmal eine Definition darüber haben, was diese unter Objektivierung versteht. Man hat sehr bald das sogenannte Objektivierungsgesetz des damaligen FPÖ-Landeshauptmannes im Land Kärnten gespürt. Es hat nämlich nur den gegenteiligen Effekt gehabt. Die freigewordenen Posten, die vorher zum Teil durch die SPÖ und ÖVP besetzt wurden, wurden nun mit der FPÖ besetzt. Diese sogenannte Objektivierung hat dazu geführt, daß das vielleicht

oftmals überzogene Proporzsystem nun in die FPÖ-Richtung gezogen wurde. Das hat die FPÖ unter Objektivierung verstanden.

Er könnte sich auch der Idee von Gemeinderat Mag. Haider anschließen, wonach eine politische Redaktionssitzung stattfinden sollte. Er weiß zwar nicht, wie die erste Sitzung endet, er weiß aber, daß die zweite nicht mehr stattfindet. Die einzige Lösung für das Problem ist, daß das Mitteilungsblatt den Bürger zufriedenstellen muß. Es ist nicht entscheidend, ob die Gemeinderäte damit zufrieden sind, welche Artikel im Mitteilungsblatt erscheinen. Das ist völlig uninteressant. Wichtig ist, daß der Bürger informiert wird. Natürlich hat Gemeinderat Mag. Haider Recht, wenn er ausführt, daß manches nicht beim ersten Mal oder beim zweiten Mal erscheint oder überhaupt unter den Tisch fällt. Die Lösung ist, daß die Presse - so, wie auch die Tagespresse - frei sein muß. Der Journalist entscheidet, was schließlich und endlich in dieses Blatt zu kommen hat. Er ist wahrscheinlich der viel objektivere Beobachter der Vorgänge in dieser Stadt, als mancher der gewählten oder gemachten Gemeinderäte. Der Journalist hat es zu verantworten und ist die letzte Instanz. Man kann sich dann darüber aufregen oder nicht. Die Gemeinderäte sollten sich einmal gegen eine Tagespresse stemmen. Sie werden sehen, welchen Erfolg sie haben werden.

Es ist heute beinahe so, daß Ereignisse, die nicht in der Zeitung zu finden sind, angeblich gar nicht stattgefunden haben. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Es findet sehr viel statt und nicht alles kann in der Presse stehen. Man sollte ein bißchen darüber nachdenken, was einem wichtig und was einem unwichtig erscheint. Man sollte dieses Thema nicht in ein politisches Hickhack hineinziehen. Die FPÖ-Fraktion ist jetzt wehleidig, weil

manches nicht im Mitteilungsblatt erschienen ist, was sie gerne darin gelesen hätte. Letzte Wahlerfolge und ähnliches scheinen hier unheimlich wichtig zu sein - obwohl diese in jeder Zeitung zu lesen waren und jeder Bürger informiert war. Aber es sollte noch einmal und zum hundertsten Mal wiedergekaut noch einmal in der Stadtzeitung stehen. Das ist denjenigen zu überlassen, die die Zeitung gestalten. Der Journalist soll unabhängig und frei sein. Das ist die einzige Lösung, die man für die Stadtzeitung anzubieten hat.

Gemeinderat Mag. Burian ist der Meinung, daß das Mitteilungsblatt in seiner Berichterstattung nicht frei ist. Gemeinderat Mag. Haider hat einige inhaltliche Beispiele angeführt. Jeder der Anwesenden wird bestätigen müssen, daß es sich um eine ernsthafte und zukunftsweisende Arbeit gehandelt hat. Die Berichterstattung darüber hat im Mitteilungsblatt gefehlt. Wenn etwas derartiges geschieht, ist es eine Art von Zensur. Stadtrat Pfeiler verdreht die Tatsachen, wenn er nun erklärt, daß diejenigen, die sich über eine unabhängigere Gestaltung des Mitteilungsblattes Gedanken machen, für die Einführung der Zensur sind.

Ein Hauptmangel des Mitteilungsblattes ist nicht die Qualität der journalistischen Artikel, sondern es ist die Tatsache, daß zu einem Thema nur eine Meinung erscheint. Er möchte ein Beispiel dafür anführen. Es wäre sinnvoll, wenn es möglich wäre, im Mitteilungsblatt kontroversiell zu diskutieren. Ein Beispiel: Er hat heute eine Anfrage betreffend die ehemalige Hauptfeuerwehrwache am Hans-Gasser-Platz gestellt. In der "Kleinen Zeitung" wurde beispielsweise über die Forderung nach einem Kulturzentrum und über die Forderung nach einer Parkgarage berichtet. Der SPÖ-Fraktion würde es auch gelingen, eine Forderung nach einem Wohn- und Geschäftshaus auf

diesem Gelände in die "Kleine Zeitung" zu bringen. Im Mitteilungsblatt erscheint nur ein einziger Standpunkt. Das ist undemokratisch. Das ist einer freien Stadt und der freien Bürger dieser Stadt unwürdig. Es ist sinnvoll, das breite Meinungsbild, das es in dieser Stadt gibt, in einem gewissen Maß zu berücksichtigen. Es wird nicht möglich sein, alle Meinungen zu berücksichtigen, aber so, wie es derzeit funktioniert, ist es für ihn unerträglich. Die VIG-Fraktion hat bereits einige Anträge zum Mitteilungsblatt gestellt. Darunter waren auch Demokratisierungsanträge. Verschiedene Vereine und Institutionen sollen einen bestimmten Platz zur Selbstdarstellung und dergleichen erhalten. Das alles ist abgelehnt worden. Man muß das Mitteilungsblatt öffnen. Die Zahl der Interviews in den Medien steigt, da sie lebendiger wirken. Warum bringt man nicht Interviews zu einem kontroversiellen Thema, wie beispielsweise die Energiepolitik der Stadt und die Frage der Verkehrspolitik? Warum werden nicht verschiedene Referenten zum selben Thema befragt? Es würde auflockernd wirken und würde die Tatsache, daß immer nur eine Meinung zu einem Thema kommt, verhindern. Das ist eindeutig ein Manko dieses Mitteilungsblattes. Wichtig wäre, daß eine Demokratisierung stattfindet und daß kontroversielle Standpunkte Platz im Mitteilungsblatt haben.

Stadtrat Ladstätter spricht seit drei Jahren bei den Sitzungen zur Jahresrechnung und zum Budget zum Thema Mitteilungsblatt. Er hat auch den Bürgermeister der Stadt Villach schon einmal als Chefredakteur des Mitteilungsblattes bezeichnet. Er persönlich hält diese seine Feststellung weiterhin aufrecht. Sie wird durch den Amtsvortrag vom 16.3.1994 noch verstärkt. Wie bekannt, befindet sich das Mitteilungsblatt der Stadt Villach in der Referatshoheit des Bürgermeisters. Der Bürgermeister kann über das Instrumentarium des Mitteilungsblattes Villach informieren und gewisse Entscheidungen lenken.

Daß der Bürgermeister das gekonnt macht, hat er bereits bei der Jahresrechnung 1992 ausgeführt. Die FPÖ-Fraktion wird es betreffend das Mitteilungsblatt mit diesem Antrag nicht beenden lassen, sondern wird versuchen, neuerliche Anträge zu stellen. Es ist nicht notwendig, daß jemand die Qualität der Anträge bewertet - das gilt besonders für den Clubobmann der SPÖ-Fraktion, Stadtrat Pfeiler. Wie genau es Stadtrat Pfeiler mit der Wahrheit nimmt, möchte er nur mit einem Punkt erwähnen. Stadtrat Pfeiler spricht von neun Anträgen der FPÖ-Fraktion, die heute abgelehnt werden. Wenn sich Stadtrat Pfeiler die Tagesordnung genauer angesehen hätte und sich einmal informiert hätte, hätte er festgestellt, daß es tatsächlich zehn FPÖ-Anträge sind, die abgelehnt werden. Insgesamt werden heute elf Anträge abgelehnt. Es ist dies auch ein ÖVP-Antrag. Er findet daher die heutige Diskussion wieder sehr befruchtend. Wenn Gemeinderat Mag. Haider von einem Redaktionsbeirat spricht, so ist das zu begrüßen. Vielleicht kommt dann im Gemeinderat das Thema Mitteilungsblatt etwas zur Ruhe. 24 SPÖ-Mandatare sind mit dem Mitteilungsblatt zufrieden. Wenn der Bürgermeister zufrieden ist, bleibt den 23 anderen nichts anderes übrig. Aber alle anderen - zehn FPÖ-Mandatare, acht ÖVP-Mandatare, die Villacher Liste Thaler und die VIG-Fraktion - sind, wie die Wortmeldungen eindeutig bewiesen haben, mit dem Mitteilungsblatt nicht zufrieden.

Nun zur personellen Situation des Mitteilungsblattes der Stadt Villach. Er greift hier etwas zurück. Das Mitteilungsblatt der Stadt Villach wurde seinerzeit von Frau Daum gestaltet. Natürlich könnte man nun wieder sehr lange darüber diskutieren, welches Mitteilungsblatt in welcher Form qualitativ besser ist. Das ist eine Geschmackssache. Von der Personalsituation her ist das Mitteilungsblatt gut besetzt. Er hat den Bewertungs/Stellenplan 1994. Der Amtsleiter ist in B VII und

der Stellvertreter in B VI eingestuft. Es gibt noch eine Mitarbeiterin mit einem D/C-Posten. Man muß sich den Stellenplan etwas genauer zu Gemüte führen. Ein Mitarbeiter des Mitteilungsblattes - vielleicht sind es auch mehr, das kann er nicht beurteilen - ist noch irgendwo bei der Magistratsdirektion integriert - das ist der B VI-Posten bei der Magistratsdirektion. Die Quantität der Mitarbeiter ist daher sicherlich gegeben. Über die Qualität möchte er sich nicht auslassen.

Das Mitteilungsblatt findet mit dieser Art der Berichterstattung nicht die Zustimmung der FPÖ-Fraktion. Der Journalist soll frei entscheiden - dazu bekennt sich die FPÖ-Fraktion selbstverständlich auch. Die FPÖ-Fraktion wird selbstverständlich weiterhin Kritik am Mitteilungsblatt üben. Wenn es dazu führen sollte, daß vielleicht in einem oder in zwei Jahren das Mitteilungsblatt in einer anderen Art und Weise erscheinen wird, was dann die Zustimmung des gesamten Gemeinderates findet, würde es ihn sehr freuen. Er ist nach wie vor der Meinung - obwohl es von seiten der Beamten dementiert wird -, daß der Bürgermeister der Chefredakteur des Villacher Mitteilungsblattes ist.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß die Erfahrung nach den letzten Gemeinderatssitzungen zeigt, daß die Kritik scheinbar überall dort am heftigsten ist, wo die Produkte, die dieses Rathaus an den Bürger bringt, gut sind. Die Umfragen bestätigen, daß 87 % der Villacher ihre Informationen über das Geschehen in dieser Stadt aus dem Mitteilungsblatt der Stadt Villach beziehen. Scheinbar ist das Produkt wirklich gut. Daher muß es kritisiert werden. Das geschieht heute nicht mehr an den Kosten. Wahrscheinlich hat man auch gelesen, daß in Kla-

genfurt - dort gibt es eine ÖVP-FPÖ-Koalition - der Abgang des Mitteilungsblattes S 7 Mio. jährlich beträgt. An den Kosten will man nunmehr die Kritik nicht mehr aufhängen.

Zur Frage der Ablehnung der Anträge ist festzustellen, daß man natürlich laufend Anträge stellen kann, die zum Teil juristisch nicht angenommen werden können und zum Teil inhaltlich nicht angenommen werden können, um dann zu sagen, daß viele Anträge abgelehnt worden sind.

Frau Gemeinderätin Steinkellner hat die Frage der SPÖ-Fraktion im Umgang mit der Demokratie erwähnt. Er möchte klar feststellen, daß die SPÖ in ihrer Geschichte, was die Demokratie betrifft, ein reines Gewissen hat.

Nun zur Kaiser-Josef-Platz-Diskussion. Frau Gemeinderätin Steinkellner sucht ständig eine Polarisierung, um einen Platz wirtschaftlich zu schädigen. Ihr ist ihre Parteipolitik am Kaiser-Josef-Platz wichtiger, als die Geschäftsleute. Das behauptet er. Er war nicht dort, weil er anerkennt und auch sehr zufrieden ist, daß von seiten des WIFI gemeinsam mit den Kaufleuten eine Studie erstellt wurde, die uns weiterbringen wird. Die Stadt Villach ist seit einigen Wochen in Gesprächen mit den Vertretern der Geschäftsleute und mit dem Obmann der Handelskammer, um eine Lösung zu finden, die man nicht über die Medien kolportieren will. Er hat Frau Gemeinderätin Steinkellner schon einmal erklärt, daß, wenn man betreffend einen Platz jahrelang davon spricht, daß er tot ist, wirklich niemand mehr hingehen wird.

Frau Gemeinderätin Steinkellner hält fest, daß Bürgermeister Manzenreiter mit diesen Unterstellungen aufhören soll.

Bürgermeister Manzenreiter vergleicht es damit, daß ein Kaufmann erklärt, er habe in seinem Geschäft keine Ware, weshalb auch keiner hinkommen soll. Es haben jetzt zwei intensive Gespräche und Begehungen mit den Geschäftsleuten des Kaiser-Josef-Platzes stattgefunden, an denen er teilgenommen hat und bei denen es ein hervorragendes Gesprächsklima gegeben hat. Er hat mit Zufriedenheit festgestellt, daß die Arbeit von Frau Gemeinderätin Steinkellner, die jetzt doch einige Zeit angedauert hat und bei der man versucht hat, Dinge auseinanderzubringen und nicht zusammenzuführen, scheinbar nicht gefruchtet hat. Eine Zeit lang hat es gefruchtet. Vielleicht im Wahlergebnis. Aber das ist scheinbar wichtiger, als der Kaiser-Josef-Platz.

Die Studie Freisleben ist ihm vorgestellt worden. Sie war ein guter Ansatz. Sie hat Menschen zusammengeführt. Was Frau Gemeinderätin Steinkellner behauptet, stimmt nicht. Es sind eine Reihe von Dingen zur Diskussion gestellt worden. Aber die unabdingbare Forderung, wie sie von Frau Gemeinderätin Steinkellner dargestellt wurde, war nicht vorhanden. Bei den Gesprächen mit den dortigen Geschäftsleuten ist man zu einem anderen Ergebnis gekommen - auch was die Verkehrsfreigabe betrifft. Aber darin liegt der Unterschied. Die FPÖ-Fraktion arbeitet gemäß und treu ihrem Herrn auf Stimmenmaximierung. Die SPÖ-Fraktion versucht, die Stadt weiterzubringen. Das ist im Grunde genommen der Unterschied zwischen der Arbeit der FPÖ- und der Arbeit der SPÖ-Fraktion. Es kommt sogar soweit, daß der Kaiser-Josef-Platz einige Jahre lang einen wirtschaftlich Niedergang erlebt, da man versucht, die Leute gegeneinander auszuspielen und die Dinge zu zerstören. Frau Gemeinderätin Steinkellner sollte das lesen, was sie in die Öffentlichkeit gebracht hat. Dann wird sie die Dinge so zur Kenntnis nehmen müssen.

Wenn eine Diskussion in der Form geführt wird, daß jeder, der eine Idee einbringt, ohne daß sie geprüft wird - in St. Veit am Hauptplatz gibt es einen Eislaufplatz, der regen Zuspruch in der Innenstadt hat -, mit den Worten bezeichnet wird, wie Frau Gemeinderätin Steinkellner es tut, dann ist konstruktive Arbeit nicht möglich. Er persönlich hat immer den Eindruck, daß diese ohnehin nicht gewünscht wird.

Er möchte sich nun mit dem Beitrag von Gemeinderat Mag. Haider und Gemeinderat Mag. Burian beschäftigen, da er der Meinung ist, daß darin ein Ansatzpunkt liegt. Die Problematik liegt darin, daß das Mitteilungsblatt die Meinungsvielfalt anhand der Gemeinderatssitzungen darstellen soll. Das wird manchmal besser gelingen und manchmal schlechter. Bei den Gemeinderatssitzungen kommt die Palette der Meinungsvielfalt heraus und an dieser soll sie auch dargestellt werden - was jeder von sich gibt, was an Anträgen gebracht wird und ähnliches. Die Gemeinderatsdebatte und die Tagesordnung sind im Grunde genommen die Darstellung der Meinungsvielfalt. Er persönlich hält nichts davon, daß Pressekonferenzen von Parteien im Mitteilungsblatt ihren Niederschlag finden. Wenn er eine Partei-Pressekonferenz gibt, findet das keinen Niederschlag im Mitteilungsblatt, da darüber nicht berichtet werden kann. Wenn Stadtrat Ladstätter eine Tourismus-Pressekonferenz gibt, findet diese ihren Niederschlag im Mitteilungsblatt, da Stadtrat Ladstätter als Referent dafür zuständig ist. Es gibt klare Trennlinien. Man kann einmal darüber sprechen, ob es noch wünschenswert ist, daß im Mitteilungsblatt keine Parteipolitik betrieben werden soll, sondern daß das Mitteilungsblatt die offizielle Stadtpolitik und die Meinungsvielfalt anhand von verschiedenen Debatten im Gemeinderat darstellen soll. Was die Studie von Dr. Sammer und Dipl.-Ing. Kermer betrifft, so ist das

Mitteilungsblatt genau in dem Bereich tätig, der von der Arbeitsgruppe zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Über die erste Bürgerversammlung wurde umfangreich berichtet. Danach hat man erklärt, daß man sich in Facharbeitskreise zurückzieht, über die nicht berichtet werden soll. Danach sollte es eine große Informationswelle geben. Diese ist geplant und wird kommen. Vielleicht erscheint eine Sondernummer des Mitteilungsblattes dazu. Es kommt eine Ausstellung usw.. Diese Phase ist jetzt abgeschlossen. Man hat sich zu der Vorgangsweise bekannt, wonach die Fachgespräche ein Ende finden sollen und man anschließend die Bürger informieren will. Wenn man im Grunde genommen einer Sache zustimmt, dann sollte man es nicht kritisieren, wenn andere sich auch daran halten.

Daß sich das Mitteilungsblatt in der Referatshoheit des Bürgermeisters befindet, ist mit der Geschäftsaufteilung am Beginn dieser Gemeinderatsperiode beschlossen worden - auch mit der Stimme von Stadtrat Ladstätter. Referatshoheit bedeutet nicht, daß dort all das geschieht, was er will. Das ist entscheidend. Die Verantwortung liegt in diesem Bereich. Stadtrat Ladstätter weist immer umfangreich darauf hin, wo die Verantwortung liegt. Der heutige Auftritt von Stadtrat Ladstätter ist wieder einmal eine persönliche Enttäuschung für ihn, was die Zusammenarbeit betrifft. Stadtrat Ladstätter war vor etwas mehr als einem halben Jahr bei ihm und hat in Anspruch genommen, daß über dessen Aktivitäten im Tourismusbereich, wenn sie ans Mitteilungsblatt herangetragen werden, informiert wird. Er hält nichts davon, daß unter vier Augen so und vor dem Gemeinderat und der Presse anders gesprochen wird. Stadtrat Ladstätter hat den Wunsch geäußert, daß über die Dinge aus dem Tourismusbereich berichtet werden soll. Er hat Stadtrat Ladstätter erklärt, daß der Journalist im Grunde genommen über alles zu berichten hat, was Stadtrat Ladstätter ihm bringt. Es gibt bis

heute von Stadtrat Ladstätter keine Beschwerde, daß über irgendetwas, was Stadtrat Ladstätter an das Mitteilungsblatt herangetragen hat, nicht berichtet wurde. Aber nun zieht Stadtrat Ladstätter eine große Show ab. Das Problem ist, daß unter vier Augen anders gesprochen wird, als vor der Öffentlichkeit. Stadtrat Ladstätter hat gefordert, daß alles, was aus dem Fremdenverkehrsbereich ans Mitteilungsblatt herangetragen wird, auch gebracht wird. Er hat ihm empfohlen, mit dem Journalisten zu sprechen, und hat ihm erklärt, daß auch er das tun wird. Doch was geschieht heute? Heute wird wieder so getan, als gäbe es überhaupt eine völlig unobjektive Berichterstattung. Dieses Klima macht eine Zusammenarbeit unmöglich. Es besteht zwischen dem, was im Gemeinderat im Parteiauftrag gesprochen wird, und dem, was unter vier Augen gesprochen wird, eine große Diskrepanz.

Stadtrat Ladstätter meldet sich zur Geschäftsordnung und möchte diese Angelegenheit klarstellen, da sie andernfalls ins falsche Licht gerückt wird. Es ist richtig, daß er beim Bürgermeister war und sich darüber beschwert hat, daß die Mitarbeiter des Mitteilungsblattes über eine touristische Notwendigkeit, eine Stadtbeschilderung, nicht berichtet haben. Die Begründung war, daß es nicht mitteilungsrelevant sei. Das hat er abgestellt. Er hat mit dem Bürgermeister gesprochen und ihn ersucht, daß in Zukunft über referatsbezogene Dinge berichtet wird. Das ist auch geschehen. Er hat dem Bürgermeister in diesem persönlichen Gespräch auch gesagt, daß dieser der Chefredakteur des Mitteilungsblattes sei. Herr Kuchler hat erklärt, das sei nicht wahr. Es ist jedoch eine Tatsache. Er möchte damit nur feststellen, daß er mit dem Bürgermeister nichts anderes bespricht, als er auch hier im Gemeinderat sagt. Es ist ihm darum gegangen, daß über Dinge aus dem Referat berichtet wird. Er hat nur die eine Möglichkeit, daß er, wenn über etwas nicht berichtet wird,

zum Bürgermeister geht und sich darüber beschwert. Zwischenzeitlich wird darüber berichtet, was zu begrüßen ist. Er wollte dies klarstellen. Der Bürgermeister kann mit seinem Schlußwort immer alles umdrehen. Das ist zwischenzeitlich bekannt. Er kann es in ein anderes Licht bringen. Daher ist es auch fair gewesen, daß er noch einmal zur Geschäftsordnung sprechen konnte.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß jeder zuständige Referent ein Schlußwort hat.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP- und der VLT-Fraktion),

die FPÖ-Forderung nach Schaffung eines "Beirates zur freiwilligen Selbstkontrolle und Objektivierung der Linie des Mitteilungsblattes der Stadt Villach" abzulehnen.

Pkt. 6.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Objektivierung bei Vergabe des Auftrages für Pressefotos im
Villacher Mitteilungsblatt

folg. 7

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 16.3. 1994, Zl.: MD/Anträge 22/1993.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion),

die von der FPÖ urgierte Ausschreibung von Fotoaufträgen für das Mitteilungsblatt abzulehnen.

Pkt. 7.) Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion - Insertionskosten für Villacher Politiker bei Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt

folg. 8

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 16.3. 1994, Zl.: MD/Anträge 17/1993.

Stadtrat Pacher hofft, da es sich um einen ÖVP-Antrag handelt und dieser auch entsprechend begründet wird, daß der Bürgermeister nicht wieder in Oberschullehrer-Manier in seinem Schlußwort über die Vorredner herfällt. Er findet es unerträglich, wie hier vorgegangen wird. Er findet es unerträglich, weil es eine offene Meinungsbildung nicht zuläßt. Das kann der Bürgermeister in seinen Parteigremien machen. Er sollte es jedoch in diesem Raum unterlassen. Die Gemeinderäte sind aufgefordert, ihre Meinung einzubringen und eine offene Diskussion zu führen. Er verwehrt sich dagegen, daß durch unqualifizierte Aussagen des Bürgermeisters das Klima in diesem Raum gestört wird.

Er läßt sich nicht vorwerfen, daß er Forderungen erhebt, die von ihm selbst in Abrede gestellt werden. Er tritt hier für Rationalisierung ein und umgekehrt wirft ihm der Bürgermeister vor, daß er im eigenen Referat diese Grundsätze nicht beachtet. Er läßt sich das nicht vorwerfen - auch nicht vom Bürgermeister. Er hat die Grundsätze der Rationalität immer beachtet und wird nun zu diesen Vorwürfen Stellung nehmen. Er hat vorher das Fremdenverkehrsreferat geleitet. Der Bürgermeister soll anführen, welche Posten er dort gefordert hat und auch bekommen hat. Er hat während seiner Amtszeit als Fremdenverkehrsreferent die Fremdenverkehrs-Infostelle in Magdalen aus Kostengründen aufgelassen. Sie wurde rationalisiert,

da es dort nicht mehr notwendig war. Er hat während seiner Amtszeit die Infostelle in Langauen durch Zusammenlegung wegrationalisiert. Er hat somit sehrwohl versucht, durch Rationalisierungsmaßnahmen einen besseren personellen Einsatz zu erreichen. Er läßt sich daher vom Bürgermeister nicht vorwerfen, daß er diese Grundsätze nicht beachtet hat.

Er nimmt nun zu den Vorwürfen des Bürgermeisters Stellung. Der Bürgermeister hat ihm vorgeworfen, daß er, seit er das Referat der städtischen Unternehmungen übernommen hat, Personalwünsche hat. Er hat diese Personalwünsche, da er einer Nachfrage nachzukommen hat. Er versucht, die städtischen Unternehmungen so zu führen, wie private Unternehmungen. Er hat dort einer Nachfrage und einem Wunsch des Bürgers nachzukommen. Andererseits hat er jedoch auch dafür zu sorgen, daß die dabei entstehenden Kosten im Unternehmen selbst abgedeckt werden. Die Zahlen sprechen dafür. Was nun geschieht, ist ein großer Schaden für die Stadt. Er kann nachweisen, daß eine Nachfrage vorhanden ist. Er könnte Menschen in dieser Stadt Arbeit geben, bekommt aber dafür nicht das nötige Personal. Das ist eindeutig ein Schaden für die Bürger dieser Stadt, die keine Arbeit bekommen. Es ist ein weiteres Mal ein Schaden für die Bürger dieser Stadt, da einer offenkundigen Nachfrage nicht nachgekommen werden kann. Er läßt sich daher nicht vorwerfen, daß er ungerechtfertigt Personalwünsche äußert. Die Kosten werden von den Unternehmungen selbst gedeckt.

Und nun zum Antrag der ÖVP-Fraktion. Die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, daß das Mitteilungsblatt sehrwohl parteipolitische Aussagen beinhaltet, allerdings nur parteipolitische Aussagen der SPÖ-Mandatare und nicht die politische Meinung - das ist von einigen seiner Vorredner heute auch schon angeklungen - aller Mandatare

in dieser Stadt. Es wird dort zu 99 % nur die SPÖ-Meinung transportiert. Das stört die anderen Fraktionen. Die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, daß dafür auch bezahlt werden soll, wenn es schon so ist. Dadurch könnte eine Selbstbeschränkung entstehen. Gemeinderat Mag. Raup hat versucht, das Mitteilungsblatt als ein der anderen freien Presse gleichwertiges Organ hinzustellen. Es ist Unsinn, so etwas zu behaupten. Es handelt sich dabei um ein offizielles Mitteilungsblatt der Stadt Villach. Von einer freien Meinungsäußerung kann überhaupt keine Rede sein. Es gibt einen politischen Auftrag, worüber berichtet werden soll. Wenn man der Meinung ist, daß es sich um ein freies Mitteilungsblatt handelt, dann müßte dafür auch Geld verlangt werden. Erst dann könnte der Bürgermeister diese 85 % der Villacher Bürger, die das Blatt lesen, für sich in Anspruch nehmen. Die "Kleine Zeitung", die "KTZ" und die "Kronen Zeitung" können für sich in Anspruch nehmen, daß sie so attraktiv sind, daß 50 oder 40 % der Villacher sie lesen. Das Villacher Mitteilungsblatt wird gratis - man kann beinahe sagen zwangsweise - ins Haus transportiert. Dadurch kann niemand den Anspruch erheben, daß es gut ist, weil 85 % der Villacher es letztenendes lesen. Die Voraussetzung ist eine völlig andere. Er ist daher der Meinung, daß die Forderung nach einer Abdeckung der Kosten für das Mitteilungsblatt in Form von Insertionskosten für Villacher Politiker durchaus berechtigt ist.

Stadtrat Haslinger hat eine Wortmeldung von Stadtrat Pacher in Bezug auf die Rationalisierung dazu bewogen, sich zu Wort zu melden. Wenn Stadtrat Pacher voll Stolz behauptet, er hätte die Infostellen in Magdalen und in Langauen wegrationalisiert, so ist das unbestritten richtig. Es sind zwei Objekte weniger geworden, doch die Zahl der Beschäftigten ist gleich geblieben. Das ist die Wirtschaft, die Stadtrat Pacher betreibt. Stadtrat Pacher hat erklärt, er komme in den städtischen Unternehmungen

seiner Aufgabe nach. Offenbar hat Stadtrat Pacher aufgrund seiner vielen Funktionen, die er ausübt, nicht einmal die Zeit, Amtsvorträge zu unterschreiben. Stadtrat Pacher hat nicht einmal die Zeit, ordentliche Wirtschaftspläne zu unterschreiben. In einem weiteren Tagesordnungspunkt wird der Wirtschaftsplan für die städtischen Bäder beschlossen, der heute erst zur Beschlußfassung vorgelegt wird und auch im Stadtsenat erst heute beschlossen wurde. Es ist nun April und das Budget ist voriges Jahr im November beschlossen worden.

Es entsteht der Stadt kein Schaden, da die berechtigten Wünsche des Wasserwerkes natürlich erfüllt werden, da sie teilweise auch im Wasserrechtsgesetz ihre Deckung finden. Das ist keine Frage. Vom Unternehmensbereich Gaswerk liegen ihm keine konkreten Wünsche vor. Es ist dies auch nicht möglich, da Stadtrat Pacher es bereits seit längerer Zeit trotz Aufforderung nicht geschafft hat, für den Bereich Gaswerk eine Organisationsanalyse zu erstellen, um überhaupt festzustellen, wieviele Bedienstete dort beschäftigt werden sollen und wo sie eingesetzt werden sollen. Stadtrat Pacher versucht nun selbstverständlich, ein anderes Bild zeichnen, um seine mangelnde Zeit für seine Tätigkeit als Stadtrat zu rechtfertigen. Anstelle der Organisationsanalyse gibt es Leiharbeiter im Gaswerk. Auch das muß einmal in aller Öffentlichkeit gesagt werden. Das ist nur der Fall, weil Stadtrat Pacher nicht in der Lage ist zu konkretisieren, wieviele Personen im Gaswerk eigentlich Beschäftigung finden sollen.

Frau Gemeinderätin Schaumberger war gestern den ganzen Tag in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer. Einige der Gemeinderäte werden sagen, daß sie "nur bei den Bauern" war. Sie kann heute sagen, daß sie bei den Bauern Kärntens war. Diese würden sich nie solcher Lächerlichkeit und solcher Erbärmlichkeit preisgeben, wie es

heute hier geschehen ist. Es würde keiner dieser Bauern, egal welcher Fraktion er angehört, Rationalisierungsanträge stellen und diese mit Ausschußneugründungen begründen, würde Kontrollbeamte bei der Rationalisierung für das Mitteilungsblatt fordern, würde Objektivierungsbeamte für die Pressefotografen fordern usw. "Ich habe einen Antrag gestellt. Ich habe geredet. Ich war bei dieser Eröffnung. Ich habe jemandem geholfen. Ich war besser. Ich habe die bessere Idee. Ich bin der fotogenere. Ich weiß, was wichtig ist. Ich kenne die Dringlichkeiten am besten. Ich weiß, was unbedingt mitteilbar ist. Ich kenne das beste Foto." Sie unterstellt niemandem Überheblichkeit, Eigenlob oder Geltungssucht. Man sollte jedoch einfach einmal Chefredakteure befragen - man kann sich die Zeitungen selber aussuchen. Diese werden immer erklären: "Frage nie den Betroffenen, sondern frage immer die Leser." Die Leser wurden im Mitteilungsblatt gefragt. Sie hatte einen Traum und muß über diesen Traum nun berichten, damit er nicht Wirklichkeit wird: Wir rationalisieren und in der Rationalisierung beschäftigen wir einen FPÖ-ÖVP-Einheitssekretär, der als Kontrollbeamter des Mitteilungsblattes den Fotografen aussucht, der von der FPÖ das fotogenste Bild macht und laut ÖVP dafür dann aus Verfügungsmitteln des zuständigen ÖVP-Stadtrates bezahlt wird. Sie hofft, daß dieser Traum nicht wahr wird.

Gemeinderat Major Skedl hat die Aussage von Frau Gemeinderätin Schaumberger dazu veranlaßt, ans Rednerpult zu gehen. Er hat heute die Zeitung gelesen. Es stellt sich die Frage, wo Frau Gemeinderätin Schaumberger gestern war, denn laut deren Aussage war alles eitel Wonne und Sonnenschein bei den Bauern. In der Zeitung war heute jedoch zu lesen: "Unwürdiges Politspektakel in der Vollversammlung".

Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß nun über den Antrag betreffend die Insertionskosten diskutiert wird. Dazu ist festzuhalten, daß die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion die Insertionskosten leicht tragen könnten. Der Bürgermeister täte sich dabei natürlich etwas schwerer. Man spricht nun zu einem Tagesordnungspunkt über alle Themen. Stadtrat Pacher hat in seiner Wortmeldung das Schlußwort des Bürgermeisters kritisiert. Er findet dies legitim, da der Bürgermeister nicht immer seinen Senf dazugeben muß. Stadtrat Haslinger spricht über Rationalisierungen. Diese wurden eigentlich bereits in einem vorhergehenden Antrag behandelt. Stadtrat Haslinger dürfte daher schon beinahe das Thema verwechselt haben. Und Frau Gemeinderätin Schaumberger hat Träume. Somit darf er bei diesem Antrag auch über alles sprechen. Es wird nun über die Insertionskosten diskutiert. Für das Foto, das von ihm im Mitteilungsblatt anlässlich des sogenannten Eklats bei der Umweltpreisverleihung erschienen ist, hätte er sicher nichts bezahlt, da es eigentlich ein Killerfoto war, das die Herren von der Pressestelle irgendwo aus der untersten Schublade herausgezogen haben.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß das Foto von genau dieser Sitzung stammt. So hat Stadtrat Ing. Klamt ausgesehen.

Stadtrat Ing. Klamt möchte noch einen Brief vorlesen, den er an die Pressestelle geschrieben hat. In diesem Brief hat er ausgeführt: "Die Berichterstattung über die Umweltpreisverleihung im Mitteilungsblatt der Stadt Villach ist nicht objektiv gehalten, sodaß ich energisch dagegen protestiere. Insbesondere die Schilderung der Vorgänge um die Auswahl der Preisträger entspricht nicht den Tatsachen. Ein persönliches Gespräch mit mir, das Sie nicht gesucht haben," - gemeint war Herr Kuchler - "hätte Aufklärung gebracht." Sogar bei der "Kleinen

Zeitung" hat man ihm die Möglichkeit einer Pressekonferenz gegeben, bei der er aufklärend tätig werden konnte. Es wurden falsche Feststellungen gebracht.

Der Bürgermeister hat in seinem Schlußwort erklärt, daß die SPÖ-Fraktion in der Vergangenheit kein schlechtes Gewissen hinsichtlich des Demokratieverständnisses hatte. Er darf für die FPÖ-Fraktion festhalten, daß auch diese in keinsten Weise ein schlechtes Gewissen hat. Er möchte nun auf den Kaiser-Josef-Platz zu sprechen kommen, da dieser auch zu dieser Thematik gehört. Die FPÖ-Fraktion hat hinsichtlich des Kaiser-Josef-Platzes eine konsequente Linie, die das widerspiegelt, was die Bürger dort denken. Die Studie, die von Herrn Freisleben im Rahmen des WIFI erstellt wurde, hat eigentlich alles bestätigt, was die FPÖ-Fraktion im Laufe dieser drei Jahre gesagt hat. Die FPÖ-Fraktion hat eine Marktverlegung gefordert. Das ist nicht gelungen, da die SPÖ-Fraktion erklärt hat, daß diese Idee der FPÖ-Fraktion nicht umgesetzt werden kann. Herr Freisleben hat von einer uniformen Gestaltung und von einer Eintönigkeit des Platzes gesprochen. Er war vor vier oder fünf Jahren als Anrainer eingeladen, als das Projekt "Kaiser-Josef-Platz" vorgestellt wurde. Er kann sich heute noch daran erinnern, was er damals dort vorgebracht hat: "Ich verstehe nicht, daß in diesen Platz Millionen investiert werden, denn dieser Platz ist soweit in Ordnung." Er würde es verstehen, wenn man den Platz aufreißt und dann eine Garantie geben kann, daß dies in den nächsten zehn Jahren nicht mehr geschehen muß. Auch würde er es verstehen, wenn man begehbare Kabelstränge anlegt, damit man die verlegten Rohrleitungen entsprechend warten kann. Er versteht jedoch nicht, warum man für Kosmetik soviel Geld ausgibt, wenn fünf Jahre später um S 100.000,-- festgestellt wird, daß diese Kosmetik

nichts gebracht hat. Das Ergebnis war lediglich, daß die Geschäfte dort nicht mehr so laufen, wie es früher der Fall war.

Er wollte heute über alle Themen sprechen, denn der Bürgermeister spricht in seinem Schlußwort auch über alle Themen. Er wollte damit nur zeigen, daß man, wenn man über alle Themen spricht, eine gewisse Unordnung in den Ablauf dieser Sitzungen bekommt. Der Bürgermeister muß darauf achten, daß eine Ordnung eingehalten wird. Mit seinen Schlußworten provoziert der Bürgermeister, daß die Mandatare bei der nächsten Wortmeldung auf diese Schlußworte eingehen, was eigentlich nicht sein sollte. Vielleicht wird sich der Bürgermeister bei seinen Schlußworten entsprechend beschränken. Es haben sich die Mehrheitsverhältnisse in dieser Stadt auch etwas geändert, sodaß ein guter Grund dafür gegeben ist.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte kurz begründen, weshalb sie zu ihrer Aussage steht und stolz darauf ist, Mitglied der SPÖ zu sein. Es ist eine Partei, die für sie Garant für Demokratie ist - besonders in Zeiten des steigenden Populismus. Die Begründung paßt zum jetzigen Beispiel und zum vorliegenden Antrag. Die Einheitsfraktion FPÖ-ÖVP stellt einen Antrag auf Insertionskosten für Villacher Politiker bei Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt. Der erste Schritt sieht daher so aus: Politiker bezahlen für Berichterstattung im Mitteilungsblatt. Der zweite Schritt ist für sie eine logische Folge des ersten Schrittes: Politiker trachten danach, Medien in ihren Besitz zu bekommen, damit sie nicht mehr bezahlen müssen. Dies bedeutet, daß Politiker Fernsehstationen und Presseimperien besitzen und sich dadurch die Bezahlung der Inseratgebühren für die eigene Berichterstattung sparen, indem sie die Meinungsbildung durch Eigentumsverhältnisse vorgeben. Der dritte Schritt ist für

sie eine logische Folge der ersten beiden Schritte: Politiker bezahlen nicht mehr nur für die Berichterstattung bzw. besitzen sie selbst, sondern der Politiker bezahlt auch dafür, ein Mandat von einer Partei zu bekommen, und bezahlt auch dafür, Stimmen zu bekommen. Das ist für sie der logische dritte Schritt als Konsequenz dieser Antragstellung.

Frau Gemeinderätin Steinkellner hält fest, daß die FPÖ-Fraktion dem Antrag der ÖVP-Fraktion ihre Zustimmung erteilen wird. Sie läßt sich die Vorwürfe von Bürgermeister Manzenreiter, sie führe eine Todesdiskussion, nicht mehr bieten. Der Bürgermeister hat vorhin mit einer Unverfrorenheit sondergleichen eine Behauptung in den Raum gestellt, die nicht wahr ist. Es stimmt nicht, daß von Herrn Freisleben der Marktplatz nicht als Punkt 1.) angeführt war. Der Bürgermeister hat erklärt, das sei nicht war. Sie war bei der Präsentation anwesend. Auch Gemeinderat Dr. Löberbauer und Handelskammer-Obmann Gross werden ihre Aussagen bestätigen. Der Bürgermeister dreht den Gemeinderäten einfach das Wort im Mund um. Es ist einfach nicht einzusehen, mit welcher Kompetenz der Bürgermeister das machen kann. Das Wort "Todesdiskussion" läßt sie sich von Bürgermeister Manzenreiter nicht mehr gefallen. Die FPÖ-Fraktion hat konstruktive Anträge für den Kaiser-Josef-Platz eingebracht. Sie wurden immer abgelehnt. Es wurden die Unterschriften der Geschäftsleute schubladisiert. Es freut sie jedoch wirklich sehr, daß der Bürgermeister durch den Druck der Bevölkerung so weit gekommen ist, daß er hingeht und mit den Geschäftsleuten spricht. Sie hofft, daß das Ergebnis eine vernünftige Lösung für diesen Platz sein wird und daß der Bürgermeister endlich einsieht, daß die Gestaltung des Kaiser-Josef-Platzes ein Fehler war. Man kann dies ohne weiteres zugeben. Sie hat gestern das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung nachgelesen. Auch da hat ihr der Bürgermei-

ster eine "Todesdiskussion" vorgeworfen, und zwar im Bezug auf St. Magdalen. Die Fußgängerzone ist im Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion abgesegnet worden. Nun liest sie mit Freude, daß die Fußgängerzone doch nicht in dieser Art eingerichtet wird. Der Bereich wird so gestaltet, wie sie es bei der letzten Gemeinderatssitzung vorgeschlagen hat. Sie hat damals gebeten, darüber zu diskutieren, da in der Bevölkerung der Wunsch vorhanden ist, eine Zone ähnlich der Italiener Straße zu errichten. Daraufhin hat man ihr eine "Todesdiskussion" in St. Magdalen vorgeworfen. Es werden nun doch erhöhte Übergänge wie in der Italiener Straße errichtet und es wird eine Einbahn - mit Gegenverkehr - kommen. Es ist somit genau das, worüber sie in der letzten Gemeinderatssitzung diskutieren wollte. Bürgermeister Manzenreiter stellt keine Tatsachen, sondern Unwahrheiten in den Raum. Der Bürgermeister hat gemeint, sie könne nicht mehr zu den Geschäftsleuten auf dem Kaiser-Josef-Platz gehen. Sie kann das sehrwohl. Sie spricht mit allen und kennt auch die Meinung der Geschäftsleute über den Bürgermeister. Bürgermeister Manzenreiter muß sich nur die Wahlergebnisse und die Wahlsprenkel der Innenstadt und des Kaiser-Josef-Platzes ansehen, damit er sieht, wer von der Bevölkerung angenommen wurde oder nicht.

Gemeinderat Samnitz ist der Meinung, daß Frau Gemeinderätin Steinkellner auch beim Thema Magdalen - Ortsumfahrung, Ortsberuhigung - nicht weiß, wovon sie spricht. Die Aussage von Frau Gemeinderätin Steinkellner, wonach es im Ortszentrum von St. Magdalen eine Einbahnstraße geben wird, ist nicht richtig. Es ist dies zwar schon sehr weit entfernt vom eigentlichen Thema, aber er möchte trotzdem darauf eingehen. Frau Gemeinderätin Steinkellner hat festgestellt, daß der Bürgermeister ihr eine Todesdiskussion vorwirft. Frau Gemeinderätin Steinkellner spricht seit Jahren vom "roten toten Platz". Dieses Wort

hat sie immer wieder verwendet. Wenn man lange genug davon spricht, daß etwas tot ist, dann wird es mit der Zeit tot. Er bittet Frau Gemeinderätin Steinkellner, davon Abstand zu nehmen und den Platz in Ruhe zu lassen. Sie soll den Geschäftsleuten dort ihre Ruhe lassen, dann wird sich auf diesem Platz etwas entwickeln. Er hofft, daß diese Diskussion mit dem Abgang von Frau Gemeinderätin Steinkellner in den Kärntner Landtag enden wird.

Bürgermeister Manzenreiter hofft, daß er nun tatsächlich das Schlußwort halten kann, denn beim letzten Tagesordnungspunkt hatte er nicht das vielkritisierte Schlußwort. Es wird in St. Magdalen keine Straße à la Italiener Straße geben. Er ist tatsächlich der Ansicht, daß es eine Todesdiskussion um den Kaiser-Josef-Platz und auch um andere Bereiche, wie beispielsweise St. Magdalen, gegeben hat. Es ist diesbezüglich dasselbe Wort verwendet worden, da er der Meinung ist, daß man zwischen und Tod und Leben auch Diskussionen über Inhalte führen kann. Man muß nicht einfach sagen, daß alles tot ist. Aus diesem Grund steht er dazu - nicht nur bei der Frau Gemeinderätin Steinkellner, sondern auch im allgemeinen -, daß es nicht gut ist, wenn man in der Öffentlichkeit über gewisse Bereiche nur mit dem Satz "etwas ist tot" diskutiert. Diese Diskussion ist fatal und nicht anzustreben.

Er bestätigt der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion mit ihren Anträgen wirklich Einmaligkeit. Der letzte Antrag hatte zum Inhalt, daß man fünf oder sechs Fotografen zu einem Standort holt, sich anschließend das beste Foto aussucht und dieses dann objektiviert. Nun handelt es sich darum, daß Personen, die ihrer Aufgabe nachkommen und daher auch im Mitteilungsblatt abgebildet werden, dafür bezahlen sollen. Das können sich manche vielleicht aufgrund ihres Besitzes oder Vermögens leisten. Viele Mandatäre können das nicht. Es gibt auch Multifunktionäre im Gemein-

derat, die es vielleicht schaffen. Viele Mandatare können und wollen das nicht. Man wird keinen zweiten Gemeinderat in ganz Österreich finden, der sich mit derartigen Banalitäten so lange auseinandersetzen muß, nur weil derartige Anträge gestellt werden. Man wird in ganz Österreich, in keiner FPÖ-, in keiner ÖVP-, in keiner SPÖ-dominierten und in keiner gemischten Gemeinde, eine derartige Antragstellung und Diskussion finden. Er zahlt demjenigen eine gute Flasche Sekt, der ihm eine Gemeinde zeigt, wo derartige Diskussionen auf dieser Ebene geführt werden - nämlich daß man dafür bezahlen soll, wenn man seiner Arbeit nachkommt und im Informationsblatt der Stadt abgebildet ist, und daß man fünf Fotografen einladen muß, um ein gutes Foto zu bekommen. Das gibt es sicher nirgendwo in ganz Österreich.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion):

Sowohl die im Amtsvortrag eingangs formulierte Forderung als auch die Forderung nach Bezahlung von Referatsberichten durch die Referenten wird abgelehnt. Dies wäre möglicherweise der Versuch einer politischen Werbung "durch die Hintertür".

Stadtrat Pacher verläßt wegen Befangenheit die Sitzung.

Pkt. 8.) Franz Pacher, Inhaber des Bäcker-
gewerbes am Standort Obere Fella-
cher Straße 19 - Verleihung des
Villacher Stadtwappens

Blg. g

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im
Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom
14.3.1994, Zl.: MD/B-50a/1/94/P-G.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Dem Gewerbeinhaber der Bäckerei Pacher mit dem Standort
Obere Fellacher Straße 19, 9500 Villach, Herrn Franz Ju-
stus Pacher, wird die Berechtigung zur Führung des Stadt-
wappens ausschließlich im Rahmen des Bäckereibetriebes ge-
mäß § 18, Abs. 1, des Villacher Stadtrechtes verliehen.

Das Stadtwappen darf nur in der heraldisch richtigen Form
verwendet werden und es ist die Einbindung des Stadtwap-
pens in das Unternehmenszeichen mit dem Leiter des Museums
der Stadt Villach abzustimmen.

Gemäß Tarif der Gemeindeverwaltungsabgabenverordnung 1983,
LGBI.Nr. 6/1983, in der geltenden Fassung, lit.B Tarif-
post 5, wird eine Gemeindeverwaltungsabgabe in der Höhe
von S 5.000,-- vorgeschrieben.

Stadtrat Pacher nimmt wieder an der Sitzung teil.

Pkt. 9.) Verleihung des Ehrenringes der
Stadt Villach an Generaldirektor
Dr. Walter Wolfsberger, Siemens
AG Österreich

Bzlg. 10

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im
Sinne des Amtsvortrages des Büros des Bürgermeisters vom
21.3.1994, Zl.: MD/B-50c/94/F-G.

Wird diesem Antrag die Zustimmung erteilt,
findet die Verleihung des Ehrenringes voraussichtlich am
8. Juni 1994 um 10.00 Uhr statt.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Der Ehrenring der Stadt Villach wird gemäß § 17 des
Villacher Stadtrechtes in der wiederverlautbarten Fassung
LGBI.Nr. 118/93 in Verbindung mit § 14 der Ehrenzei-
chenrichtlinien der Stadt Villach Herrn Generaldirektor
Dr. Walter Wolfsberger verliehen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder
den Vorsitz.

Pkt. 10.) Kärntner Bergbahnen und Berg-
straßen GesmbH - Ablöse der Be-
teiligung

23.9.11 Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanzdirektion
vom 9.3.1994, Zl.: FD 107/94.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Die Stadt Villach verkauft dem Land Kärnten den Anteil
an der Kärntner Bergbahnen und Bergstraßen GesmbH von
0,1202 % zum Nominale von S 336.560,-- aufgrund der im
Amtsvortrag enthaltenen Ablösegründe.

Pkt. 11.) Über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben in Durchführung des Rechnungsabschlusses 1993

Blg. 12

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Buchhaltung vom 15.3.1994.

Stadtrat Ladstätter hält fest, daß die Einschränkungen, die von der FPÖ-Fraktion im Stadtsenat vorgebracht wurden, auch für den Gemeinderat gelten.

Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß dasselbe auch für die ÖVP-Fraktion gilt.

Vizebürgermeister Binter übernimmt den Vorsitz.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben von S 15.629.600,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen des ordentlichen bzw. außerordentlichen Haushaltes und der Gebührenhaushalte gegeben ist.

Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion schließen jene Punkte von ihrer Zustimmung aus, die von ihnen schon in früheren Sitzungen abgelehnt wurden.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Pkt. 12.) Außerplanmäßige Ausgaben gemäß
§ 86 (1) Villacher Stadtrecht

folg. 13

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 24.3.1994.

Gemeinderat Mag. Haider ist der Meinung, daß in diesen außerplanmäßigen Ausgaben auch Grundkäufe für das Nordische Schizentrum enthalten sind.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß lediglich die Grunderwerbssteuer enthalten ist. Der Grundkauf wurde bereits in einer früheren Sitzung behandelt.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 645.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Die FPÖ-, ÖVP-, VIG- und die VLT-Fraktion schließen die Ansätze betreffend das Nordische Schizentrum von ihrer Zustimmung aus.

Pkt. 13.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Neufestsetzung der Norm für die Anschlußpflicht bzw. Entleerungsintervalle - Müllentsorgung

328, 14

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Entsorgung vom 14.12.1993, Zl.: Mu-Am/en-337.

Gemeinderat Zellot stellt fest, daß die Tatsache, daß dieser Antrag bereits teilweise angenommen wurde, zeigt, daß der Antrag nicht so schlecht war. Im Amtsvortrag wird angeführt, daß es in der Landeshauptstadt Klagenfurt lediglich eine wöchentliche Entleerung und bei den anderen Bezirksstädten eine 14tägige Entsorgung nur bei einem Haushalt mit höchstens drei Personen gibt. Er muß dazu feststellen, daß in der Marktgemeinde Velden die Entsorgungsintervalle auch bis auf monatlich ausgedehnt werden können. Den vorliegenden Antrag hat die FPÖ-Fraktion auch darum gestellt, weil die Bevölkerung bei Sprechtagen oder anlässlich sonstiger Diskussionen an die Mitglieder der FPÖ-Fraktion herangetreten ist und angeregt hat, andere Entsorgungsintervalle einzuführen. Der Mülltrennung, die jetzt bereits durchgeführt wird, wird der Antrag der FPÖ-Fraktion eigentlich schon gerecht.

Vizebürgermeister Binter hat bereits bei der Gemeinderatssitzung im Herbst angekündigt, daß die 14tägige Entleerung ein Probegalopp sein wird, da man feststellen muß, was jetzt noch als Restmüll übrigbleibt. Es gibt jedoch durchaus die Möglichkeit, mit 1.1.1995 noch Änderungen vorzunehmen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion):

- 1.) Der Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, der Villacher Bevölkerung uneingeschränkt die Möglichkeit zu bieten, von der derzeit wöchentlichen auf eine 14-tägige Müllabfuhr nach Wunsch umzustellen, wird abgelehnt.
- 2.) Dem Antrag wird jedoch in der Form Rechnung getragen, daß, wie im Amtsvortrag vom 9.11.1993 beantragt und in der Gemeinderatssitzung vom 26.11.1993 beschlossen, einem Haushalt bis zu fünf Personen eine 14-tägige Abfuhr ermöglicht wird.

Pkt. 14.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Ausbau der St. Johanner Bergstraße, des Goritschacher Weges, der St. Georgener Straße, der Kreuztrattenstraße und der Pogöriacher Straße

folg. 15

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 17.11.1993, Zl.: Anträge 11/1993.

Stadtrat Ing. Klamt informiert, daß dieser Antrag den Wunsch der Bevölkerung widerspiegelt. Es steht vermutlich außer Streit, daß der Antrag von der Sache her in Ordnung ist. Der Kreditrahmen von S 20 Mio. für den Ausbau und die Sanierung, der in der Begründung angeführt ist, ist für ihn kein Argument, da es auch noch eine Prioritätensetzung gibt. Die Mehrheitsfraktion wird sich in Zukunft auch einmal mit der zweitstärksten Fraktion auseinandersetzen müssen, um Wege zu finden, damit die Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden können.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Der Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion gemäß § 20 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes vom 25.6.1993 bezüglich Ausbau der St. Johanner Bergstraße, des Goritschacher Weges, der St. Georgener Straße, der Kreuztrattenstraße und der Pogöriacher Straße wird aus dem im Amtsvortrag geschilderten Sachverhalt abgelehnt.

Pkt. 15.) Antrag der Villacher Grünen - PVC-
Ausstieg im Beschaffungswesen

folg. 16

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abteilung IIB vom 1.2.1994, Zl.: IIB 356-0.

Gemeinderat Mag. Burian hält diesen Beschluß für sehr wichtig. PVC ist sicherlich - von der ökologischen Seite betrachtet - der problematischste Kunststoff. Er verursacht vor allem Probleme in der Produktion und bei der Entsorgung. Probleme gibt es jedoch auch im Betrieb, wenn es zu Bränden kommt. Es entstehen dabei krebserregende Stoffe. Es kommen Schwermetalle in die Umwelt. Besonders bei der Müllverbrennung verursacht das PVC sehr große Probleme. Er hält es daher für sehr positiv, daß die Stadt Villach nun als gewichtiger Bauherr bereit ist, auf PVC zu verzichten. Etwas leid tut ihm der Gummiparagraph, der in den Beschluß miteingeflossen ist, und zwar "soweit wirtschaftlich vertretbar". Er möchte darauf hinweisen, daß die Stadt Linz diesen Gummiparagraphen nicht aufgenommen hat, sondern dezidiert auf PVC verzichtet. Er hofft, daß dieser Gummi nicht so sehr strapaziert wird und daß man auch Kostenerhöhungen in einem gewissen Ausmaß in Kauf nimmt, um der Umwelt zu nützen. Man kann davon ausgehen, daß die Kosten für die Alternativprodukte laufend sinken, wenn sie mehr genutzt werden. Daher wird auch das Kostenargument nicht mehr so wichtig sein.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Antrag der Villacher Grünen über den Ausstieg der Stadt Villach aus der Verwendung von PVC mit dem Wortlaut

"Die Stadt Villach wird im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesen kein PVC mehr in den Fällen verwenden, in denen PVC bereits durch alternative Produkte ersetzbar ist."

abzulehnen und folgenden Wortlaut zu beschließen:

"Die Stadt Villach wird bei der Ausschreibung von Bauleistungen und sonstigen Lieferungen auf die Verwendung von PVC-haltigen Produkten soweit es technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist verzichten.

Bereits erprobte, auf dem Markt erhältliche Ersatzmaterialien sind auch dann zu verwenden, wenn der Mehrpreis gegenüber PVC-haltigen Produkten in einem vertretbaren Rahmen bleibt.

Dieser Beschluß ist in sämtlichen betroffenen Ausschreibungstexten anzuführen. Zu Positionen, die PVC-haltige Produkte betreffen, sind, sofern aus Erfahrung nicht ohnehin ein PVC-freies Produkt verwendet werden kann, Wahlpositionen für alternative PVC-freie Produkte anzugeben."

Pkt. 16.) Volksschule Friedenspark - Generalsanierung und Errichtung eines
Gymnastiksaales - Baubeschluß

Bzlg. 17

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Hochbauamtes vom 11.3.1994, Zl.: 5/2110/010010.1/94 KR/Re.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Aufgrund des behördlich genehmigten Projektes und den vorliegenden Angeboten über alle wesentlichen Gewerke wird für das Projekt "GENERALSANIERUNG VS FRIEDENSPARK und Errichtung eines Gymnastiksaales" zu einer Gesamtbausumme von S 54.166.667,-- (netto) + 20 % MWSt. = S 10.833.333,--, somit einer Gesamtbausumme von S 65.000.000,-- (brutto) $\pm$ 5 %, der Baubeschluß gefaßt.
- 2.) Von der Finanzdirektion wurde nachstehende Finanzierung für dieses Bauvorhaben bekanntgegeben:

- Kapitalsrücklage Z	S 15.700.000,--
- Darlehensaufnahme (100%ige Erstat-	
tung Schulbaufond)	S 13.300.000,--
- <u>Darlehensaufnahme (Hoheitsverwaltung)</u>	<u>S 36.000.000,--</u>
G e s a m t s u m m e	S 65.000.000,--
- 3.) Für die Umsetzung des Projektes in den in Frage kommenden Sommermonaten 1994 und 1995 wird die Ausnahme-genehmigung zur Benützung des öffentlichen Gutes erteilt.

Pkt. 17.) Grundbenützungsbereinkommen mit
dem Land Kärnten für die Errich-
tung des Geh- und Radweges Sil-
bersee

folg. 18

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 31.1.1994, Zl.:
664/0-236 Kr/Ci.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Abschluß des beigeschlossenen Grundbenützungsberein-
kommens vom 31.1.1994 zu genehmigen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 18.) Einräumung eines Geh- und Fahrt-
rechtes mit bürgerlicher Siche-
rung auf Parz. Nr. 1179/2, EZ
465, KG St. Martin, Parkplatz
Waldfriedhof

folg. 19

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom
7.2.1994, Zl.: IIC/L-840-Parz.Akt 87/94/Ne/Fi.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Stadt Villach als Eigentümerin der Flurnummer
1179/2, EZ 465, KG St. Martin, räumt auf einer Fläche
von ca. 33 m² gemäß beiliegendem Lageplan an der
östlichen Grundgrenze des Grundstückes zu Gunsten der
Flurnummer 1176/4, KG St. Martin, ein Geh- und Fahrt-
recht ein.
- 2.) Dieses Geh- und Fahrrecht soll grundbücherlich besi-
chert werden.
- 3.) Sämtliche mit der Errichtung der Zufahrt entstehenden
Kosten gehen zu Lasten des Bestandsnehmers. Für
allfällige Schneefreihaltung hat der Bestandsnehmer
selbst und auf eigene Kosten Sorge zu tragen.
- 4.) Der Grundeigentümer leistet keine Gewähr über die
Freihaltung der Fläche von parkenden Fremdfahrzeugen.

- 5.) Als Entgelt für die Einräumung dieses Geh- und Fahrtrechtes wird ein Pauschalbetrag in Höhe von S 8.000,-- vereinbart. Dieser Betrag ist mit dem der beiderseitigen grundbuchsfähigen Unterfertigung des Vertrages folgenden Monatsersten fällig.
- 6.) Allfällige mit der Errichtung dieses Vertrages entstehende Kosten und Gebühren trägt der Bestandsnehmer.

Pkt. 19.) Johann Putz - Rückübereignung
öffentlichen Gutes

folg. 20

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 11.2.1994, Zl.:
612/1-947 Nie/Ci.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Herrn Johann Putz, Essachweg 12, 9500 Villach, werden
die für das öffentliche Gut entbehrlichen Teilflächen
von 26 m² aus dem Grundstück 475/7, KG Vassach, bzw.
6 m² aus dem Grundstück 480/4, KG Vassach, beide in
EZ 412, gemäß der Darstellung im beigeschlossenen La-
geplan M 1 : 1000 kostenlos rückübereignet.
- 2.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teil-
ungsplanes wird auf Kosten des Herrn Johann Putz von
einem Zivilgeometer durchgeführt.
- 3.) Die mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen
Kosten, Steuern und Gebühren übernimmt Herr Johann
Putz.
- 4.) Nach Erfüllung aller rechtlichen Voraussetzungen
werden die im Lageplan M 1 : 1000 farbig dargestellten
Teilflächen im Gesamtausmaß von 32 m² aus den Grund-
stücken 475/7 bzw. 480/4, beide in EZ 412, KG Vassach,
gemäß § 9 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als
Gemeindestraße aufgelassen und den Grundstücken 475/9,
475/10, 475/2 bzw. 482/1, alle EZ 31, KG Vassach, zu-
geschrieben.

- 3.) Der im Punkt 2.) berechnete Kaufschilling wird fällig, sobald der beiderseits grundbuchsfähig unterfertigte Kaufvertrag vorliegt, die Freilassungserklärungen der allfälligen Buchberechtigten beigebracht sind und der Ranganmerknungsbeschluß über die beabsichtigte Veräußerung vorliegt, und zwar innerhalb eines Monates nach Vorliegen dieser Unterlagen.
- 4.) Die mit der Errichtung des Vorvertrages und des ihm folgenden Vertrages sowie mit der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren mit Ausnahme der Kosten einer allfälligen rechtsfreundlichen Vertretung der Vertragspartner trägt die Stadt Villach allein. Den Kaufvertrag erstellt die Rechtsabteilung des Magistrates.

Pkt. 21.) Grunderwerb durch die Chrom &
Zink Metallveredelung GesmbH

folg. 22

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages der Baudirektion vom 9.2.1994, Zl.: 730/
1-794 Re/Wie.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den folgenden Vorvertrag zwischen der Firma Chrom & Zink
Metallveredelung GesmbH, Gerbergasse 42, 9500 Villach, und
der Stadt Villach zu genehmigen.

Für den Rückkauf des Grundstückes 506, KG Villach, durch
die Stadt Villach erfolgt ein gesonderter Amtsvortrag.

1.) Die Stadt Villach verkauft und übergibt und die Chrom
& Zink Metallveredelung GesmbH, Gerbergasse 42, 9500
Villach, kauft und übernimmt aus EZ 463, KG Perau,
Teile der Grundstücke 213, 214, 320/10 in einem
Gesamtausmaß von ca. 4748 m² entsprechend dem Teil-
lungsvorschlag der Vermessung der Stadt Villach vom
5.10.1993 nach Maßgabe des bisherigen Besitzstandes
und Besitzrechtes ins Eigentum.

2.) Die Chrom & Zink Metallveredelung GesmbH, Gerbergasse
42, 9500 Villach, verpflichtet sich zur Zahlung von
ca. S 3.561.000,-- (in Worten: dreimillionenfünfhun-
derteinundsechzigtausend Schilling).

Der Verkaufspreis resultiert aus folgender Bewertung:
ca. 4748 m² x S 750,-- = ca. S 3.561.000,--

Das genaue Ausmaß der Grundfläche wird durch das Vermessungsamt der Stadt Villach bis zur Abfassung des Kaufvertrages ermittelt.

- 3.) Der im Punkt 2.) berechnete Kaufschilling wird fällig, sobald der beiderseits grundbuchsfähig unterfertigte Kaufvertrag vorliegt, die Freilassungserklärungen der allfälligen Buchberechtigten beigebracht sind und der Ranganmerknungsbeschluß über die beabsichtigte Veräußerung vorliegt, und zwar innerhalb eines Monates nach Vorliegen dieser Unterlagen.
- 4.) Die Stadt Villach verpflichtet sich bei Annahme des Vorvertrages im Gemeinderat, die an die Chrom & Zink Metallveredelung GesmbH, Gerbergasse 42, 9500 Villach, zu verkaufenden Grundstücke bis zum 30.6.1994 mit geeignetem Material und entsprechender Verdichtung so anzuschütten, daß eine widmungsgemäße Verwendung möglich ist.
- 5.) Die mit der Errichtung des Vorvertrages und des ihm folgenden Vertrages verbundenen Kosten mit Ausnahme der Kosten einer allfälligen rechtsfreundlichen Vertretung der Vertragspartner trägt die Stadt Villach allein. Den Kaufvertrag erstellt die Rechtsabteilung des Magistrates.
- 6.) Der Käufer verpflichtet sich für sich und seine Rechtsnachfolger, innerhalb von sechs Monaten nach Unterfertigung des Kaufvertrages den Antrag auf Bewilligung zur Errichtung der für die Betriebsstätte notwendigen baulichen Anlagen bei der Behörde der Stadt Villach einzureichen.

Mit den Bauarbeiten ist innerhalb von 1 Jahr ab Rechtskraft der Bewilligungsbescheide zu beginnen und die Anlagen sind innerhalb von weiteren zwei Jahren fertigzustellen.

Für den Fall, daß der Käufer oder dessen Rechtsnachfolger der Verpflichtung zur Bauausführung nicht entsprechen sollte, ist die Stadt Villach berechtigt, das kaufgegenständliche Grundstück im Sinne der §§ 1068 bis 1070 ABGB wieder einzulösen. Dieses Recht erlischt, wenn die Stadt Villach hievon nicht binnen sechs Jahren nach Unterfertigung des Kaufvertrages Gebrauch macht.

Der Käufer erteilt seine ausdrückliche Einwilligung zur Einverleibung des Wiederkaufsrechtes bei der für das vertragsgegenständliche Grundstück zu eröffnenden Liegenschaft. Ausdrücklich wird vereinbart, daß als allfälliger Rückkaufpreis der vom Käufer tatsächlich bezahlte Kaufpreis abzüglich der der Stadt Villach aus diesem Verkauf und Rückkauf erwachsenen Kosten zu gelten hat. Sollte eine Baugenehmigung trotz positiver Vorprüfung gemäß Kärntner Bauordnung in erster Instanz nicht erteilt werden oder sollte die erforderliche gewerberechtliche Betriebsanlagengenehmigung erstinstanzlich nicht erteilt werden, so ist die Stadt Villach zur Einlösung des Grundstückes nicht nur im Sinne der obigen Regelung berechtigt, sondern über schriftliches Verlangen durch den Käufer auch verpflichtet. In einem solchen Fall erhält der Käufer den vollen Kaufpreis zurück.

Ebenso ist der Käufer verpflichtet, eine Veräußerung des Kaufgrundstückes durch ein Rechtsgeschäft unter Lebenden innerhalb von sechs Jahren nach grundbüchsfähiger Unterfertigung des Kaufvertrages zu unterlassen.

Zur Bekräftigung dieser Verpflichtung räumt der Käufer der Stadt Villach das Vorkaufsrecht ein und erteilt die ausdrückliche Einwilligung zur Einverleibung desselben bei der für das vertragsgegenständliche Grundstück zu eröffnenden Liegenschaft.

Pkt. 22.) Wirtschaftsplan 1994 -
Stadtkinocenter

folg. 23

Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Wirtschaftsverwaltung vom 1.3.1994.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

den Wirtschaftsplan 1994 des verpachteten Stadtkinos mit einem Plangewinn von S 172.000,-- festzustellen.

Pkt. 23.) Wirtschaftsplan 1994 -
Städtische Bäder

Blg. 24

Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Wirtschaftsverwaltung vom 14.3.1994.

Es hat heute schon Diskussionen gegeben, weshalb er als zuständiger Referent diesen Amtsvortrag nicht unterschrieben hat. Es wurde dieser Amtsvortrag über Weisung erstellt. Daher wurde er von ihm nicht unterschrieben. Der Amtsvortrag ist jedoch vom Bürgermeister unterschrieben. Er möchte seine fehlende Unterschrift im Gemeinderat auch entsprechend begründen. Es ist ein Faktum, daß die Stadt Villach Bäder betreibt, die völlig unterschiedliche wirtschaftliche Voraussetzungen haben. Es ist dies die Freizeitbadeanlage Silbersee, in der kein Eintritt verlangt wird. Dem gegenüber stehen die städtischen Unternehmungen der Bäder in Egg und in Drobollach, wo Eintritt verlangt wird. Er vertritt als Unternehmer die Ansicht, daß eine Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen gegenüber der Freibadeanlage Silbersee nur dann gewährleistet ist, wenn zumindest die hohe Forderung der Qualität entsprechend gegeben ist. Dies wird durch eine Fremdenverkehrsstudie für den Bereich des Faaker Sees untermauert, in der ein Qualitätsausbau der städtischen Bäder am Faaker See gefordert wird. Ein Erlebnisbad soll geschaffen werden. Das war mit ein Grund, weshalb Überlegungen angestellt wurden, wie die vorhandenen städtischen Bäder mit möglichst geringem Aufwand diesen Ansprüchen gerecht werden können. Es wurden in den Budgetverhandlungen Vorschläge betreffend die Qualität unterbreitet. Der Gemeinderat hat sich dieser Meinung mit Mehrheit der SPÖ-Fraktion nicht angeschlossen. Er ist nach wie vor der Meinung, daß eine Tarifierhebung in den städtischen Bädern dazu führen würde, daß noch weniger Gäste kommen, da sie derzeit höchstens den Mindestanforderungen entsprechen. Daher

wurde von ihm keine Tarifierhebung vorgeschlagen. Dieser Vorschlag kommt von der Finanzreferentin. Aus diesem Grund ergeht der Antrag für die städtischen Bäder heute ohne seine Zustimmung und ohne seine Unterschrift.

Gemeinderat Mag. Haider möchte kurz erwähnen, daß die VIG-Fraktion es begrüßt, daß die Attraktivierung nicht mehr enthalten ist. Diese Attraktivierung wäre sehr teuer und die VIG-Fraktion vertritt die Meinung, daß diese Art und Weise des Badens und der Freizeitbeschäftigung bei öffentlichen Bädern der falsche Weg ist. Öffentliche Bäder sind dazu da, um der Bevölkerung eine relativ günstige Bademöglichkeit zu bieten - den Kindern und den Familien. Das ist das Hauptziel. Wenn ein Bad attraktiviert wird, dann wird auch der Eintritt teurer. Weiters möchte er festhalten, daß die VIG-Fraktion gegen die Ermäßigung für Magistratsbedienstete ist. Die VIG-Fraktion hält diese Art von Privilegien, die es für Beamte immer wieder gibt, für falsch. Ein Arbeiter bei der Firma Rappold hat diese Möglichkeiten nicht. Auch das Strom-Deputat für die Kelag-Arbeiter ist inzwischen abgeschafft worden. Von all diesen Dingen, die sich in der Nachkriegszeit entwickelt und nun verfestigt haben, sollte man schrittweise wieder abkommen. Die Ermäßigung bei den Bädern ist zwar nur eine Kleinigkeit, aber sie gehört dazu. Diese Vorgangsweise ist falsch. Genauso falsch ist es, wenn die Stadt Villach für billige Parkplätze im Parkhaus für die Magistratsbediensteten sorgt. Es bedeutet, daß der Steuerzahler dafür bezahlt, wenn etwa 100 Personen billiger parken können. Die VIG-Fraktion hält dies ebenfalls für unmöglich.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß es sicher unterschiedliche Auffassungen gibt, was die Attraktivität von öffentlichen Bädern anbelangt. Auch hier sollte der Konsument das Wort haben. Daß diese Erlebniseinrichtungen

angenommen werden, beweist, daß eine Nachfrage dafür vorhanden ist. Es gibt in Villach mehrere Freibadeanlagen, in denen die Villacher Bürger, die diese Einrichtungen nicht haben wollen, gratis baden können. Andererseits sollte man denen, die diesen Wunsch haben, durchaus die Möglichkeit bieten. Dafür ist ein höherer Preis notwendig. Er würde eine gemeinsame Besichtigung der Badeanlage in Drobollach vorschlagen. Er könnte dann erklären, weshalb diese Wassersrutsche unbedingt notwendig ist. Es gibt in Drobollach einen relativ kleinen Strandanteil und relativ große Grundflächen, die etwas entfernt vom Badestrand sind. Um diese weiter weg liegenden Grundstücke als Liegewiesen und als Erholungsflächen aufzuwerten, war diese Rutsche vorgesehen. Sie hat also nicht nur den Zweck, daß Spaß damit verbunden ist, sondern auch den, daß das Gesamtgrundstück insgesamt aufgewertet wird. Wenn die Mitglieder des Gemeinderates diese Gesamtidee erkennen, werden sie vielleicht anderer Meinung sein. Er ist gerne bereit, der VIG-Fraktion vor Ort die Situation zu erklären. Die Begünstigung für die städtischen Mitarbeiter wurde sehr ausführlich im zuständigen Ausschuß diskutiert. Auch private Unternehmungen räumen ihren Mitarbeitern Begünstigungen ein. Das ist durchaus üblich und richtig. Dieses Recht sollten auch die Mitarbeiter der Stadt Villach haben. Er sieht darin kein Privileg. Es handelt sich dabei nicht um eine Leistung, die zusätzlich zugekauft werden muß, sondern um eine Leistung, die ohnehin vorhanden ist. Es geht also nur um die Mitbenutzung dieses Grundstückes zu Badezwecken. Es steht dieses Grundstück auch jedem Villacher Bürger zur Verfügung. Es geht hier nur um die Begünstigung für einen städtischen Mitarbeiter. Das ist in privaten Betrieben durchaus üblich und sollte daher auch den städtischen Mitarbeitern zugestanden werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion):

- 1.) Wirtschaftsplan 1994 der Bäder mit einem Planverlust von S 503.000,-- einschließlich Investitionsplan mit Investition in Höhe von S 1.640.000,-- und Finanzplan mit einer Kapitalzufuhr von S 2.010.000,--.
- 2.) Tarifänderungen Saison 1994.
- 3.) Gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze dieses Wirtschaftsplanes.

Die VIG-Fraktion schließt die Ermäßigungen für die Bediensteten der Stadt Villach von ihrer Zustimmung aus.

Pkt. 24.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - einmalige Hilfe für die
Familie Hanke in Trebesing

Bgl. 25 Stadtrat Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Sozialwesen vom 31.1.1994.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderat Major Skedl führt aus, daß der Sozialreferent Stadtrat Pfeiler in seiner früheren Wortmeldung festgestellt hat, die FPÖ-Fraktion habe heute zehn nebulose Anträge eingebracht. Er richtet nun die Frage an den Sozialreferenten, was an dem Antrag "Einmalige Hilfe in Höhe von S 30.000,-- für die Familie Hanke" nebulos ist. Offensichtlich ist dem Sozialreferenten der Begriff "Hilfe" nebulos. In der Begründung ist zu lesen, daß einem ORF-Bericht vom 9.12. zufolge der Großteil des entstandenen Schadens durch Versicherungen gedeckt ist. In der "Kleine Zeitung" vom 23.11.1993 ist jedoch zu lesen: "Der Schaden beläuft sich auf mehrere S 100.000,-- und ist nur teilweise durch die Versicherung gedeckt." Es steht hier eindeutig die ORF-Berichterstattung gegen die Berichterstattung der "Kleinen Zeitung". Man muß sich kurz die Fakten in Erinnerung rufen: Im Jahr 1992 ist Herr Hanke bei einem Arbeitsunfall tödlich verunglückt und ein Jahr später, genau am 21.11.1993, ist das Wohnhaus der Familie Hanke abgebrannt. Die Witwe stand mit sieben Kindern im Alter von sechs bis 18 Jahren alleine da. Der Antrag der FPÖ-Fraktion wurde damals als Dringlichkeitsantrag eingebracht, da beabsichtigt wurde, der Familie Hanke schnell zu helfen, und zwar unter dem Motto "Wer schnell hilft, hilft doppelt". Dies wurde bereits durch die Nichtzuerkennung der Dringlichkeit verhindert. Er richtet die Frage an den Sozialreferenten, ob dieser der Meinung ist,

daß eine Witwe, die sieben Kinder im Alter von sechs bis 18 Jahren zu versorgen hat, jemals genug Geld haben wird. In der Begründung ist festgehalten: "im Hinblick auf die bereits erfolgte Hilfe". Er kann sich noch daran erinnern, als der Gemeinderat über einen Lastwagen für "Nachbar in Not" abgestimmt hat. Es ist damals keiner aufgestanden und hat gesagt: "Es sind ohnehin schon UNO-Hilfstransporte unterwegs." Wenn er von der räumlichen Kompetenzabgrenzung liest, so kann er sich nicht daran erinnern, daß der Villacher Gemeinderat für Kroatien eine räumliche Kompetenz hat. Er ersucht daher noch einmal, der Familie Hanke, die wirklich jeden Schilling brauchen kann, diese S 30.000,-- zuzuerkennen.

Gemeinderat Luser ist der Meinung, daß der Vergleich zwischen der Hilfe für Kroatien und der Hilfe für Trebesing doch etwas weit hergeholt ist. Bezüglich Kroatien ist es üblich gewesen, daß jede Gemeinde ihren Solidaritätsbeitrag gebracht hat. Und nun zur Familie Hanke. Es ist unbestritten - und er ist in einem Beruf tätig, bei dem er jeden Tag mit solchen Leuten zu tun hat -, daß solche Menschen der Hilfe bedürfen. Es ist umso trauriger, wenn es Familien gibt, in denen der Vater stirbt. Es ist auch unbestritten, daß kein Geld der Welt diesen Verlust ersetzen kann. Das ist zu unterstreichen. Man muß jedoch auch wissen, daß in einer Familie, wo der Familienvater verstorben ist, die Kinder eine Waisenpension - alle sieben Kinder - und die Gattin eine Witwenpension bekommt. Die Gattin bekommt von der Unfallversicherung eine Unfallrente - was bei vielen anderen Familien, wo auch der Kindesvater stirbt, nicht der Fall ist. Darüberhinaus bekommen sie selbstverständlich, wie es jedem in Österreich zusteht, auch die Familienbeihilfe. Er will jetzt nicht sagen, daß diese Leute begütert sind - durch diesen Unfall ist es unbestritten so, daß sie Geld benötigen -, aber er richtet die Frage an Gemeinderat Major Skedl und die

Mitglieder der FPÖ-Fraktion: "Wo beginnen wir zu helfen und wo hören wir auf?" Wenn man bei der Gemeinde Trebesing beginnt, dann gibt es morgen eine ähnliche Situation in Wolfsberg und übermorgen anderswo. Man sollte solchen Personen selbstverständlich so helfen, wie es möglich ist - über die Kärntner Landeshilfe und die diversen Institutionen, die es gibt. Diese haben auch geholfen. Es gibt jedoch auch in der Stadt Villach viele Familien, die ein ähnliches Schicksal miterlebt haben und die finanziell noch schlechter situiert sind, als diese Familie.

Frau Gemeinderätin Steinkellner führt aus, daß sofort, als dieses traurige Ereignis eingetreten ist, die FPÖ-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat. Dieser wurde nur von der SPÖ-Fraktion abgelehnt. Und dann kam - was für sie eigentlich sehr traurig und beschämend war - aus den Reihen der SPÖ-Bänke die Frage: "Von wem ist denn der Antrag?" Als erklärt wurde, daß die FPÖ-Fraktion den Antrag gestellt hat, wurde dieser abgelehnt. Das ist nicht einzusehen. Es ist sicherlich von allen Seiten - von Politikern, vom Land, usw. - geholfen worden. Wäre der Stadt Villach, dem Bürgermeister oder den SPÖ-Mandataren eine Zacke aus der Krone gefallen, wenn man mit diesen S 30.000,-- schnell geholfen hätte? Es wäre wirklich nichts dabei gewesen. Die Stadt Villach hat für alles andere auch Geld.

Stadtrat Pfeiler möchte ein paar Mißverständnisse aufklären, da er die Diskussion in dieser Form nicht versteht. Der Grund für die Ablehnung des Antrages war sicher nicht der, daß dieser von der FPÖ-Fraktion gestellt wurde. Dagegen verwehrt er sich, da eine sachliche Begründung in diesem Amtsvortrag angegeben ist. Gemeinderat Major Skedl dürfte seine vorherige Aussage nicht richtig verstanden haben, daher möchte er sie noch einmal präzisieren. Er hat tatsächlich von neun Anträgen

gesprochen, die seiner Meinung nach keine konkreten umsetzbaren Maßnahmen enthalten. Nun wird der zehnte Antrag behandelt. Er hält einen Amtsvortrag, der soziale Hilfe ermöglicht, für gut und für nicht negativ. Er hat jedoch als Sozialreferent der Stadt Sozialtöpfe zu verwalten, die nach dem Kärntner Sozialhilfegesetz geregelt werden, in dem ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß Zahlungen aus diesen Töpfen nur für Bürger, die im Gemeindegebiet der Stadt Villach leben, getätigt werden dürfen. Jede andere Hilfe bekommt jede Zustimmung und jede Unterstützung von ihm.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

den Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend eine einmalige finanzielle Hilfe für die Familie Hanke in Trebesing unter Zugrundelegung der im Amtsvortrag angeführten Fakten abzulehnen.

Pkt. 25.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - flexiblere Öffnungszeiten
bei den städtischen Kindergärten

Bgl. 26

Stadtrat Pfeiler berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Sozialwesen vom 21.2.1994.

Gemeinderat Zussner führt aus, daß für die FPÖ-Fraktion gesellschaftspolitisch die Familie immer das Sagen gehabt hat. Die FPÖ-Fraktion tritt für die Familie als Kern einer Gesellschaft ein, in der die Jugend alle Chancen hat und die ältere Generation nicht ausgegrenzt wird und in der die Entscheidung für ein oder mehr Kinder nicht mit einem Einkommensverlust verbunden sein darf. Die Senkung der Familienbesteuerung beispielsweise, die Beistellung einer Tagesmutter oder die freie Wahl der Kindergärten waren und sind immer FPÖ-Forderungen. Die freie Wahl bei der Wahl der Kindergärten ist seiner Meinung nach derzeit nicht gegeben. Obwohl Stadtrat Pfeiler selbst in einer Presseaussendung zugibt, daß eine flexiblere Öffnungszeit im neuen Kindergarten Fellach zur Anwendung kommen soll, verweigert er dem FPÖ-Antrag die Zustimmung. Mütter und Väter sind täglich belastet, weil sie ihre Sprößlinge zu früh oder zu spät in den Kindergarten oder Hort bringen müssen. Morgendliche Hast ist angesagt, weil die Arbeitszeit der Eltern mit den Öffnungszeiten der Kindergärten und Horte nahezu nicht oder überhaupt nicht übereinstimmt. Streß in aller Frühe - immer wieder, immer öfter. Die große SPÖ-Fraktion hätte es jetzt in ihrer Hand, diesem Mißstand ein Ende zu bereiten. Wer in seiner Not die oft unzulänglichen Öffnungszeiten nutzen muß, trifft auf all die anderen, denen es gleich oder ähnlich geht. Darum ersucht er den Gemeinderat, bürger- und kinderfreundliche Öffnungszeiten für alle Kindergärten und Horte einzuführen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten schreitet voran. Die Beamten und Beamtinnen im Bereich

der Kindergärten und Horte werden sicherlich freundlich mithelfen, denn eine vernünftige Arbeitszeiteinteilung hilft auch ihnen und ihren Familien. Wenn Stadtrat Pfeiler bei der vorhergehenden Meldung von Töpfen gesprochen hat, so muß er dazu sagen: "Nicht nur Topf und Deckel, Auto und Zubehör müssen zusammenpassen und kompatibel sein wie ein Computer und sein Programm, sondern auch die Öffnungszeiten der Kindergärten und Horte müssen für alle funktionieren." Macht endlich die Bürokratie für die Bürger kompatibel! Und noch etwas an die Adresse des Bürgermeisters. Dieser hat in einer Wortmeldung vorhin behauptet, Stadtrat Ing. Klamt hätte nichts zum Erfolg der FPÖ-Fraktion in Villach beigetragen. Er möchte den Gemeinderat darüber informieren, daß Bürgermeister Manzenreiter und Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher sicherlich sehr viel zum Mißerfolg der SPÖ-Fraktion in Villach beigetragen haben. Er möchte dies in einer Kurzformel zusammenfassen, in der die beiden Personen genannt sind. Es ist dies Bürgermeister Manzenreiter - der Man-n - und Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher - die Ko-hl. Das Ergebnis ist ein weiteres Man-ko für die SPÖ-Fraktion Villach.

Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß die ÖVP-Fraktion bereits vor Jahren einen ähnlichen Antrag hinsichtlich Öffnungszeiten im Bereich der städtischen Kindergärten eingebracht hat. Die ÖVP-Fraktion wird sich jedoch diesem Amtsvortrag anschließen, da die Umfrage ein eindeutiges Ergebnis gebracht hat. Daraus kann man ersehen, daß im Moment kein Bedarf für eine Änderung der Öffnungszeiten besteht. Er möchte Stadtrat Pfeiler jedoch bitten, diese Frage im Auge zu behalten und darüber nachzudenken, denn es könnte früher oder später doch ein Bedarf gegeben sein. Vielleicht ist es dann möglich, zumindest einen städtischen Kindergarten in Villach mit flexibleren Öffnungszeiten zu führen.

Frau Gemeinderätin Schmolin hält fest, daß ein Kindergarten der Superlative - um mit den Worten von Stadtrat Pfeiler zu sprechen - in der Fellach entstehen soll. Ein Kindergarten, der - wie man in einer Zeitung wortwörtlich lesen konnte - durch entsprechende Öffnungszeiten den alleinerziehenden Müttern entgegenkommen soll und wird. Stadtrat Pfeiler könnte hier den Wortlaut des FPÖ-Antrages zitiert haben, denn es wurde nur ein einziges Wort ausgewechselt - flexiblere Öffnungszeiten gegen entsprechende Öffnungszeiten. So betrachtet ist Stadtrat Pfeiler eigentlich einer Meinung mit der FPÖ-Fraktion und dennoch lehnt dieser als Sozialreferent den Antrag ab. Leider bestätigt Stadtrat Pfeiler hier, daß seine medialen Ankündigungen wieder einmal reine Effekthascherei waren und daß es ihm in Wahrheit überhaupt nicht um die berufstätigen alleinerziehenden Mütter geht, die oft genug in Schwierigkeiten kommen und nicht wissen, wie sie es schaffen sollen, ihre Kinder vom Kindergarten rechtzeitig abzuholen. Wenn es aber jetzt anders wäre und sie im Unrecht, dann müßte Stadtrat Pfeiler diesen Antrag unterstützen.

Gemeinderat Mag. Haider wundert es, weshalb die FPÖ-Fraktion bei ihrer Argumentation nicht auf die Umfrageergebnisse eingeht, die eigentlich dafür sprechen, daß man es so beläßt, wie es ist. Ihn haben diese Umfrageergebnisse eigentlich verwundert, da er ein anderes Ergebnis erwartet hätte. Es ist jedoch eigenartig, wie nun darüber diskutiert wird. Es gibt einen Amtsvortrag, der einige Zahlen beinhaltet. Er weiß nicht, ob Gemeinderat Zussner diesen Amtsvortrag durchgelesen hat oder nicht. Gemeinderat Zussner hat seine Wortmeldung anscheinend schon vorher verfaßt und nun einfach heruntergelesen, da er auf die Daten im Amtsvortrag nicht eingegangen ist. Dieser Aspekt ist für ihn sehr interessant, da er zeigt, daß man eigentlich nicht reif für eine vernünftige Diskussion ist. Weiters wundert er sich über das Ergebnis dieser Umfrage.

Er bittet Stadtrat Pfeiler um Auskunft, wieviele Eltern geantwortet haben, wie hoch die Rücklaufquote war, ob das Ergebnis repräsentativ ist und wie Stadtrat Pfeiler diese Umfrage einschätzt. Das Ergebnis ist erstaunlich. Er möchte auch noch einen dritten Aspekt erwähnen. Wenn man ein Kind um 6.30 Uhr in die Krippe geben will, ist dies eigentlich eine menschliche Tragödie. Man muß diesbezüglich wahrscheinlich andere Lösungen betreffend die Arbeitspolitik finden und darüber sprechen, welche Möglichkeiten es gibt.

Frau Gemeinderätin Obergantschnig ist wirklich erschüttert, wie hier mit Schlagzeilen herumgeworfen wird. Es gibt eine bundesweite Schlagzeile betreffend flexiblere Öffnungszeiten. Sie möchte folgendes vorlesen: "Bundesweit sind nur 51 % aller Kindergärten und Krabbelstuben durchgehend den ganzen Tag geöffnet. 27 % haben eine Mittagspause. 22 % haben entweder am Vormittag oder am Nachmittag geöffnet. Den geringsten Anteil an ganztägig durchgehend geöffneten Kindergärten haben Tirol - 5 % - und Vorarlberg - 8 %. In Wien dagegen sind beinahe alle Kindergärten durchgehend geöffnet - 92 %. In Kärnten haben 70 %, in Villach 100 % der Kindergärten ganztägig geöffnet, und zwar von 6.45 Uhr bis 17.00 Uhr bzw. 18.00 Uhr." Warum soll eine Öffnungszeiten von 10 1/4 Stunden für Kinder zwischen dem zweiten und sechsten Lebensjahr nicht ausreichen, wenn eine Mutter eine Arbeitszeit von maximal 8 Stunden hat? Sie nimmt dabei die Angestellten des Landeskrankenhauses Villach aus, die 12-Stunden-Dienste haben. Für diese wäre es wünschenswert, die LKH-Kindergärten zu schaffen, die man längst versprochen hat. Dort kann man Öffnungszeiten einführen, die dem Rhythmus der Krankenschwestern angepaßt sind. Von beinahe 1.000 Personen in Villach sind nur zehn Personen unzufrieden. Wie kann man da nach flexibleren Öffnungszeiten schreien? Es wurde davon gesprochen, daß es im Kindergarten auf der Unteren

Fellach flexible Öffnungszeiten geben wird. Man wird den Wünschen der Bevölkerung entsprechend entweder um 6.45 Uhr oder um 7.00 Uhr aufsperrten. So geschieht es in allen Villacher Kindergärten. Wo der Bedarf vorhanden ist, öffnet man um 6.45 Uhr. Wo der Bedarf nicht vorhanden ist, öffnet man um 7.00 Uhr. Man sollte wirklich nachdenken, worüber man spricht, wenn man von kinderfreundlichen Öffnungszeiten spricht.

Gemeinderat Zussner erklärt, er wisse, wovon er spricht. Er hat drei Kinder. Das älteste ist 21 und das jüngste ist 6 1/2. Es wurde von der Kinderfreundlichkeit gesprochen. Wer sagt denn, daß das Kind um 5.30 Uhr oder um 6.30 Uhr in den Kindergarten gebracht werden muß? Flexibilität bedeutet etwas völlig anderes. Frau Gemeinderätin Obergantschnig hat das Glück, beim Magistrat der Stadt Villach beschäftigt zu sein. Sie sollte jedoch einmal mit den Müttern sprechen, die in Betrieben beschäftigt sind, die auf die Wünsche der Kundschaft reagiert haben. Das geht von früheren Öffnungs- bis zu späteren Schließungszeiten. Frau Gemeinderätin Obergantschnig sollte einmal hingehen und bei der Kasse stehen. Diese Bediensteten haben zu Mittag drei Stunden frei und eine Gesamtarbeitszeit von zehn Stunden pro Tag. Flexibilität bedeutet, daß das Kind sooft wie möglich bei der Mutter ist. Auch die Kindergärtnerinnen werden dafür dankbar sein, denn auch für sie ergibt sich dadurch eine andere freie Blockzeit.

Gemeinderat Mag. Haider schläft anscheinend im Gemeinderat - und das bereits seit einigen Jahren. Dieser hat erklärt, er sei nicht auf die Befragungen eingegangen. Das hat er tatsächlich nicht getan. Es ist bekannt, daß jeder im Gemeinderat die Möglichkeit zu zwei Wortmeldungen hat. Er wußte nicht, was auf seine erste Wortmeldung geantwortet wird. Er stellt zu der Befragungen von 948 Erziehungsberechtigten fest, daß er dieser Befra-

gung keinen Glauben schenken kann. Sein Sohn besucht den Hort. Er wurde nicht befragt. Er hat die Eltern im Bereich Lind, Vassach und Neue Heimat gefragt. Kein einziger Elternteil hat ihm bestätigt, daß er befragt wurde. Stadtrat Pfeiler hätte das Villacher Mitteilungsblatt für das nützen sollen, für das es vorgesehen ist, und eine Rückrufaktion starten sollen. Es sollten nicht nur die derzeitigen Mütter, sondern auch die jungen Frauen, die in nächster Zeit gedenken, sich zu verheiraten und Kinder zu haben, befragt werden. Denn das ist die Zukunft. Man kann nicht einfach davon ausgehen, daß es derzeit keinen Bedarf gibt und sich in einigen Jahren, wenn die Kinder älter sind, niemand mehr aufregen wird.

Er richtet an Stadtrat Pfeiler, die konkrete Frage, wie diese Befragungsaktion durchgeführt wurde. Wer wurde befragt? Über wen wurde befragt? Er vermutet, daß die Kindergärtnerinnen beauftragt wurden, die Eltern zu befragen. Das ist nicht der richtige Weg.

Gemeinderat Mag. Raup ist froh, daß Gemeinderat Zussner sich zum zweiten Mal gemeldet hat, denn beim ersten Mal hat er gedacht, daß er einen mechanischen Doppelgänger mit eingebautem Tonband vor sich hat. Es gibt solche Tierchen, die auch etwas von sich geben, ohne eigenständig zu denken. Es gibt eine Novelle "Der mechanische Doppelgänger", die ihn sehr an Gemeinderat Zussner bei der ersten Wortmeldung erinnert hat. Bei der zweiten Wortmeldung ist zum Glück wieder der Original-Zussner zu Wort gekommen. Es werden flexiblere Öffnungszeiten gefordert. Er hat den Verdacht, als stecke dahinter die Möglichkeit, rund um die Uhr Kinder abzustellen. Er ist selbst ein sehr kritischer Mensch in der eigenen Fraktion in der Beurteilung der Öffnungszeiten gewesen. Er hat sich auch in der eigenen Fraktion, als es darum ging, die Öffnungszeiten noch früher anzusetzen, dagegen gewehrt, da er

der Meinung war, daß man vor allem den Kleinkindern damit nichts Gutes tut. Wo ist denn schließlich und endlich der Schlußpunkt zu setzen, wenn Mütter im Landeskrankenhaus um 7.00 Uhr früh den Dienst beginnen müssen. Wann müssen diese, wenn sie von Wernberg wegfahren, ihre Kinder bereits aufwecken und wann werden die Kinder hier in den Kindergärten abgegeben? Er spinnt dieses Beispiel weiter - es gibt dies nicht in der Realität, aber theoretisch. Was wäre, wenn unter den Angestellten in den Bäckereien Damen wären, die ihre Kinder dann um 2.00 Uhr aus dem Bett reißen und möglichst in den Kindergarten bringen müßten? Wo ist dann ein Schluß? Es gibt einen ganz anderen Ansatzpunkt, der überlegt werden müßte. Es geht nicht um die Schluß- oder die Anfangszeiten, die, wie man aus der Umfrage erkennen kann, ein guter Kompromiß geworden sind. Es wurde eine wirklich repräsentative Umfrage durchgeführt. Man sollte sich einmal überlegen, wie die Arbeitszeiten für Mütter und Väter aussehen. Seine Frau ist Holländerin und ist Kindergärtnerin. Die Schulen beginnen in Holland um 8.30 Uhr. Die Kindergärten beginnen in Holland um 8.30 Uhr. Es wird ihm doch niemand einreden wollen, daß es nicht möglich ist, die Arbeit so zu organisieren, daß man nicht bereits um 6.00 oder um 6.30 Uhr voll gestellt sein muß, um die Arbeit zu beginnen. Es wären hier Ansatzpunkte genug gegeben, die Arbeitszeiten zu humanisieren. Er möchte diesen Appell an die Privatwirtschaft richten, die in Österreich manchesmal anscheinend tatsächlich über Leichen gehen würde. Es wären Ansatzpunkte genug, zu überlegen, ob man nicht eine humane Arbeitswelt fordern sollte, damit die Kinder auch eine humane Welt erleben. Dazu gehört auch, daß wir unsere eigene Arbeitswelt einmal vor den Vorhang stellen und kritisch beleuchten. Es ist in anderen Industriestaaten, die mindestens einen so hohen Lebensstandard haben wie wir, auch möglich, ohne daß man um 5.00 Uhr oder um 6.00 Uhr bereits die Kinder aus den Betten holen muß, damit man sie um 6.45 Uhr oder um 7.00 Uhr

im Kindergarten "abstellen" kann. Das gibt es in anderen Ländern durchaus - unter sehr humanen und fairen Bedingungen. Er ist der Meinung, daß es möglich ist. Es wäre ein Ansatzpunkt zur Überlegung. Das, was nun erarbeitet wurde, entspricht dem Kompromiß, den die Bevölkerung akzeptiert. Er weiß, daß es sehr unterschiedliche Arbeitswelten gibt. Es wird hier gefordert, daß man das Kind auch noch um 18.30 Uhr holen, aber vielleicht erst um 10.00 Uhr vormittags bringen kann. Er weiß nicht, welche Vorstellungen man bezüglich der dafür notwendigen Organisation hat. Wie soll eine Betreuung aussehen? Wir sollten uns einmal unsere eigene Arbeitswelt vornehmen, um dann vielleicht zu einer humaneren Welt für die Kinder zu kommen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte sich als Frauenreferentin zu Wort melden, da es sie grundsätzlich sehr freut, daß sich an einer Diskussion über Kindergarten-Öffnungszeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen sehr viele Männer zu Wort gemeldet haben und auch sehr engagiert zu Wort gemeldet haben. Sie findet es grundsätzlich wichtig und gut, daß im Gemeinderat eine derartige Diskussion unter Berücksichtigung der weltanschaulichen Unterschiede stattfindet. Ein Satz war für sie dann doch Anlaß, das auch auszusprechen. Gemeinderat Zussner hat erklärt: "Ich weiß, wovon ich spreche. Ich habe drei Kinder." Das hat ihr etwas zum Nachdenken gegeben, da sie der Meinung ist, daß sehr viele Männer glauben, daß sie dadurch, daß sie drei oder mehr Kinder haben, wissen, wovon sie sprechen. Sie behauptet, daß Kinder zu haben allein noch nicht genügt, um zu wissen, wovon man spricht, wenn es um Kinderbetreuung, Kindererziehung und alles, was damit verbunden ist, geht. Sie würde sich wünschen, daß jeder einzelne Gemeinderat einen Teil dessen, was an Forderungen und Wünschen offiziell geäußert wird, in seiner Familie wahr macht. Man müßte zumindest erfahren, was es heißt, ein Kind in der Früh aufzuwecken, Frühstück

zu machen, anzuziehen, die richtigen Schulsachen einzupacken und um 7.15 Uhr in der Schule gestellt zu haben. Man sollte das vielleicht hin und wieder einmal selbst übernehmen und durchmachen, weil man erst dann ihrer Meinung nach wirklich weiß, wovon man spricht. Es ist für sie die Diskussion insofern auch spannend, weil wieder - so wie zu Beginn der heutigen Sitzung - das modische politische Wörterbuch aufgeschlagen wird. Sie hat wirklich den Eindruck, daß es ein Standard-Wörterbuch gibt, in dem die Modewörter der Politik vorkommen. Dazu zählt Objektivierung, Flexibilisierung, Rationalisierung usw. Es lautet nun ein Antrag auf flexible Öffnungszeiten. Was bedeutet das in Wahrheit? In Wahrheit bedeutet dies, daß man jetzt schon in den Villacher Kindergärten die Kinder zwischen 6.45 Uhr und 9.00 Uhr bringen kann und daß man sie zwischen 11.45 Uhr und dem späten Nachmittag abholen kann. Wie man Öffnungszeiten noch flexibler gestalten soll, ist ihr aus der Diskussion noch nicht klar geworden. Sie ist der Meinung, daß die Villacher Kindergärten sehr flexible Öffnungszeiten haben. Das ist gut und richtig so.

Gemeinderat Mag. Raup hat bereits die Frage der Arbeitszeiten und der Zeiten, wonach sich die Kindergarten-Öffnungszeiten orientieren, angesprochen. Sie ist als Frauenreferentin ebenfalls der Meinung, daß man nicht nur familienfreundliche Kindergärten braucht. In allererster Linie braucht man kinderfreundliche Kindergärten. Und man braucht nicht primär unternehmensfreundliche Kindergärten. Die Umfrage, die Stadtrat Pfeiler in seinem Amtsvortrag zitiert hat, wurde offensichtlich innerhalb der Kindergärten bei Eltern, die schon Kinder im Kindergarten haben, durchgeführt. Das Frauenreferat arbeitet jetzt an einer Frauenstudie, die vielleicht dort oder da einzelne Abweichungen bringen wird. Es gibt sicherlich Spezialfälle. Es sind dies vermutlich nicht einzelne Personen, sondern ganze Betriebe, die sehr früh mit dem Schichtbetrieb

beginnen. Die Kinder werden anderwärtig betreut und nicht in den Kindergärten untergebracht, da bekannt ist, daß die Kindergärten erst um 7.00 Uhr öffnen. Sie ist jedoch der Meinung, daß die Stadt Villach nicht die Aufgabe hat, für alle Spezialfälle 24 Stunden durchgehend maximale Betreuung anzubieten. Das kann und wird nie möglich sein und nicht finanzierbar sein. Sie kann daher nur an alle, die ständig von Rationalisierung sprechen, appellieren, daß diese eine kleine Spur des rationellen Denkens auch da einbringen, wo sie es vielleicht nicht haben wollen. Es wäre in dem Fall viel besser, wenn man die S 700.000,--, die für Tagesmütter vorgesehen sind, vielleicht noch einmal aufstockt oder wenn man in Zukunft Privatinitiativen fördert, um flexiblere Modelle in Villach zusätzlich zu den Kindergärten zu ermöglichen. Gemeinderat Zussner hat die Diskussion mit einer Ansprache zum "Jahr der Familie" eröffnet. Sie möchte vor allem an alle Unternehmer appellieren, die sich sonst immer so familienfreundlich geben, diese Familienfreundlichkeit vielleicht auch anhand eines Betriebskindergartens oder anhand von Zuschüssen für Kinderbetreuungseinrichtungen ihrer Bediensteten aktiv unter Beweis zu stellen. Sie möchte diese Familienfreundlichkeit auch bei den anderen acht Bundesländern einfordern, die zum Teil andersfärbige Landeshauptleute, Finanzreferenten und Kindergartenreferenten haben. Sie erinnert sich nämlich sehr gut an das Geheul und an das Aufschreien dieser, als Ministerin Dohnal verlangt hat, einen Vertrag zwischen Bundesländern und dem Bund abzuschließen, wonach in zehn Jahren - in den kommenden zehn Jahren - alle Bundesländer sich verpflichten, täglich bis zu elf Stunden Kindergarten-Öffnungszeiten anzubieten. Das war eine undenkbbare Forderung, die sofort vom Tisch gewischt wurde. Vielleicht kann man auch die Familienfreundlichkeit innerhalb der eigenen Fraktionen und auch bei den politischen Vertretern auf höherer Ebene einfordern - genauso, wie beim Land Kärnten, beim zukünftigen Landeshauptmann -, wenn es darum

geht, einen Betriebskindergarten für Villach einzurichten. Sie ist der Meinung, daß die Flexibilität optimal ist. Man kann wirklich stolz sein auf das Kindergartenwesen in Villach. Sie ist jedoch dagegen, daß die, die sonst immer vom Sozialabbau sprechen und diesen auch forcieren, wo sie nur können, dann, wenn es plötzlich einmal vielleicht opportun ist und gut aussieht, einen Flexibel-Antrag einzubringen, am liebsten 24-Stunden-Öffnungszeiten bei den Kindergärten hätten.

Vizebürgermeister Binter übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Dr. Ertl stimmt den Ausführungen von Gemeinderat Mag. Raup eigentlich vollinhaltlich zu. Es geht nicht darum, darüber zu diskutieren, ob man die Kindergärten früher öffnet, später schließt oder sie rund um die Uhr geöffnet hat. Es handelt sich darum, familienfreundliche Zeiten zu finden. Er ist der Meinung, daß im Rahmen des Sozialreferates diese Erhebung objektiv durchgeführt worden ist. An der Aussage von Gemeinderat Mag. Raup hat ihn jedoch gestört, daß dieser versucht hat, der Wirtschaft den "Schwarzen Peter" in die Schuhe zu schieben. Besonders die Wirtschaft ist es, die flexible Arbeitszeiten wünscht und immer an die Gewerkschaft und an den Sozialminister heranträgt. Dort zeigt man der Wirtschaft jedoch immer die kalte Schulter. Daher ersucht er den Gemeinderat, einmal gemeinsam in dieser Angelegenheit beim Sozialminister vorzusprechen und diesen zu bitten, die Wünsche der Wirtschaft zu erfüllen, damit diese die Arbeitszeiten der Mitarbeiter auch entsprechend familiengerecht einrichten kann.

Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß die Wortmeldung von Gemeinderat Mag. Raup, die dieser sehr engagiert vorgetragen hat, ein bißchen weltfremd gewesen

ist, wenn dieser von der Humanisierung der Arbeitswelt gesprochen hat. Er weiß wirklich, wovon er spricht. Die sozialistische Idee ist in der Vergangenheit eher in die Richtung gegangen, daß sie in der Berufstätigkeit der Frau eine Befreiung gesehen hat. Die Systeme, die man heute mit den Kindergärten aufbaut, sind natürlich in irgendeiner Form Krücken. Das Problem unserer Gesellschaft ist eigentlich, daß die Frau nicht die freie Entscheidung hat, ob sie zu Hause bei den Kindern bleiben kann oder nicht, da man heute einen Wohlstand aufgebaut hat, der nur mehr damit erfüllt werden kann, daß beide Elternteile arbeiten. Er hat mit vielen Frauen im Betrieb gesprochen und konnte feststellen, daß viele nicht freiwillig arbeiten gehen. Sie arbeiten, weil sie den Wohlstand erhalten müssen. Die Gesellschaft wird sich daher wieder auf die Familie besinnen müssen. Die Frau muß die wirkliche Wahlmöglichkeit haben. Das ist derzeit nicht der Fall. Sie hätte die Wahlmöglichkeit dann, wenn die Zeit, in der sie zu Hause bei den Kindern bleibt, für die Pension angerechnet wird. Wenn man diese Humanisierung umsetzen wollte, dann müßten die Frauen, die heute Kinder erziehen, ein Gehalt vom Staat bekommen. Doch das System stößt an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Die Frauen sind eingebunden. Sie haben zwei Jahre Karenzzeit und müssen dann entweder arbeiten gehen oder sie verlieren das Einkommen. Daher sind sie darauf angewiesen. Die Gesellschaft und die Stadt können daher nur so reagieren, daß sie auf die Wünsche dieser jungen Mütter soweit wie möglich eingehen.

Frau Gemeinderätin Obergantschnig führt aus, daß der Kindergarten in erster Linie eine Bildungsinstitution und keine Bewahranstalt ist. Es ist eine Bildungsinstitution, welche die Familie ergänzen und nicht ersetzen soll. Der Kindergarten ist kein Abgabepplatz; auf dem sich das Kind möglichst locker eine Zeit lang die Zeit vertreiben soll, sondern es ist ein hochbrisanter

Ort, an dem entscheidendes passiert und an dem Weichen für die Zukunft des Kindes gestellt werden. Der störungsfreien Entwicklung des Kindes sollte besonders in den ersten Lebensjahren oberste Priorität eingeräumt werden. Das ist etwas, was man bei dieser Diskussion nicht vergessen darf. Ein geordneter Tagesablauf mit einem verträglichen Zeitmaß außerhalb des Familienverbundes ist die wichtigste Voraussetzung.

Gemeinderat Stastny stellt fest, daß Gemeinderat Mag. Raup den Menschen in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hat. Man soll sich gemeinsam bemühen, Wege zu finden, um dieser Zielsetzung zu entsprechen. Der Mensch sollte das Maß aller Dinge sein. Gemeinderat Dr. Ertl hat schon Recht, daß auch Belange der Wirtschaft dementsprechende Flexibilität erfordern. Er hat jedoch das Gefühl, daß Flexibilität aus der Sicht des Menschen und Flexibilität aus Sicht Wirtschaft doch zweierlei Dinge sind.

Aus den Aussagen der Mitglieder der FPÖ-Fraktion ist erkennbar, daß diese den Wert der Familie verbal sehr hoch einschätzen. Doch sind es immer nur verbale Bekenntnisse. Betreffend die flexiblen Öffnungszeiten ist die Stadt Villach beispielgebend - trotz aller Schwierigkeiten, die in diesen Bereichen auftreten. Aber wie Stadtrat Pfeiler und Frau Gemeinderätin Obergantschnig bereits ausgeführt haben - all diese Probleme und Bereiche unter einen Nenner zu bringen, ist nicht unbedingt ein Vorgang, der von heute auf morgen ohne nachzudenken einfach durchzubringen ist. Bei Betrachtung der vorliegenden Umstände kann man rein sachlich zur Feststellung gelangen, daß die momentane Situation in der Stadt Villach für die Familien unter all der gegebenen Problematik eine sehr befriedigende ist, wie auch entsprechende Umfragen ergeben haben. Es ist wohl legitim festzustellen, daß dies auch

auf die Arbeit des SPÖ-Referenten zurückzuführen ist. Frau Gemeinderätin Steinkellner wird im Landtag genügend Möglichkeiten haben, diesen sozialen Bereich auszubauen. Er möchte noch einen Rückblick auf die Familie Hanke machen. Es ist sehr wesentlich, daß, wenn jemand in Not gerät, der gesetzliche Bereich so fundiert ist, daß diese Notfälle dementsprechend abgesichert sind und es nicht von dem Wohlwollen einer einzelnen Gruppierung abhängig ist, ob dem Menschen, der in Not ist, geholfen wird. Frau Gemeinderätin Steinkellner wird im Landtag genügend Möglichkeit haben, daran mitzuarbeiten. Er kann aus seiner Tätigkeit nur berichten, daß er in den letzten Jahren sehr viele Entscheidungen in diese Richtung gesehen hat, bei denen von einer Verbesserung in punkto sozialer Absicherung und in punkto einer Humanisierung eher weniger die Rede war. Die FPÖ war dabei eigentlich sehr federführend.

Gemeinderat Hinterleitner hat das Gefühl, daß unterschiedliche Auffassungen, ausgelöst durch die Kindergarten-Diskussion, sich hier eingestellt haben, und zwar dann, wenn es um Familienpolitik geht, wenn es um unternehmensfreundliche Öffnungszeiten geht - wobei unternehmensfreundliche Öffnungszeiten, denen Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher nicht das Wort spricht, und familienfreundliche Öffnungszeiten ein- und dasselbe sind, wenn es um zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht, wenn es um Alleinverdienerinnen geht, die Familien- und Kindervorsorge zu treffen haben, und wenn damit Flexibilisierung gegeben ist. Er verweist auf eine Aussage bei der Eröffnung der Gastronomiemesse in Klagenfurt. Der Bundeskanzler hat zur Frage der flexiblen Arbeitszeiten Bezug genommen. Es wurde auch in der Sozialpartnerschaft, erkannt, daß nur dann Arbeitsplätze gesichert werden können, wenn es auch in diesem Bereich zu einem Umdenken und zu einer Flexibilisierung kommt, was bedeutet, daß mehr und flexiblere Arbeitsplätze geschaffen werden können und daß

damit auch im Zuge einer veränderten europäischen Situation eine veränderte Familiensituation im positiven Sinne zustandekommt. Mittätige Ehefrauen könnten sich ihre Zeit in der beruflichen Tätigkeit auswählen, was andererseits wieder mit sich bringt und auch voraussetzt, daß auch in diesem Bereich - wenn es um die Betreuung der Kinder geht - ein Umdenken zu erfolgen hat.

Stadtrat Ing. Truppe hat deutlich ausgeführt, daß im Moment aufgrund der Umfrageergebnisse eine veränderte Flexibilisierung der Öffnungszeiten nicht notwendig ist. Es könnte sich durchaus in den nächsten Jahren eine Veränderung ergeben - auch im Hinblick auf die Veränderungen der beruflichen Tätigkeiten. Dann wird man sich verstärkt mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Er hat es jedoch nicht so gerne, wenn man dieses Spiel Wirtschaft-Soziales-Familie etwas durcheinanderbringt, denn alles im Gesamten ist als ein homogenes Gebilde zu sehen. Nur dann ist der Erfolg auch für die Familie gesichert.

Gemeinderat Mag. Raup hat eigentlich nicht Wirtschaft oder Unternehmertum und Familie zur Auseinandersetzung aufgefordert. Er hat lediglich dazu aufgefordert, darüber nachzudenken, daß die Humanisierung des Arbeitsplatzes alle betrifft - Unternehmer wie auch Gewerkschaften. Es fallen ihm jetzt nur zwei Wörter dazu ein: "Gleitende Arbeitszeit" oder "Time-sharing" bzw. "Job-sharing". Es sind dies moderne Begriffe. Es gibt also durchaus Modelle einer Arbeitszeit, die den neuen Anforderungen entsprechen kann und die nach sich zieht, daß auch humanere Möglichkeiten der Kinderbetreuung gegeben sind. Das bedeutet jedoch nicht, daß es derzeit inhuman ist. Es sind alle mehr oder weniger zufrieden. Die Stadt ist dem Bedarf entgegengekommen, aber es wurde eigentlich im Unternehmerbereich nicht darüber nachgedacht, welche Maßnahmen man im eigenen Bereich treffen könnte, um den eigenen Angestell-

ten weitestgehend entgegenzukommen. Stadtrat Ing. Klamt hat sich heute vier oder fünf Mal zu Wort gemeldet und davon mindestens drei Mal mit dem Satz "Ich weiß, wovon ich spreche". Stadtrat Ing. Klamt ist bei der Siemens als Betriebsrat freigestellt, wenn er sich nicht irrt. Dort sind vermutlich derzeit etwa 1.800 Personen beschäftigt. Stadtrat Ing. Klamt hat unter dem Strich eigentlich eine Lösung angeboten, die in etwa lautet: "Frauen zurück an den Herd, dann sind wir alle Probleme los". Er wird sehrwohl zur Kenntnis nehmen, daß Stadtrat Ing. Klamt weiß, wovon er spricht, wenn es diesem als Betriebsrat gelungen ist, bei der Siemens zu erreichen, daß dieses Werk einen eigenen Kindergarten für seine Angestellten einrichtet. Dann erst wird er das Wort von Stadtrat Ing. Klamt ehrlich aufnehmen und diesem dazu gratulieren. Bisher hat Stadtrat Ing. Klamt in diesem Bereich jedoch eigentlich noch nichts erreicht.

Frau Gemeinderätin Lausegger führt aus, daß Frau Gemeinderätin Schaumberger heute sehr pathetisch einen schönen Satz gesagt hat - sie war ganz begeistert: "Sie hat einen Traum". Sie möchte das für sich eigentlich ins Gegenteil umkehren - sie hat einen Alptraum. Sie hat einen Alptraum, wenn sie an die Zeit zurückdenkt, in der ihr eigener Sohn im Kindergartenalter und im Volksschulalter war. Sie hatte als Lehrerin damals an ihrem Arbeitsplatz nicht die Stundenanzahl von 40 zu leisten, da die Stunden gewerkschaftlich doppelt zählen. Wenn sie an diese Zeit zurückdenkt, kommt ihr heute noch das Grausen. Es wird heute wieder einmal auf die Wirtschaft "hingehauen", weil es so schön gemütlich ist - es gibt zu wenig an Entgegenkommen, an Arbeitszeitmodellen etc. Sie denkt aber an ihren Alptraum zurück, den sie gehabt hat, denn es war ein Kollege der SPÖ-Fraktion, den sie als Schulleiter gehabt hat. Als sie diesen gebeten hat, er möge den Stundenplan vielleicht ein, zwei Jahre - in der Zeit, in der ihr Kind

die Volksschule besucht - ein bißchen darauf abstimmen und familienfreundlicher gestalten - und es wäre in seinem Ermessens- und Möglichkeitsbereich gewesen -, hat ihr dieser gute Mann gesagt: "Wenn Ihnen etwas nicht paßt, dann hören Sie auf zu arbeiten." Das wäre ihr in ihrer damaligen Situation nie möglich gewesen. Sie möchte daher wirklich bitten, mit diesem ständigen Buh-Mann-Hinstellen - die böse Wirtschaft - aufzuhören, denn Wirtschaft sind wir alle. Wir alle leben von einer Wirtschaft, die wächst, die gedeiht, die prosperiert. Dieses ständige Feindbild-Aufstellen hängt ihr eigentlich schon zum Hals heraus. Es gibt sehr viele Betriebe, die Arbeitszeitmodelle haben oder in Ausarbeitung haben. Es gibt auch seitens der SPÖ-Fraktion die Initiative "Frauen 2000", sodaß hier sehr viel geschieht. Andererseits wird in Zukunft etwas geschehen müssen, denn wenn sie an die Freigabe des Nacht-Arbeitsverbotes für Frauen in der EU denkt, wird man sich sicherlich in den nächsten Monaten etwas einfallen lassen müssen.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß hier beinahe der Eindruck entsteht, es sei ein Antrag der Villacher Wirtschaft, daß in den Villacher Kindergärten die Beginnzeiten früher sein müssen. An und für sich haben die Eltern schon das Wort gesprochen. Das war auch der Grund, warum die ÖVP-Fraktion die Meinung vertritt, es bestehe kein Grund, die Öffnungszeiten der Kindergärten vorzuverlegen. Väter werden selten etwas von Kindererziehung verstehen. Er nimmt für sich nicht in Anspruch, davon etwas zu verstehen, nur weil er auch drei Kinder hat. In der Zeit, in der seine Kinder in den Kindergarten gegangen sind, hat er es seiner Frau ermöglicht, länger zu schlafen. Damals war er noch Bäcker. Seine Frau steht nicht gerne früh auf, er steht gerne früh auf. Damals konnte er endlich etwas für seine Kinder tun. Er ist früh aufgestanden, hat ihnen das Frühstück gegeben und hat sie dann in den Kindergarten gebracht. Das war eine der weni-

gen Zeiten, in denen er wirklich seinen Mann stehen konnte in der Familie. Aber er versteht davon wirklich überhaupt nichts, um das für sich in Anspruch nehmen zu können. Wenn eine Forderung erhoben wird, die Kinder um 6.00 Uhr in den Kindergarten zu bringen, würde er einer sein, der den Antrag stellt, ein Schutzgesetz zum Schutz der Kinder vor diesen Eltern zu erlassen. Für ihn waren die 1 1/2 Stunden vor dem Kindergarten eine sehr gedrängte Zeit. Er war immer unter Druck, um die Kinder so weit zu bringen, daß er sie um 7.00 Uhr im Kindergarten abliefern konnte. Er mußte ohnehin um 5.30 Uhr beginnen. Wenn er sich vorstellt, daß die Kinder um 6.00 Uhr oder um 6.15 Uhr im Kindergarten landen sollen - sollen die um 5.00 Uhr aus dem Bett gerissen werden, damit sie dort hingebacht werden? Das wäre für ihn eine undenkbbare Situation. Darum ging auch die Diskussion in der ÖVP-Fraktion. Diese Umfrage bei den Eltern ist eigentlich das, was auch in der ÖVP-Fraktion das Gespür ist. Es geht nicht anders. Man sollte das akzeptieren. Ausnahmen bestätigen die Regel. Diese Ausnahmen sollten jedoch nicht als Grund genannt werden, um die Öffnungszeiten für die Kindergärten früher anzusetzen. Diese Eltern müssen zum Schutz oder zum Wohle ihrer eigenen Kinder andere Lösungen finden. Das ist die einzige Möglichkeit. Wenn es solche Eltern gibt, sollte man sich überlegen, welche anderen Lösungen es gibt. Auf keinen Fall sollte man die Kindergartenzeiten vorverlegen. Alle anderen Diskussion gehen in eine vollkommen falsche Richtung. Das war eine Wortmeldung von einem, der keine Ahnung von diesem Thema hat.

Stadtrat Haslinger kann sich in seltener Einmütigkeit der Wortmeldung von Stadtrat Pacher anschließen. Dieser war nämlich einer der ersten, der von den Kindern gesprochen hat. Es ist immer nur über familienfreundliche Öffnungszeiten gesprochen worden und es ist nie über kinderfreundliche Öffnungszeiten gesprochen worden. Es ist

nie darüber gesprochen worden, ob es dem Kind genauso gut tut, wie vielleicht der Mutter, die um 5.30 Uhr aufsteht, um den Haushalt zu machen. Er kann Stadtrat Pacher diesbezüglich voll beipflichten. Diese Diskussion betreffend die Flexibilisierung ist eine sehr traurige Diskussion. Es betrifft nicht nur den Kindergartenbereich. Es wird auch in den Hauptschulen und in den Mittelschulen über die Einführung einer 5-Tage-Woche gesprochen, ohne darüber nachzudenken, daß die Kinder, die die 68 Stunden nun auf sechs Tage verteilt haben, diese 68 Stunden dann in fünf Tagen unterbringen müssen. Es wird an und für sich immer nur über die Familie, über die eigene Person gesprochen und über das eigene Bedürfnis gesprochen, ohne das wahre Bedürfnis der Kinder zu berücksichtigen. Eine Wortmeldung des Gemeinderat Hinterleitner hat ihn auch dazu bewegt, sich zu Wort zu melden, und zwar die flexible Arbeitszeit, die der Bundeskanzler in Klagenfurt angeschnitten hat. Der ÖGB ist nicht grundsätzlich gegen eine flexible Arbeitszeit. Wogegen sich der ÖGB mit aller Eindeutigkeit ausspricht, ist die im Hintergrund von der Wirtschaft verfolgte kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit. Gegen diese Forderung der Wirtschaft, die im Hintergrund lauert und ständig spürbar ist, spricht sich der ÖGB aus - und das zu Recht, denn andernfalls wäre es möglich, daß der ÖGB Zig-Millionen-Beträge aus diesem Titel erstreiten muß. Es ist offenbar so, daß sich die schwarzen Schafe in der Wirtschaft doch um etliches vermehrt haben und diese Flexibilisierung sehr weidlich ausnützen. Letztenendes muß sich der Arbeitnehmer, der in einer unglaublich schwachen Position gegenüber dem Arbeitgeber ist, das mit Hilfe der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer erstreiten. Nichts gegen die Flexibilisierung, aber alles gegen die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit.

Stadtrat Ing. Klamt wurde nun von Gemeinderat Mag. Raup direkt angesprochen. Er kann es nur so formulieren, daß dieser anscheinend nicht genau weiß, wovon er spricht. Er vertritt etwa 350 Angestellte, wobei der überwiegende Teil Männer sind. In seiner Ära wurde die Gleitzeit als eine flexible Arbeitszeit eingeführt und es gibt natürlich auch Teilzeitleösungen für Frauen. Er hat auch nicht gesagt - das möchte er nun ganz klar feststellen -, daß die Frauen wieder an den Herd zurückmüssen. Er hat nur erklärt, daß die Frauen die Wahlmöglichkeit haben sollten, zu Hause bleiben zu können oder arbeiten zu gehen. Diese Wahlmöglichkeit hat er angezweifelt. Man muß auch akzeptieren, daß die Arbeitgeber nicht die Caritas in unserem Gesellschaftswesen sind. Das muß man anerkennen. Das ist eine Realität, mit der man leben muß. Er ist der Meinung, daß mehr Personen aus der Privatwirtschaft in diesen Gremien sein müßten, da sich die Beamten schon ein bißchen von dem normalen Leben wegentwickelt haben. Natürlich kann man einen Kindergarten für die Siemens umsetzen. Die Siemens hat rund 1.500 Arbeitnehmer, die er nicht alle vertritt. Wenn man einen Kindergarten umsetzt, dann wird es wahrscheinlich nicht ohne Beteiligung der Stadt Villach möglich sein. Man wird dann sehen, was der Sozialreferent dazu sagt. Es war vermutlich etwas, was Stadtrat Pfeiler einfach so dahingesagt hat. Es ist ihm auch klar, daß die Kindergärten weder die Mutter noch den Vater ersetzen können. Man muß jedoch mit den Gegebenheiten, die die Gesellschaft jetzt bietet, fertig werden. Wenn Frauen nun Gleitzeitmöglichkeiten, flexible Arbeitszeiten und Teilzeitleösungen haben, muß man auch in den Kindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten reagieren.

Stadtrat Pfeiler ist dieser Diskussion über weite Strecken aufmerksam gefolgt und ist der Meinung, daß sie zum Teil auch hervorragende Beiträge hervorgebracht hat. Es könnte ein Beispiel sein, wie man sich mit einer

Thematik auseinandersetzt - auch bei unterschiedlicher ideologischer Position. Es waren unterschiedliche ideologische Positionen, aber es geht auch darum, daß sich der Gemeinderat mit diesen Dingen auseinandersetzt. Negativ aufgefallen ist ihm die Polemik, die nun geherrscht hat. Dazu möchte er kurz Stellung nehmen. Es hat ihn gefreut, daß Stadtrat Ing. Klamt, der sonst an der Sozialdemokratie kein gutes Haar läßt, heute das historische Verdienst der Sozialdemokratie anerkannt hat, das zur Gleichberechtigung der Frau geführt hat. Negativ an diesen polemischen Bemerkungen war, daß die FPÖ-Fraktion in ihren Wortmeldungen eine ideologische Grätsche vollzogen hat, die wieder einmal alles abdeckt, aber auf Parteilinie liegt. Es war von der Aussage "Zurück zur Familie" bis hin zu der Aussage, daß für alle Kinder einen Kindergartenplatz vorhanden sein muß, alles vorhanden. Es war in den Wortmeldungen alles vertreten. Erst hat Gemeinderat Zussner davon gesprochen, daß die Kinderbetreuungsplätze zu wenig wären. Zum Schluß hat er davon gesprochen, daß die Kinder in die Familie gehören. Das letztere scheint wohl der tatsächliche ideologische Hintergrund der FPÖ-Fraktion zu sein, denn schließlich und endlich ist das die Kernaussage der "Mutter der Nation" und Noch-Chefideologin, Kriemhild Trattinig, die auch die Frau und die Kinder an den Herd haben wollte und alles daran gesetzt hat. Es sind das Kindergartenressort und die Erfolge im Kärntner Kindergartenwesen sicherlich in SPÖ-dominierten Referaten gelegen. Zum Schluß war es bei Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy als Kindergartenreferent.

Das Wort "Flexibilität" ist eines dieser schönen, von der Vizebürgermeisterin bereits angeführten Modeworte. Das Wort "Flexibilität" selbst ist sehr flexibel und man kann es in alle Richtungen dehnen. Es handelt sich darum, bedarfsgerechte vertretbare Öffnungszeiten zu haben. In dem Sinn erfüllt die Stadt Villach mit ihren

derzeitigen Öffnungszeiten die Bedürfnisse der Villacher Familien. Er hat davon gesprochen, daß nur zehn Personen von diesen 948 Personen Änderungswünsche haben. Von diesen zehn Personen wollten fünf Öffnungszeiten ab 6.45 Uhr. Es gibt in Villach vier Kindergärten, in denen es möglich ist, die Kinder um 6.45 Uhr hinzubringen - in Lind, Tratten, Fellach und Landskron. Das ist geschehen, ohne das Wort "flexibel" zu strapazieren. Es ist eine bürgerfreundliche, bedarfsgerechte Regelung, die natürlich eingeführt wurde und gegen die niemand etwas hat. Es gab eine prinzipielle Diskussion über das Kindergartenwesen. Die Stadt Villach kann sich stolz nennen, daß sie österreichweit an der Spitze steht, was die Kindergartenversorgung anlangt, und daß sie innerhalb Kärntens mit einem Versorgungsgrad von nahezu 90 %, nämlich 89 %, an der Spitze steht. Die Stadt Villach ist nicht nur erstklassig, was die Versorgung anlangt, sondern auch an der Spitze, was die Öffnungszeiten anlangt. Auch hier liegt die Stadt Villach mit ihren Öffnungszeiten genau bei der Forderung, die Frauenministerin Dohnal stellt und die in weiten Teilen Österreichs nicht realisiert ist. In Tirol und Vorarlberg ist beispielsweise nur jeder 20. Kindergarten ganztägig geöffnet. In Villach ist jeder Kindergarten ganztägig geöffnet. Die Stadt Villach hat auch bei der Gruppenhöchstziffer in Kärnten hervorragende Daten. Während in der Steiermark die ÖVP und die FPÖ die Gruppenhöchstzahl von 25 auf 30 hinaufgesetzt haben, wurde sie in Kärnten von 28 auf 25 gesenkt. Das sind die wahren Qualitätskriterien, nach denen die Kindergartenpolitik gestaltet wird.

Es sind zwei Anfragen und Wünsche an ihn herangetragen worden - eine von Gemeinderat Mag. Haider und die andere von Stadtrat Ing. Truppe -, wie künftig in diesen Fragen vorgegangen wird. Es ist ihm bewußt, daß diese Erhebungen jährlich durchzuführen sind. Man wird den Bedarf genau beobachten und immer dann reagieren, wenn ein

entsprechender Bedarf vorhanden ist. Das ist auch sein politischer Wille. Man wird diese Befragungen weiter ausdehnen und noch mehr Eltern einbeziehen. Man wird diesen Wünschen dann nach Möglichkeit natürlich auch Rechnung tragen. Der Bedarf ist mit den derzeitigen Öffnungszeiten weitgehend abgedeckt - zu 98,5 %. In diesem Sinne möchte er die Mitglieder des Gemeinderates ersuchen, sich diesem Amtsvortrag, den selbständigen Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend flexiblere Öffnungszeiten abzulehnen, anzuschließen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

den Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend flexiblere Öffnungszeiten in den städtischen Kindergärten mangels Bedarf abzulehnen.

Pkt. 26.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Privatisierung der magistratsinternen Kantine

Blg. 27

Stadtrat Haslinger berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 9.3.1994.

Gemeinderat Zussner führt aus, daß die FPÖ-Fraktion am 26.11.1993 den Antrag gestellt hat, die rathausinterne Kantine zu privatisieren und an einen geeigneten Betreiber zu verpachten. In dem Amtsvortrag wird festgehalten, daß eine Privatisierung mehr Räumlichkeiten in Anspruch nehmen würde. Für ihn ist dies völlig unverständlich. Auch ist aus dem Amtsvortrag ersichtlich, daß derzeit drei Kräfte in der Kantine beschäftigt werden. Nach seinen Informationen sind bei der Kantine zweieinhalb Kräfte beschäftigt. Es gibt daher bereits einen Widerspruch im Amtsvortrag. Warum sollten nach einer Privatisierung mehr Personen benötigt werden, wenn derzeit zweieinhalb Kräfte für die Zubereitung und die Ausgabe der Speisen zur Verfügung stehen? Siese Sorgen sollte man dem zukünftigen Betreiber überlassen. Sie lägen dann nicht mehr im Bereich des Magistrates. Der Referent könnte jedoch eine Kostenanalyse über die Kosten der Kantine durchführen. Doch wie in vielen anderen Bereichen auch, wagt sich Stadtrat Haslinger nicht über diese Hürde. Der Magistrat stellt derzeit das Personal, aber auch die Räumlichkeiten und die Infrastruktur zur Verfügung. Das müßte natürlich bewertet werden. Im Amtsvortrag ist zu lesen: "Die gewerberechtlichen Auflagen und die arbeitnehmerschutzrechtlichen Bestimmungen sind für die Personalvertretung als Betreiber ausreichend." Bei einer eventuellen Privatisierung sollen sie aber laut Amtsvortrag nicht ausreichen. Dies sieht er wieder einmal als weiteren Beweis für eine Behördenwillkür in Villach. Weiters ist im Amtsvortrag festgehalten: "Die WC-Anlagen, die derzeit

ausreichend sind, würden nach einer Privatisierung nicht mehr ausreichen." Der Referent sollte die Betreuung der Kantine öffentlich ausschreiben und Angebote einholen. Erst dann kann man Vergleiche anstellen und man wird erkennen, daß unter dem Strich für alle Bediensteten und für die Steuerzahler ein Vorteil herauskommt. Im Amtsvortrag wird auch erwähnt, daß die magistratsinterne Kantine ausschließlich für Bedienstete des Magistrates zur Verfügung steht. Nun schweift er etwas aus, wie es auch seine Vorredner in vielen Bereichen getan haben, um den Mitgliedern des Gemeinderates die derzeitige sozialistische Politik der Stadt Villach vor Augen zu führen. Am 22.2.1993 hat ein Villacher um die Aufnahme in die Aktion "Essen auf Rädern" ersucht. In einem Aktenvermerk des Magistrates wurde festgehalten: "Herr Sowieso wird aufmerksam gemacht, es gäbe viele bettlägerige Menschen, welche das Essen auf Rädern dringend benötigen. Er selbst könnte in die Eisenbahnküche essen gehen." Heute ist schon einmal der Spruch geäußert worden: "Wer schnell hilft, hilft doppelt". Warum hat Stadtrat Haslinger bzw. sein Vorgänger es damals verabsäumt, diesem kranken Menschen vorübergehend die Möglichkeit zu geben, in der magistratsinternen Küche ein warmes Mahl einzunehmen? Mittlerweile hat sich das Problem erledigt. Der Antragsteller ist kurz darauf verstorben. Er ersucht Stadtrat Haslinger, in Zukunft in seinem Bereich die Beamten effizienter einzusetzen. Vor allem hat es sich gezeigt, daß in den Referaten, die von Mitgliedern der FPÖ-Fraktion verwaltet werden, die Beamten hoch motivierbar sind. Er ersucht Stadtrat Haslinger, sich auch in den von ihm verwalteten Referaten ein Beispiel an den FPÖ-Referenten zu nehmen und es ihnen gleichzutun.

Stadtrat Haslinger will sich nicht auf dieses Niveau begeben und verzichtet auf das Schlußwort.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Die Privatisierung der rathausinternen Kantine bzw. die Verpachtung an einen geeigneten Betreiber wird aus den im Amtsvortrag dargelegten Gründen abgelehnt.

Pkt. 27.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung bei Aufnahme von Saison- und Ferialbeschäftigten

Blg. 28

Stadtrat Haslinger berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Personalwesen vom 2.3.1994, Zl.: 0123 - 0.

Gemeinderat Zussner führt aus, daß Stadtrat Haslinger die Ablehnung eines weiteren Antrages der FPÖ-Fraktion kommentierte und diese Ablehnung mit sehr merkwürdigen und sehr fadenscheinigen Bemerkungen begründete. Stadtrat Haslinger spricht davon, daß die Kosten der Ausschreibungen für öffentliche Planstellen ausschlaggebend für eine Ablehnung sein sollten. Die SPÖ-Fraktion hat den Antrag scheinbar wieder einmal bewußt falsch verstanden. Stadtrat Haslinger spricht von einem Antrag über Planstellenausschreibungen. Hier geht es nicht um Planstellenausschreibungen, sondern hier geht es um die Ausschreibungen bei Aufnahme in den Dienst des Magistrates als Saisonarbeiter oder Ferialpraktikant. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Derzeit verhält es sich leider so, daß die Aufnahme als Saisonarbeiter oder Ferialpraktikant einzig und allein dem Referenten obliegt. Ob eine fachliche Qualifikation vorliegt oder nicht - der, den der Referent für geeignet hält, wird aufgenommen. Die Folge davon ist, daß bei einer späteren Planstellenbesetzung nur der zum Zug kommt, der eine Vordienstzeit als Saisonarbeiter vorweisen kann. In erster Linie sind hier die in handwerklicher Verwendung stehenden Bediensteten betroffen. Aber vermutlich spielt auch hier das Parteibuch eine größere Rolle. Die FPÖ-Fraktion will mit ihrem Antrag auf öffentliche Ausschreibung jedem Bürger in der Stadt Villach die Chance geben, sich gemäß seiner Fähigkeiten beim

Magistrat der Stadt Villach zu bewerben. Voraussetzung ist natürlich, die Villacher Bürger wissen, daß der Magistrat Mitarbeiter in diversen Bereichen sucht. Dadurch wäre auch eine Transparenz in diesem Bereich gegeben. Er hat einen Akt, der beweist, daß das Ansuchen um Aufnahme als Saisonarbeiter sehr zeitaufwendig, wenn nicht gar umsonst ist. Stadtrat Haslinger hat als Kriterium eine "angemessene Wartezeit" genannt. In diesem Akt sind es neun Jahre. Die gesundheitliche Eignung ist in diesem Akt positiv. Auch die sozialen Verhältnisse werden positiv bewertet. Auch die notwendige Ausbildung hat dieser Mann. Das Resultat dieser Bewerbung ist jedoch, daß der Mann bis heute noch keine Antwort bekommen hat. Wie lange müssen Villacher Bewerber warten, um von Stadtrat Haslinger eine positive Nachricht zu erhalten? Der FPÖ-Fraktion war und ist es immer ein Anliegen, die Verwaltung bürgernah und effizient zu gestalten. Vor allem die FPÖ Villach wird sich weiter bemühen, entscheidende Verbesserungen zu erreichen. Stadtrat Ladstätter hat in seiner Zeit als Werksreferent gezeigt, daß es viele Bereiche gibt, in denen gespart werden kann und somit für die Bevölkerung der Stadt Villach spürbare Erleichterungen sichtbar werden können.

Aber nun zu einer weiteren Aussage im Laufe des heutigen Nachmittages und Abends. Stadtrat Haslinger hat heute schon einmal festgestellt, daß Leistung honoriert werden muß. Wie ist es jedoch bei Stadtrat Haslinger? Dieser ist bei der Bezirkshauptmannschaft Villach beschäftigt und wird dort selten gesehen. Auch bei der Stadt Villach, wo sein Aufgabenbereich liegt, wird er selten gesehen. Unmut in der Mannschaft des Magistrates Villach, Unmut bei der Personalvertretung - die heftigste Unruhe führt dazu, daß in den Bereichen von Stadtrat Haslinger nichts weitergeht. Durch die Doppelfunktion von Stadtrat Haslinger bleiben wichtige Entscheidungen in der Stadt Villach liegen. Liegen bleiben aber auch wichtige

Akten und werden von einem Schreibtisch zum anderen und wieder zurück transportiert und nicht erledigt. Auf der Strecke bleibt wieder der Bürger. Stadtrat Haslinger sollte nicht vergessen, daß der Bürger der Souverän in der Stadt ist.

Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß öffentliche Planstellenausschreibungen und objektive Kriterien, die bei der Beurteilung von Einstellungen herangezogen werden, im öffentlichen Bereich ein Faktum sind. Das gibt er unumwunden zu. Im Bereich der Einstellung von Saisonarbeitern gibt es jedoch einen unguten Beigeschmack, da man in diesem Bereich der Ansicht ist, es gäbe eine "Freunderlwirtschaft". Man bekommt den Eindruck, es sei eine Verschleierung gegeben. Daher sollte man auch in diesem Bereich einen anderen Weg einschlagen. Auch er ist der Ansicht, daß die Kosten in keinem Verhältnis zum Erfolg stehen, wenn die Ausschreibung in den öffentlichen Tageszeitungen erfolgt. Die ÖVP-Fraktion stellt einen Abänderungsantrag in der Form, daß die Ausschreibung im Mitteilungsblatt der Stadt Villach erfolgen soll. Das ist nicht mit Kosten verbunden und es wäre eine gewisse Transparenz gegeben. Es entspricht dieser Abänderungsantrag auch einem von der ÖVP-Fraktion bereits seit jeher gestellten Antrag.

Stadtrat Ladstätter hält fest, daß sich der Stadtsenat heute eingehend mit dieser Problematik beschäftigt hat. Dort wurde durch den Bürgermeister ein Argument vorgebracht, das auch er nachvollziehen kann. Es gibt 1.400 Leute, die sich um einen Posten bewerben. Wenn die Aufnahme von Saison- und Ferialbeschäftigten in das Dienstverhältnis der Stadt Villach einer öffentlichen Ausschreibung zugeführt wird, besteht die Möglichkeit, daß sich gewisse Personen, die sich tatsächlich bewerben, gefoppt fühlen. Denn wenn man öffentlich bekanntmacht, daß diese Posten beim Magistrat Villach frei wären, werden

sich sicherlich viele Personen bewerben. Der zuständige Referent muß den Bewerbern dann mitteilen, daß es keine Möglichkeit für eine Aufnahme gibt, da zu viele Ansuchen vorhanden sind. Trotzdem ist der Antrag der FPÖ-Fraktion am 22.11.1993 nicht aus reiner Willkür eingebracht worden - weil die FPÖ-Fraktion gerne Anträge stellt -, sondern da eine Vielzahl von Beschwerden bei der FPÖ-Fraktion eingelangt ist. Der Vertreter der FPÖ-Fraktion im Personalausschuß hat sich dieser Sache angenommen. Es ist tatsächlich so, daß immer wieder Leute kommen und erklären, daß sie sich schon sehr lange bei der Stadt Villach bewerben. Gemeinderat Zussner hat heute bereits ein Beispiel gebracht, wonach ein Mann bei der Stadt Villach vor neun Jahren ein Ansuchen um die Aufnahme als Saisonarbeiter abgegeben hat. Dieser Bewerber hat eine handwerkliche Ausbildung und kann mit der Sense mähen. So in etwa ist es in diesem Ansuchen formuliert. Dieser Mann wurde jedoch nicht aufgenommen. Im Stadtsenat hat der Antrag der FPÖ-Fraktion die Ablehnung gefunden. Er wird auch im Gemeinderat die Ablehnung finden. Es ist jedoch vielleicht wieder ein Anstoß in die Richtung, daß man einen Weg sucht, um etwas transparenter zu machen. Es hat immer wieder einen bitteren Beigeschmack, wenn man die Meinung hört, daß ohne "Schub" und ohne Protektion eine Aufnahme nicht möglich sei. Die FPÖ-Fraktion wird die demokratische Abstimmung zur Kenntnis nehmen, mit der dieser Antrag abgelehnt wird. Sie wird jedoch weiterhin nach Wegen suchen - es gibt nur die Möglichkeit, dies in Antragsform zu artikulieren und immer wieder in den Gemeinderat bzw. in die vorberatenden Ausschüsse zu bringen -, um mehr Transparenz hineinzubringen - auch bei Saison- und Ferialbeschäftigten.

Stadtrat Haslinger stellt fest, daß im Amtsvortrag begründet ist, warum eine öffentliche Ausschreibung der Ferialbeschäftigten und der Saisonarbeiter nicht erfolgen soll. Es besteht von den Kosten her für die

einzelne Ausschreibung kein Unterschied, ob man für eine Planstellenausschreibung oder für einen Saisonarbeiter bzw. Ferialbediensteten S 17.000,-- bezahlen muß. Jede Ausschreibung kostet S 17.000,--. Daher wurde im Amtsvortrag auch begründet, daß diese Forderung ganz sicher nicht der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit der Verwaltung entspricht. Alle Mitglieder des Gemeinderates haben einen Eid darauf abgelegt, die Verwaltung nach diesen Gesichtspunkten zu vollziehen. Daran möchte er alle erinnern.

Stadtrat Ing. Truppe geht mit ihm konform, daß eine öffentliche Planstellenausschreibung und auch eine Objektivierung nicht erfolgen soll. Er ist darüber froh. Er möchte aber den Vorwurf der Verschleierung, den Stadtrat Ing. Truppe in den Raum gestellt hat, zurückweisen und dem Abänderungsantrag, im Mitteilungsblatt der Stadt Villach zu annoncieren, daß Saisonarbeiter aufgenommen werden, gerne Folge leisten. Wenn die Ansuchen einlangen, wird man seitens der Verwaltung den Bewerbern beispielsweise zurückschreiben müssen, daß keine Aufnahmen erfolgen oder warum eine Aufnahme nicht erfolgen kann. Er will sich jedoch nicht gegen diesen Antrag aussprechen. Dieser Antrag sollte angenommen werden, da nichts dagegen spricht, daß man ein Inserat im Mitteilungsblatt der Stadt Villach plazierte, wonach in der Stadt Villach Saisonarbeiter oder Ferialpraktikanten aufgenommen werden.

Stadtrat Ladstätter hat ausgeführt, daß Beschwerden an ihn herangetragen worden seien. Das wird immer der Fall sein, da jedem sein Ansuchen das wichtigste ist und im Falle einer Nichtberücksichtigung seines Ansuchens natürlich das subjektive Empfinden vorherrscht, daß man wieder nicht an die Reihe gekommen ist. Man muß mit diesen Beschwerden leben, da man nicht 1.400 Posten schaffen kann, um allen Wünschen gerecht zu werden. Er stellt

daher den Antrag, den Antrag der FPÖ-Fraktion abzulehnen und dem Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion, im Mitteilungsblatt der Stadt Villach zu annoncieren, die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion, die Ausschreibung über die Aufnahme von Saison- und Ferialbeschäftigten in das Dienstverhältnis der Stadt Villach im Mitteilungsblatt durchzuführen, die Zustimmung zu erteilen.

Stadtrat Ladstätter hält fest, daß die FPÖ-Fraktion den ursprünglichen Antrag zurückzieht.

Der Antrag der FPÖ-Fraktion

wird zurückgezogen.

Pkt. 28.) Villacher Vertragsbediensteten-
recht - Änderung

folg. 29

Stadtrat Haslinger berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Dienststelle Personalwesen vom 14.1.
1994, Zl.: 0123 - 0.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Das Villacher Vertragsbedienstetenrecht, Gemeinderatsbe-
schluß vom 25.11.1983 in der Fassung vom 6.10.1993, wird
wie folgt geändert:

Neuaufnahme:

§ 88 a Sonderurlaub während der Kündigungsfrist (§ 33 a
VBG).

Pkt. 29.) Antrag der Villacher Grünen -
Errichtung einer Projektgruppe
"Hecken in Villach"

Blg. 30

Stadtrat Ing. Klamt berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Natur- und Umweltschutz vom 5.1.1994, Zl.: IA/N-U/94/Ko.

Gemeinderat Mag. Haider wird nur kurz einige Dinge ausführen, da er der Meinung ist, daß das Interesse an diesen Themen eher gering ist. Daher hat es nicht viel Sinn, darüber zu diskutieren. Der Antrag wird seit über einem Jahr diskutiert. Stadtrat Ing. Klamt hat heute festgestellt, daß man sich mehr Menschen aus der Privatwirtschaft im Gemeinderat der Stadt Villach wünscht. Stadtrat Ing. Klamt kommt aus der Privatwirtschaft. Er selbst würde sich daher wünschen, daß nicht mehr Menschen aus der Privatwirtschaft im Gemeinderat sind, da Stadtrat Ing. Klamt ein negatives Beispiel aus der Privatwirtschaft ist. Es ist ein Witz, was mit diesem Antrag geschehen ist.

Von Gemeinderat Zussner ist ausgeführt worden, daß die Beamten in den FPÖ-Referaten hoch motiviert sind. Als er den Antrag im Umweltschutzamt diskutiert hat, hatte er nicht den Eindruck, daß die Beamten dort hoch motiviert sind - ganz im Gegenteil. Heute ist der Antrag gestellt worden, Rationalisierungsmaßnahmen zu treffen. Eine wichtige Rationalisierungsmaßnahme wäre, daß sich Stadtrat Ing. Klamt überlegen sollte, wie er in seinem Bereich effektiv arbeiten kann. Die Ablehnung dieses Antrages ist völlig unverständlich, da dieser Antrag eigentlich ein Geschenk für einen Umweltschutzreferenten ist. Dieser Antrag gibt dem Referenten die Möglichkeit, das, was in der Krainer-Studie festgelegt wird, zu verwirklichen und umzusetzen. Und darum handelt es sich schließlich. Es handelt

sich nicht nur darum, daß jemand eine Studie in Auftrag gibt - denn das kann jeder. Dazu muß man nicht Stadtrat sein. Von einem Stadtrat wird verlangt, daß er Umsetzungsqualitäten hat, um das, was in der Studie vorgeschlagen wird, umzusetzen. Genau das kann man seiner Ansicht nach nur über eine solche Projektgruppe erreichen. Es ist nicht möglich, daß man einfach nur erklärt, daß die Leute irgendetwas tun sollen und man ohnehin nichts dagegen hat, wenn sie etwas tun.

Der Antrag besteht aus zwei Teilen. Der eine Teil beinhaltet die Einrichtung einer Projektgruppe, der andere Teil behandelt den Abschluß eines Werkvertrages. Die Ablehnung des zweiten Teiles mit dieser Begründung akzeptiert er. Daß jedoch der erste Teil abgelehnt wird und die Projektgruppe gar nicht erst installiert wird, ist wirklich unverständlich.

Er war bei Herrn Hochmüller und hat mit Dr. Fuetsch, Frau Hufnagel und auch anderen Personen gesprochen. Dadurch hat er eigentlich den Heckenarbeitskreis bereits zustandegebracht. Es gibt ihn also schon. Trotzdem wird der Antrag abgelehnt. Dies bedeutet, daß es den Heckenarbeitskreis gegen den Willen des Referenten gibt. Das ist das absurdeste, was geschehen kann. Stadtrat Ing. Klamt hat beispielsweise nie mit dem Stadtgarten Kontakt aufgenommen. Das wichtigste an diesem Projekt ist jedoch, daß der Stadtgarten mit dem Umweltschutzamt zusammenarbeitet, denn andernfalls kommt nichts zustande. Es ist das eine wichtige Dynamik, die eingeleitet werden muß und die man von jemandem, der aus der Privatwirtschaft kommt, eigentlich erwarten kann. Er selbst hat betreffend dieses Projekt bereits einige Dinge vereinbart. Dabei erkennt man deutlich, wie wichtig ein solcher Arbeitskreis ist. Er möchte Stadtrat Ing. Klamt darüber informieren, daß nun mit einer sogenannten "Weidenaktion" begonnen

wird. Es ist dies eine Idee von Herrn Hochmüller gewesen, die entstanden ist, als er mit ihm gesprochen hat. Weiden sind Stecklinge, die leicht setzbar sind. Es sollen nun Stecklinge für das nächste Frühjahr vorbereitet werden. Die Aktion soll dann mit Schülern durchgeführt werden. Es ist jedoch nicht so einfach, daß man mit diesem Projekt ohne weiteres beginnen kann, sondern dazu ist eine Zusammenarbeit mit dem Umweltschutzamt notwendig. Man braucht auch Leute wie Mag. Kugi, damit man weiß, welche Weiden man setzen soll und wo sie gesetzt werden sollen. Man kann schließlich nicht nur irgendwelche Stauden setzen. Die Stauden haben nicht nur eine ästhetische, sondern auch eine ökologische Funktion. Sie sind Nahrungsmittel für Insekten und für Vögel. Sie sind Unterschlupf für viele Tierarten. Genau das wird auch in der Krainer-Studie verlangt und angeregt - eine Projektgruppe, die an dem arbeitet, in die Privatinitiative miteinbezogen wird, in die Personen, die im Naturschutz tätig sind, miteinbezogen werden. Es ist eine langfristige Arbeit, die nicht in zwei Jahren abgeschlossen ist, sondern über Jahre hinweg konzipiert werden muß, und bei der man Rückschläge und Erfolge hat. Es soll auch eine Schule für einheimische Hecken, Sträucher und Bäume angelegt werden. Alle diese Dinge müßten diskutiert werden. Mit diesem Antrag wurde Stadtrat Ing. Klamt ein Geschenk gemacht. Einen solchen Antrag muß man annehmen und versuchen, ihn umzusetzen. Man kann nicht immer nur erklären, daß Studien erstellt werden. Man wirft es den anderen vor und ist selber nicht in der Lage, irgendetwas umzusetzen. Stadtrat Ing. Klamt hat überhaupt keine Umsetzungsqualität.

Er vergleicht es mit einem so komplizierten Antrag, wie er zur Lesekampagne gestellt wurde. Diese Dinge sind kompliziert umzusetzen. Daran würde Stadtrat Ing. Klamt hoffnungslos scheitern. In diesem Fall ist jedoch jemand, der nicht aus der Privatwirtschaft

kommt, mit der Umsetzung beschäftigt. Der kann es besser. Es ist dabei erkennbar, wie wichtig es wäre, wenn man in dieser Frage einen Stadtrat mit Umsetzungsqualitäten hätte. In Villach gibt es eine sehr gute Möglichkeit für die Umsetzung, da es genügend Leute gibt, die daran interessiert sind. Mag. Kugi, Mag. Gabriele Schwantler, die Naturschutzjugend und andere wollen daran mitarbeiten. Man sollte als Stadtrat diese Möglichkeiten wahrnehmen und versuchen, das Projekt zu realisieren. Es wird daher dermaßen aussehen, daß es die Arbeitsgruppe geben wird und Stadtrat Ing. Klamt entweder dagegen ist oder sagen wird, daß er ohnehin nichts dagegen einzuwenden hat. Es stellt sich jedoch in diesem Fall die Frage, wofür Stadtrat Ing. Klamt S 70.000,-- pro Monat erhält.

Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß er zwar aus der Privatwirtschaft kommt, daß aber zuerst die Basis hergestellt werden muß, damit man privatwirtschaftliches Denken einsetzen kann. Er weiß nicht, weshalb Gemeinderat Mag. Haider die Ansicht vertritt, daß die Bediensteten nicht hoch motiviert sind. Die Bediensteten, für die er zuständig ist, sind zum Großteil in der Gesetzesvollziehung - im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich - tätig. Es ist bekannt, wieviele Bedienstete das Naturschutzamt hat. Es ist nur eine Umweltberaterin vorhanden, die bei dieser Arbeitsgruppe einspringen könnte. Er hat den Amtsvortrag unterschrieben, da er für ihn in Ordnung ist. Er steht jedem Arbeitskreis positiv gegenüber und wird auch diesem Arbeitskreis jede Unterstützung angedeihen lassen, die von der Personalkapazität her möglich ist. Mit der Grünraumstudie wurde eine Basis hergestellt. Die ökologisch wertvollen Gebiete sind aufgezeichnet. Es gibt die Umweltbeiräte, die auch eine Art von Arbeitskreis sind. Mit Mag. Kugi ist er in Kontakt. Natürlich ist er

für jede Initiative dankbar, die von Privaten gesetzt wird. Diese Initiativen bekommen natürlich volle Unterstützung.

Gemeinderat Mag. Burian stellt fest, daß der Antrag der VIG-Fraktion eigentlich aus zwei Teilen besteht. Der erste Teil beinhaltet die Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Hecken" und der zweite Teil die Aufnahme einer Person über Werkvertrag. Die VIG-Fraktion zieht den zweiten Teil zurück und ersucht, daß nur über diesen einen Teil abgestimmt wird - Einrichtung eines Arbeitskreises "Hecken" -, der in Wirklichkeit durch die Arbeit von Gemeinderat Mag. Haider schon im Entstehen begriffen ist.

Stadtrat Pacher hält fest, daß man, um diesen Antrag behandeln zu können, vorerst wissen müßte, was der Sinn und Zweck dieses Arbeitskreises "Hecken" ist. Die Hecken und Stauden sind immer dort gewachsen, wo niemand etwas getan hat. Sie wachsen von selber. Man muß dazu nichts tun, man muß sie nicht setzen. Wo nicht gemäht wird, wachsen die Stauden. Wenn gemäht wird, sind die Stauden weg. So einfach ist das. Nun würde ihn interessieren, was der Sinn und Zweck dieser vielgerühmten Stauden ist. Es gibt in der Stadt dieselbe Situation. Wenn nichts getan wird, wachsen die Stauden. Alle Hangflächen, die früher bearbeitet wurden, sind Mähflächen gewesen. Als man die Hänge nicht mehr gemäht hat, sind plötzlich Birkenstauden und andere gewachsen. Heute sind es Birkenbäume. Aus diesem Grund würde es ihn interessieren, weshalb man so kompliziert arbeiten will. Die Natur braucht keine Arbeitsgruppe, sondern man muß sie nur lassen, dann macht sie den Rest von allein. Was ist die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe?

Gemeinderat Mag. Haider gibt Stadtrat Pach-
cher Recht - wenn man nichts macht, wachsen einfach die
Stauden. Mitteleuropa war vor 5.000 Jahren im wesentlichen
ein wirklich undurchdringlicher Urwald. Die Wiese oder
die Alm sind nicht das, was normalerweise vorhanden ist.
Das sind Dinge, die gemacht worden sind. Wir leben heute
in einer von Menschen gemachten Kulturlandschaft. Wenn
man beispielsweise eine Kulturlandschaft wie das Lesachtal
ansieht, dann merkt man, daß die Widersprüche zwischen
Natur- und Kulturlandschaft sehr interessant sein können.
Diese Widersprüche sind es, die die Landschaft interessant
machen. In dieser Kulturlandschaft hat die Heckenreihe
einen wichtigen Platz. In seiner Kindheit war es noch so,
daß es viel mehr Heckenreihen gegeben hat. Aufgrund der
heutigen landwirtschaftlichen Methoden sind die rasiert
worden. In diesen Stauden gibt es ein reiches Leben. Da
haben das Rebhuhn, der Hase, der Igel, die Eidechsen und
die Schlangen einen Unterschlupf. Da hat der Vogel die
Möglichkeit, zu leben und sein Nest zu bauen. Es sind
verschiedene Arten von Vögeln und auch Vögel, die schon
auf der roten Liste sind. Es sind dies beispielsweise
die Dorndreher, die solche Staudenreihen brauchen. Diese
Vogelart kommt bei uns bereits sehr selten vor. Man kann
nicht "einfach lassen". Wir leben heute in einer Kultur-
landschaft, d.h. in einer Landschaft, die der Mensch ge-
schaffen hat. Insofern greifen wir permanent ein. Man soll
auch eingreifen - aber sinnvoll und bewußt, damit sich an-
dere Lebewesen entwickeln können und eine Chance haben zu
leben. Im städtischen Bereich hat er beobachtet, daß sogar
die Ebereschen in der Ossiacher Zeile von Vogelarten ange-
nommen werden. Auch im städtischen Bereich und im besie-
delten Bereich spielt die einheimische Hecke eine Rolle.
Das sagen alle Ökologen. Es muß dafür auch ein Bewußtsein
entwickelt werden. Das ist ebenfalls ein Aspekt. Dieser
Heckenarbeitskreis denkt darüber nach, wo man eine Stau-
denreihe setzen kann. Welche Hecken können gesetzt werden?

Wo kann man Weiden setzen? Flächen gäbe es genug, bei denen man gezielt eingreifen kann. Es würde auch ästhetisch die Landschaft verschönern, da die Staudenreihe eine sehr ästhetische Rolle hat. In St. Georgen sieht man beispielsweise ganz klar, in welchem Hang noch eine Staudenreihe Platz hätte. Das würde ästhetisch sehr gut aussehen. Ein weiteres Beispiel gäbe es in Gratschach. Dort könnte eine Mostbirnenallee - also einheimische Bäume - stehen. Es drängen sich überall Dinge auf, die man machen könnte.

Weshalb stellt Stadtrat Pacher überhaupt diese Frage? Es wurde im Gemeinderat eine Grünraumstudie beschlossen. Diese haben vermutlich nur ganz wenige Leute gelesen. Er ist einer, der sie gelesen hat. Alle haben die Erstellung dieser Grünraumstudie mitbeschlossen und alle haben sie gelobt. Sehr gelobt hat sie vor allem Stadtrat Ing. Klamt. In dieser Grünraumstudie wird genau das gefordert. Man muß sie nur einmal genau lesen. Es wird darin angeführt, wo Hecken sind, die verbessert werden müssen. Hecken müssen auch gepflegt werden. Wenn man in Seebach bei der Kaserne über die Brücke geht, stehen links oben natürliche Hecken. Diese werden gesondert hervorgehoben. Sie müssen revitalisiert werden, hält Mag. Krainer in seiner Studie fest. Auch das muß der Heckenarbeitskreis in Angriff nehmen. Herr Hochmüller weiß das überhaupt nicht. Er hat ihm die Grünraumstudie zwar geben und gesagt, daß er sie durchlesen soll, aber Herr Hochmüller hat andere Dinge zu tun. Es wäre dies eine Aufgabe des Umweltschutzamtes. Daher muß sich das Umweltschutzamt mit dem Stadtgarten in Verbindung setzen. Das sind die Arbeiten, die ein solcher Arbeitskreis durchführen soll. Den Arbeitskreis hat er im Prinzip ohnehin schon zustandegebracht. Der Arbeitskreis berät die Weidenaktion und die Organisation dieser Aktion. In einem weiteren Punkt wird die Errichtung einer Schule für einheimische Bäume und Sträucher besprochen. Schließlich wäre auch noch die Umsetzung der

Krainer-Studie zu diskutieren. Gewisse Maßnahmen werden in der Studie detailliert aufgezählt. Das alles bekommt eine bessere Dynamik in einer Gruppe. Die Einzelkämpfer sind alle sehr gut, aber die Aufgabe eines Politikers ist es, diese Einzelkämpfer zusammenzufassen. Ein Einzelkämpfer wie Mag. Kugi wird sich in einer Gruppe natürlich tausend Mal besser entfalten können. Genau das wäre die Aufgabe von Stadtrat Ing. Klamt. Aber es wird auch so geschehen. Stadtrat Ing. Klamt wird dann eingeladen werden.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß Gemeinderat Mag. Haider es auf den Punkt gebracht hat. Er wollte nämlich auch wissen, was mit diesem Antrag bezweckt wird. Er hat diese Grünraumstudie gelesen. Einige Vorschläge, die darin enthalten sind, sind ihm etwas weltfremd vorgekommen. Die Frage der Hecken ist aus der bäuerlichen Arbeit entstanden ist. Man hat die Brachflächen stehen lassen und dort haben sich ganz von selbst die Stauden entwickelt.

Frau Gemeinderätin Schaumberger ist eine zugezogene Bäuerin. Er ist auf einem Bauernhof aufgewachsen. Frau Gemeinderätin Schaumberger ist eine falsche Bäuerin. Sie muß ihm über die Landwirtschaft nichts erzählen. Er hat schon gemolken, da ist Frau Gemeinderätin Schaumberger noch nicht mit der Landwirtschaft in Kontakt gewesen.

Frau Gemeinderätin Schaumberger fordert in einem Zwischenruf, daß Stadtrat Pacher diese Lüge sofort zurücknehmen soll.

Stadtrat Pacher fordert Frau Gemeinderätin Schaumberger auf, das nächste Mal einen Melkschemel mitzubringen. Man kann dann ein Wettmelken durchführen.

Frau Gemeinderätin Schaumberger wird sang- und klanglos untergehen. Frau Gemeinderätin Schaumberger soll ihm nichts über die Bauern erzählen. Sie redet nur groß.

Die Stauden sind etwas, was dort wächst, wo nichts getan wird. Er möchte daher verhindern, daß im Bereich der Stauden dasselbe passiert, wie im Bereiche der Biotope. Bei der Volksschule Fellach wurde mit viel finan-
ziellem Aufwand ein Biotop errichtet. Man hätte mit der-
selben Schulklasse nur in den Teufelsgraben gehen müssen. Dort gibt es genug Biotope - ohne Aufwand. Es wären die Kinder in der Natur gewesen. Er will verhindern, daß das-
selbe bei den Stauden auch passiert. Es kostet viel Geld, ist viel Aufwand und bringt nichts. Daher hat er eine kon-
krete Frage gestellt. Wenn es darum geht, alte Kulturbäume - Birnenbäume usw. - wieder bei uns zu installieren, dann ist das etwas, das nicht von allein wächst, sondern um das man sich kümmern müßte. So gesehen gibt es einen Konsens. Man müßte nur besprechen, was sinnvoll und förderungswür-
dig ist. Vielleicht ist es möglich, daß die VIG-Fraktion diesbezüglich einen Konsens mit Stadtrat Ing. Klamt fin-
det. Es gibt sicher gemeinsame Anhaltspunkte.

Stadtrat Pfeiler möchte nur als Fraktions-
obmann dazu sagen, daß die Art und Weise, wie Stadtrat Pa-
cher nun agiert hat, eher eines Großgrundbesitzers älterer Bauart gerecht worden ist. Frau Gemeinderätin Schaumberger, die er persönlich kennt, entstammt einem kleinen Bauernhof und hat wieder in einen Bauernhof eingeheiratet. Daß in irgendeiner Art und Weise die Herkunft von Frau Gemeinderätin Schaumberger madig gemacht oder bestritten wird, hält er nicht für gut. Er bittet daher, dieses Thema nicht weiter zu belasten.

Vizebürgermeister Binter informiert, daß Gemeinderat Mag. Haider bei ihm war und ihm dieses Problem vorgetragen hat. Er hat Gemeinderat Mag. Haider die Unterstützung in dieser Frage, was den Stadtgarten anbelangt, zugesagt, da er der Meinung ist, daß es sicherlich eine gute Aktion ist, wenn man etwas derartiges in der Stadt Villach durchführt. Die SPÖ-Fraktion wird daher den Abänderungsantrag von Gemeinderat Mag. Burian unterstützen und mittragen.

Gemeinderat Major Skedl meldet sich zur Geschäftsordnung und stellt fest, daß, nachdem der Antrag der Villacher Grünen aus zwei Teilen bestanden hat und Gemeinderat Mag. Burian jetzt einen Teil zurückgezogen hat, kein Abänderungsantrag vorliegt, sondern nur ein Teil zurückgezogen wurde und über den anderen Teil abzustimmen ist.

Stadtrat Ing. Klamt hält für die FPÖ-Fraktion fest, daß diese dem abgeänderten Antrag selbstverständlich ebenfalls zustimmt. Es ist lediglich rechtlich zu prüfen, wie die Abstimmung vor sich zu gehen hat. Wenn der Punkt 2.), durch den Personalkosten entstehen, aus dem Antrag genommen wird, stimmt die FPÖ-Fraktion zu. Dies vor allem deshalb, weil bereits ein Arbeitskreis eingerichtet ist und auch die Umweltbeiräte eingebunden sind.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter faßt zusammen, daß die VIG-Fraktion den Punkt 1.) des Originalantrages aufrecht erhalten und den Punkt 2.) zurückgezogen hat. Es ist somit über einen eingeschränkten Antrag abzustimmen. Der Inhalt ist, daß eine Gruppe gegründet wird. Zurückge-

zogen wird die personelle Begleitung durch einen Werkvertrag. Über diesen Antrag wäre nun nach der Zurückziehung abzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Die Stadt Villach installiert eine Arbeitsgruppe "Hecken in Villach". Diese Arbeitsgruppe besteht aus engagierten Naturschützern, Fachleuten (Biologen/innen), Umweltbeiräten und einem Vertreter des Umweltamtes und des Stadtgartens. Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, ganz im Sinne der Grünraumstudie von Mag. Klaus Krainer, Neuanpflanzungen und Pflegemaßnahmen von Hecken und in späterer Folge auch mögliche Biotopverbundsysteme zu planen und zu organisieren. Auf diese Art und Weise können im Laufe der Jahre die Intentionen und Wünsche, die in der Grünraumstudie angeführt werden, Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt werden. Außerdem sollen geeignete Förderungsmaßnahmen mit den Grundbesitzern ausgehandelt und auf bestehende Förderungsmaßnahmen hingewiesen werden.

Pkt. 30.) Antrag der Villacher Grünen -
Radweg Federaun - Warmbad

Blg. 31

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 15.11.1993, Zl.: 46-004 114/20-262 Pi.

Gemeinderat Mag. Burian findet es bedauerlich, daß ein Antrag, der inhaltlich für richtig gehalten wird, nun abgelehnt werden soll, da er derzeit nicht finanzierbar ist. Die Situation dort ist sehr bedenklich und bedarf einer raschen Lösung. In dem Amtsvortrag wird festgehalten, daß frühestens 1996 eine Lösungsmöglichkeit gegeben sein wird. Dies bedeutet, daß man vermutlich noch drei Jahre warten muß. Er hält das für nicht richtig. Die Stadt sollte diesbezüglich selbständig Maßnahmen ergreifen. Die derzeitige Situation ist lebensbedrohend für die Radfahrer. Im Gailtal sind an manchen Tagen Massen von Radfahrern unterwegs, die ohne Gefährdung nicht in die Stadt hereinkommen.

Stadtrat Ing. Truppe informiert, daß einen Teil der Kosten das Land Kärnten und einen Teil die Stadt Villach zu übernehmen hat. Es wird jedoch auch in diesem Jahr wieder über einen Maßnahmenkatalog verhandelt werden. Vielleicht ist die Umsetzung früher möglich, als im Jahr 1996. Er wird sich darum bemühen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der VIG-Fraktion),

den selbständigen Antrag der Grünen-Gemeinderatsfraktion betreffend Radweg Federaun - Warmbad abzulehnen.

Pkt. 31.) Straßenprojekt Auenweg, Einbin-
dung in die B 83 - BMW Frey

folg. 32

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 22.2.1994, Zl.:
21-664/0-271 Ha/Mi.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

das vorliegende Projekt zu genehmigen und die in diesem
Projekt ausgewiesenen Verkehrsflächen gemäß § 19 Kärntner
Straßengesetz, LGBI.Nr. 33/1978, zur Gemeindestraße zu er-
klären.

Außerdem ermächtigt der Gemeinderat das Tiefbauamt, den
erforderlichen Antrag auf Grundeinlöse gemäß § 38 Abs. 1
Kärntner Straßengesetz 1978 bei der Abteilung IC einzu-
bringen.

Pkt. 32.) Straßenplan Ortszentrum Landskron
- Hochfeldstraße, Dr. Karl-Renner
Straße - Erklärung zur Gemeinde-
straße und Ermächtigung zur
Grundeinlöse

Blg. 33

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 15.3.1994, Zl.:
20 610/2-137L Ha/Wie.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

das vorliegende Projekt zu genehmigen und die in diesem
Projekt ausgewiesenen Verkehrsflächen gemäß § 19 Kärntner
Straßengesetz, LGBI.Nr. 33/1978, zur Gemeindestraße zu er-
klären.

Außerdem ermächtigt der Gemeinderat das Tiefbauamt, den
erforderlichen Antrag auf Grundeinlöse gemäß § 38 Abs. 1
Kärntner Straßengesetz 1978 bei der Abteilung IC einzu-
bringen.

Pkt. 33.) Aufhebung des Aufschließungsgebietes KG Pogöriach (Christine Klingspiegel)

folg. 34

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Ortsplanung vom 15.3.1994, Zl.: 10/93/18a Hu/Wie.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Das Grundstück 1139/1 tw., KG Pogöriach, wird von derzeit "Bauland-Wohngebiet/Aufschließungsgebiet" in "Bauland-Wohngebiet" im Ausmaß von ca. 2.788 m² gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 2 Abs. 12 des Gemeindeplanungsgesetzes 1982, LGBI.Nr. 51/82, i.d.g.F. 59/1992, gewidmet.
- 2.) Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanabänderung ist der beiliegende Plan vom 19.5.1993, Zl.: 10-93/18a, im Maßstab 1 : 5000.

Pkt. 34.) Abänderung des Flächenwidmungs-
planes, KG Gratschach (ASKÖ
Landskron-Rodelbahn) - Behand-
lung von Einwendungen

folg. 35

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Ortsplanung vom 10.2.1994, Zl.: 10/39/93
Ka/Mi.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Den Einwendungen der Bezirksforstinspektion vom 13.1.
1994 wird nicht stattgegeben.
- 2.) Das Grundstück 1071, KG Gratschach, wird von derzeit
Grünland, für die Forstwirtschaft bestimmte Fläche
teilweise in Grünland-Rodelbahn im Ausmaß von
ca. 15.600 m² gemäß § 3 Abs. 2a des Gemeindeplanungs-
gesetzes 82, LGBI.Nr. 51/82 i.d.g.F. 59/92 gewidmet.
- 3.) Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanabänderung ist
der beiliegende Plan vom 22.11.1993, Zl.: 610/3 -
62439/93 im Maßstab 1 : 5000.

Pkt. 35.) Abänderung des Flächenwidmungs-
planes Nordisches Skisportzent-
rum Villach Süd Mölttschach

Blg. 36

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Ortsplanung vom 14.3.1994, Zl.: 10/06/94 Ka/Mi.

Er stellt gleichzeitig fest, daß die ÖVP-Fraktion dem Projekt negativ gegenübersteht. Er stellt jedoch als Planungsreferent in Vollziehung des Gemeinderatsbeschlusses diesen Antrag.

Gemeinderat Major Skedl informiert, daß auch die FPÖ-Fraktion gegen das Projekt Nordisches Zentrum ist. Der Bürgermeister hat bei der Sportlerehrung das Sportstättenkonzept erläutert und dabei festgehalten, daß in Zukunft keine Neubauten mehr errichtet werden, sondern nur vorhandene Sportstätten erhalten werden sollen. Es stellt sich die Frage, weshalb zur Erhaltung der Sportstätte Mölttschach plötzlich eine Umwidmung von 17.200 m² notwendig ist. Eine Vergrößerung von 17.200 m² ist für ihn keine Erhaltung, sondern ein Neubau.

Bürgermeister Manzenreiter hat im Rahmen der Ehrung erläutert, daß die Stadt Villach keine neuen Sportstätten mehr errichtet, sondern daß die derzeit vorhandenen Sportstätten auf den heutigen Standard gebracht werden. Wenn man ein Nordisches Zentrum mit diesem Anforderungsprofil errichtet, kann es nicht aussehen wie eine Schanze, die vor 60 oder 70 Jahren erstmals errichtet worden ist.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß, wenn es um die Errichtung von Anlagen unter Einsatz großer öffentlicher Mittel geht, immer wieder zu überprüfen sein wird,

inwieweit solche Dinge sinnhaft sind. Der Bürgermeister hat des öfteren das Argument angeführt, daß es sich dabei um einen wirtschaftlich entscheidenden Faktor für den Fremdenverkehr handelt. Dieses Argument ist aus seiner Sicht in Frage zu stellen. Es ist die Aufgabe einer Gemeinde, ihre Stärken hervorstreichend und zu nutzen und auch die Schwächen zu erkennen. Es soll nicht mit unnötigem Aufwand etwas errichtet werden, was nicht in die Region paßt. Es ist bekannt, daß im kleinen Ort Achomitz eine Sprunganlage vorhanden ist, die in letzter Zeit verbessert wurde. Wäre es nicht sinnvoll, in Achomitz etwas zu errichten, was dort hinpaßt, und auch nach Villach Dinge zu bringen, die in diese Region passen? Achomitz sollte auch nicht versuchen, große Betriebe anzusiedeln, um die Bevölkerung des Tales dort zu beschäftigen. Für eine Sprunganlage würde sich dieser Ort jedoch anbieten. Villach mit der zentralen Lage und mit einer großen Infrastruktur ist prädestiniert, Industriebetriebe und Gewerbebetriebe zu beherbergen. In diesem Sinne sollte man jedem Ort seine Chance geben. Mit dem Beschluß, in dieser Region keine Olympiade zu veranstalten, ist der Wille bekundet worden, in diese Richtung nichts Größeres durchzuführen. Es wäre durchaus für die kleine Ortschaft Achomitz eine Chance, wirtschaftlich etwas für diesen Ort in einem kleinen Ausmaß zu tun. Wenn es in Zukunft nicht gelingt, diesen inneren Ausgleich im Lande herzustellen, dann wird es auch insgesamt mit dem Land nicht aufwärts gehen. Er ist der Meinung, daß die Stadt Villach letztenendes keinen Grund haben wird, auf diese Anlage stolz zu sein. Das war mit ein Grund für die ÖVP-Fraktion, daß sie, obwohl sie sich seinerzeit selbst für eine Nordische Sporthauptschule mit anschließenden Trainingsmöglichkeiten eingesetzt hat, das Nordische Zentrum ablehnt. Es wäre für das Land mehr getan worden, wenn die Stadt Villach auf eine derartige Großanlage verzichtet und sie dem Ort Achomitz zugestanden hätte.

Bürgermeister Manzenreiter bewundert den Mut des Stadtrat Pacher, über Dinge zu reden, für die er sich überhaupt nicht interessiert hat. Es ist keine Frage gewesen, ob die Stadt Villach Achomitz etwas zugesteht oder nicht. Es gibt einen einstimmigen Beschluß des Landesschiverbandes Kärnten, Villach als den idealen Standort auszubauen. Die Anlage Villachs wäre in Achomitz nicht zu errichten gewesen. Er bewundert den Mut, immer losgelöst von allen Fakten Märchen zu erzählen. Es ist das ein Bundesleistungszentrum und es kommen immerhin S 47 Mio. öffentliche Gelder als Investition nach Villach.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der
FPÖ-, ÖVP-, VIG- und VLT-Fraktion):

- 1.) Die Grundstücke 1066/2, 1063/2, 1065/2 und 1072 tw., KG Völkendorf, werden von derzeit Grünland, für die Landwirtschaft bestimmte Fläche in Grünland-Sport im Ausmaß von ca. 2.700 m² gemäß Gemeindeplanungsgesetz 82 § 3 Abs. 2a, LGBI.Nr. 51/82 i.d.g.F., gewidmet.
- 2.) Die Grundstücke 971/31 tw., 971/28 tw., 971/27, 971/24 und 970/1 tw., KG Völkendorf, werden von derzeit Grünland, für die Landwirtschaft bestimmte Fläche-Wald in Grünland-Sport im Ausmaß von ca. 13.500 m² gemäß Gemeindeplanungsgesetz 82 § 3 Abs. 2a, LGBI.Nr. 51/82 i.d.g.F., gewidmet.

- 3.) Das Grundstück 1107/1, KG Völkendorf, wird von derzeit Verkehrsfläche in Grünland-Sport im Ausmaß von 1.000 m² gemäß Gemeindeplanungsgesetz 82 § 3 Abs. 2a in der Fassung 59/92 gewidmet.
- 4.) Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanabänderung ist der beiliegende Plan im Maßstab 1 : 5000 vom 9.2.1994.

Pkt. 36.) Schriftliche Anfragen (§ 43 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Bzg. 37-41

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß

- ein Antrag der ÖVP-Fraktion betreffend Erwerb der Liegenschaften der ehemaligen Bleiberger-Bergwerks-Union,
- ein Antrag von Gemeinderat Mag. Dr. Josef Koschitz betreffend Errichtung einer 30 km/h-Zone für die Richtstraße, St. Josef-Straße und Burgenlandstraße,
- ein Antrag von Gemeinderat Sobe, Gemeinderat Mag. Raup und Gemeinderat Stastny betreffend die Umgliederung des Freibades Ossiachersee in ein Bad mit Eintritt,
- ein Antrag der SPÖ- und der VIG-Fraktion betreffend eine Resolution an Frau Bundesministerin Rauch-Kallat bezüglich Mängel der Verpackverordnung und
- ein Antrag der ÖVP-Fraktion betreffend eine Transportleitung zur Frischwasserzufuhr für den Silbersee

vorliegen.

Die Anträge werden

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22.40 Uhr

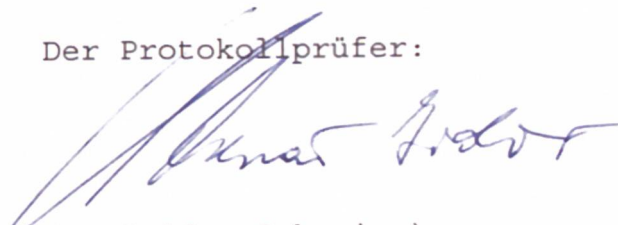
Der Protokollführer:


(Karin Wernig)

Der Bürgermeister:


(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:


(GR Isidor Scheriau)


(GR Heimo Schlosser)